

Bezirksregierung Köln

Regionalrat des
Regierungsbezirks Köln



4. Sitzungsperiode

Drucksache Nr. RR 96/2019

Sitzungsvorlage
für die 23. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirks Köln
am 13. Dezember 2019

TOP 3 **Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 22. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln am 27. September 2019**

Rechtsgrundlage: § 18 Geschäftsordnung des Regionalrates (GO)

Berichterstatterin: Frau Lüdenbach, Dezernat 32, Tel.: 0221/ 147-2788

Inhalt: Niederschrift

Anlagen: 1) Präsentation zu TOP 7
 a) Nachtrag zu den offenen Fragen
 b) Fachbericht Flächenbelegung
 2) Präsentation zu TOP 6
 3) Präsentation zu TOP 11

Beschlussvorschlag:

Der Regionalrat Köln genehmigt die Niederschrift.

Niederschrift

über das wesentliche Ergebnis der

22. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirks Köln

am Freitag, 27. September 2019,

10:07 Uhr bis 12:39 Uhr,

im Plenarsaal der Bezirksregierung Köln

Vorsitzender:

Rainer Deppe (CDU)

Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
TOP 1 Feststellung der Tagesordnung	5
TOP 2 Benennung eines stimmberechtigten Mitglieds des Regionalrates zur Mitunterzeichnung der Niederschrift der 22. Sitzung des Regionalrates am 27.09.2019	5
TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 21. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirks Köln am 05.07.2019 Drucksache Nr. RR 70/2019 Der Regionalrat genehmigt die Niederschrift.	5
TOP 4 Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitglieds in der Unterkommission Ville-Eifel der Verkehrskommission Köln Drucksache Nr. RR 80/2019 Der Regionalrat nimmt den Beschlussvorschlag an und beruft Frank Thomas (FDP) zum stellvertretenden Mitglied in die Unterkommission Ville-Eifel.	6
TOP 5 Sachstand zur Metropolregion Rheinland e. V.	6
TOP 6 Vorstellung des Agglomerationskonzepts der Region Köln Bonn e. V.	11
TOP 7 Vorstellung Fachbeitrag Landwirtschaft	8
TOP 8 Überarbeitung des Regionalplans Mündlicher Sachstandsbericht	14

TOP 9	20. Regionalplanänderung, Teilabschnitt Region Aachen, Umwandlung des Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiches (GIB) Heinsberg-Oberbruch in einen Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB), Stadt Heinsberg hier: Aufstellungsbeschluss Drucksache Nr. RR 71/2019	15
	Der Regionalrat fasst den Aufstellungsbeschluss einstimmig.	15
TOP 10	21. Regionalplanänderung, Teilabschnitt Region Aachen, Umwandlung eines Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiches (AFAB) in einen Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich (GIB), Stadt Düren hier: Erarbeitungsbeschluss Drucksache Nr. RR 72/2019	15
	Der Regionalrat fasst den Erarbeitungsbeschluss mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP sowie der Vertreter von AfD und FREIEN WÄHLERN gegen die Stimmen der GRÜNEN bei Stimmenthaltung der LINKEN und der Vertreterin der PIRATEN.	155
TOP 11	Regionalplanüberarbeitung, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe Mündlicher Sachstandsbericht	16
TOP 12	Freistellung von Bahnbetriebszwecken betreffend Flurstücke in Overrath hier: Bestätigung eines Dringlichkeitsbeschlusses Drucksache Nr. RR 79/2019	17
	Der Regionalrat bestätigt den vorliegenden Dringlichkeitsbeschluss betreffend Flurstücke in Overrath einstimmig.	17
TOP 13	Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN Masterplan für das Rheinische Revier Drucksache Nr. RR 81/2019	17
	Der Regionalrat nimmt den Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP sowie Vertretern der FREIEN WÄHLER und der AfD gegen die Stimmen der LINKEN und die Vertreterin der PIRATEN an.	17

TOP 14 Anfragen	18
a) Anfrage der SPD-Fraktion Beteiligung der Regionalräte bei den anstehenden Fördermaßnahmen zum Strukturwandel Drucksache Nr. RR 76/2019	18
b) Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN Darstellung des Radwegenetzes im zukünftigen Regionalplan Drucksache Nr. RR 77/2019	18
TOP 15 Mitteilungen	19
a) der Bezirksregierung	19
b) des Vorsitzenden	19

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Rainer Deppe eröffnet die 22. Sitzung um 10:07 Uhr und heißt die Anwesenden herzlich willkommen.

Er informiert den Regionalrat, dass Herr Dr. Molitor später als geplant an der heutigen Sitzung teilnehmen könne, weshalb er beabsichtige, die Präsentation und Beratung des Fachbeitrags Landwirtschaft (TOP 7) vorzuziehen.

Weiterhin weist er auf die Finissage der Fotoausstellung „Vielfalt der Region“ im Anschluss an die heutige Sitzung hin. Auch werde in der Sitzung ein kurzes Video gezeigt (nach TOP 4).

Im Folgenden stellt er die form- und fristgerecht erfolgte Einladung zur heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Regionalrates fest.

TOP 1 Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender Rainer Deppe teilt mit, die aktualisierte Tagesordnung trage das Datum vom 23.09.2019.

Da sich kein Widerspruch erhebe, gelte die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

TOP 2 Benennung eines stimmberechtigten Mitglieds des Regionalrates zur Mitunterzeichnung der Niederschrift der 22. Sitzung des Regionalrates am 27.09.2019

Vorsitzender Rainer Deppe informiert, Michael Frenzel (SPD) werde zur Mitunterzeichnung der Niederschrift benannt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 21. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirks Köln am 05.07.2019

Drucksache Nr. RR 70/2019

Der **Regionalrat** genehmigt die Niederschrift.

**TOP 4 Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitglieds in der
Unterkommission Ville-Eifel der Verkehrskommission Köln**

Drucksache Nr. RR 80/2019

Der **Regionalrat** nimmt den Beschlussvorschlag an und beruft Frank Thomas (FDP) zum stellvertretenden Mitglied in die Unterkommission Ville-Eifel.

TOP 5 Sachstand zur Metropolregion Rheinland e. V.

Regierungspräsidentin Gisela Walsken berichtet über die Entwicklung der Metropolregion Rheinland von der letzten Sitzung bis heute.

Sie informiert über den Parlamentarischen Abend der Metropolregion in Berlin mit dem inhaltlichen Schwerpunkt „Forschung und Bildung“. In diesem Rahmen sei die Studie vorgestellt worden, die die Arbeitsgruppe Forschung und Bildung unter Leitung von IHK-Hauptgeschäftsführer Bayer aus Aachen entwickelt habe. Dabei hätten die Positionierung und Selbstwahrnehmung des Rheinlands in der Forschungslandschaft eine zentrale Rolle gespielt. Die Studie habe unter anderem gezeigt, dass die Metropolregion deutlich besser sei, als von ihr selbst angenommen. Sie sage zu, die Druckversion der Studie dem Regionalrat zuzuleiten.

Prof. Schuh aus Aachen habe die Potenziale umrissen, die er für die Hochschullandschaft, die Region und ganz NRW sehe – auch unter Einbeziehung der E-Scooter-Überlegungen und der Vorstellungen zur Entwicklung des Campus Aachen.

Die Veranstaltung sei vom PStS Thomas Rachel, BMBF, abgerundet worden, der die – auch finanziellen – Schwerpunkte der Bundesregierung umfassend dargestellt habe.

Sie halte die Veranstaltung für einen guten Auftakt und zeige sich erfreut über die positive Resonanz der Teilnehmenden.

Im Übrigen sollten die Ergebnisse aus der Studie in Zusammenarbeit mit den Hochschulen umgesetzt werden. Eine engere Zusammenarbeit mit den Hochschulleitungen werde angestrebt. Prof. Schuh habe in Berlin zugesagt, dies zu begleiten.

Mit Blick auf Messen und Beteiligungen habe der Vorstand der Metropolregion beschlossen, dass sich diese auf der ITB präsentiere. Ferner werde darüber nachgedacht, auf der polis Convention in Düsseldorf weiterhin präsent zu sein. Über die Form werde auch mit Blick auf die Finanzen noch beraten. Darüber hinaus werde eine Beteiligung an einem Stand auf der EXPO REAL angestrebt und ein separates

Event für die Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen, das sogenannte Rheinland-Frühstück, vorgesehen. Eine Teilnahme an der Messe MIPIM in Cannes falle nicht preisgünstig aus, daher müsse dies unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten genau geprüft werden.

In Abstimmung mit dem Arbeitskreis werde eine Studie zum Thema „Verkehr“ erstellt, insbesondere zum neuen ÖPNV-Bedarfsplan des Landes vor dem Hintergrund der Metropolregion.

Das Format „Rheinischer Kultursommer“ habe der LVR lange begleitet. Nach der Übertragung fänden sich viele Veranstaltungen in diesem Format, sodass dieses Format auch in diesem Jahr sehr wirtschaftlich habe durchgeführt werden können. Dieses Konzept werde 2020 fortgeführt – mit verändertem Schwerpunkt sowie unter Einbeziehung und voraussichtlich mit Förderung des Kulturministeriums.

Eine EVTZ-Gründung sei in der Euregio Maas-Rhein vorgenommen worden. Derzeit würden Überlegungen angestellt, die Euregio Rheinland als EVTZ zu gründen – nicht zuletzt mit Blick auf europäische Fördermittel. In Sachen offizieller europäischer Anerkennung habe sich der Ministerpräsident mit einem Brief an die Jurymitglieder der vorhandenen Metropolregionen in Europa und in der Bundesrepublik Deutschland gewandt.

Rolf Beu (GRÜNE) dankt für den Bericht. Er wolle Näheres darüber erfahren, wie die Exzellenzuniversität in Aachen mit den meisten Exzellenzclustern im Bericht erwähnt werde oder ob dieser eher in die Breite gehe. Weiterhin begehre er Informationen über die Zusammenarbeit mit dem Rektor der RWTH.

Rüdiger Bornhold (FREIE WÄHLER) erinnert an die schwierige Anfangsphase der Gründung der Metropolregion. In den Kommunen herrsche nach seiner Erfahrung nur ein geringer Bekanntheitsgrad vor. Daher rege er an, eine Information an die betroffenen Gemeinden herauszugeben, um auf die Entwicklungen und Möglichkeiten der Metropolregion aufmerksam zu machen.

Die beiden Geschäftsführerinnen bereisten nach und nach die Kreise, um über ihre Arbeit zu informieren und um vor Ort Gesicht zu zeigen, so **Regierungspräsidentin Gisela Walsken**. Dies gelte im Übrigen auch für den Oberbergischen Kreis. Sie wisse, dass sich die Geschäftsführerinnen über Einladungen, im Rahmen von Ratssitzungen vor Ort zu berichten, freuten. Der Informationsfluss vom Vorstand und Beirat in die Region funktioniere indes noch nicht immer; dabei sehe sie noch Luft nach oben.

Grundlage der Studie sei ein Vergleich der bundesdeutschen Metropolregionen mit Blick auf die Forschungs- und Bildungslandschaft gewesen. Dabei sei auch die Außenwahrnehmung, etwa aus Wirtschaft und Wissenschaft, untersucht worden. Bei vielen quantitativen und qualitativen Parametern liege die hiesige Metropolregion

weit vorn, gleichzeitig existierten erhebliche Defizite in Wahrnehmung und Transfer – insbesondere zu Bayern und zu Berlin/Brandenburg. Nach Vorliegen der Druckversion könne darüber auch in diesem Gremium detaillierter gesprochen werden

Inwieweit Kontakt zu einzelnen Hochschulleitungen bestehe, könne sie nicht sagen, weil sich darum die Arbeitsgruppe gekümmert habe. Insofern empfehle sie, Anfragen direkt an diese zu richten.

TOP 7 Vorstellung Fachbeitrag Landwirtschaft (vorgezogen)

Friederike Hahn (Landwirtschaftskammer NRW) erläutert kursorisch den Fachbeitrag Landwirtschaft anhand einer Präsentation.

(Die Ausführungen werden im Folgenden wiedergegeben, soweit sie über die Informationen der vorgestellten Präsentation, siehe Anlage 2, hinausgehen.)

Die Lößböden in der Börde (Folie „Landwirtschaft im Raum“) mit einer hohen Bodenpunktzahl würden auch aufgrund der günstigen Klimabedingungen als Gunststandort der Nahrungsmittelproduktion bezeichnet.

Flächenverluste (Folie „Flächenbedarfe“) seien insbesondere in Ballungsgebieten, in Gebieten mit Tagebau und Auskiesungen zu beklagen.

Der Preisanstieg in einigen Gebieten bei den Mieten setze sich bei Grundstücks- und Pachtpreisen fort (Folie „Entwicklung der Flächennutzung“).

Man müsse gewährleisten, dass sich landwirtschaftliche Betriebe – über ihre Fläche – weiterentwickeln könnten (Folie „Kapitel 8“), zumal Intensivierungen nicht an jedem Standort möglich bzw. erwünscht seien.

Mit Blick auf Kompensationsflächen zeige sich die Landwirtschaft kooperativ und lösungsorientiert, jedoch halte die Kammer dabei auch andere Lösungsansätze für erforderlich.

Auf die Frage von **Michael Frenzel (SPD)** zur Unterscheidung von Gunststandorten und hochwertigen Böden (Folie „Klassifizierung von Agrarregionen“) antwortet **Friederike Hahn (Landwirtschaftskammer NRW)**, der Begriff „Gunststandort“ werde mit Blick auf fruchtbare Böden und günstige Klimabedingungen in der Börde genutzt. Dabei handele es sich größtenteils, aber nicht ausschließlich, um hochwertige Böden.

Mit Blick auf die Nachfrage von **Stefan Götz (CDU)** nach dem Unterschied zwischen dem Verlust an landwirtschaftlichen Flächen und dem Flächenausweis etwa im Jahr

2008 sowie auf die Nachfrage von **Beate Hane-Knoll (LINKE)** nach der Aufteilung des Flächenbedarfs auf Nahrungsmittel, Futtermittel und Biomasse im In- und Ausland sagt **Friederike Hahn (Landwirtschaftskammer NRW)** zu, diese Informationen nachzureichen. Im Übrigen würden Kulturen im Ausland angebaut, weil in Deutschland etwa die Flächen nicht vorhanden seien, etwa für Soja. Sonderkulturen fielen unter die Kategorie Ackerflächen, Dauerkulturen verbleiben länger auf der Fläche, etwa Spargel, Erdbeeren oder Obstanbau. Diese würden partiell bewertet.

Auf die Frage von **Reinhold Müller (FDP)** nach der Einbeziehung der Betriebe verweist **Friederike Hahn (Landwirtschaftskammer NRW)** auf den Fachbeitrag und die darin dargestellten Details etwa zur betrieblichen Entwicklung. Die größeren Betriebe wüchsen weiter, gleichwohl gehe die Fläche nicht verloren, sondern werde mitunter aufgekauft.

Von **Rolf Beu (GRÜNE)** zur Sicherstellung von landwirtschaftlicher Nahversorgung vor dem Hintergrund schrumpfender landwirtschaftlicher Flächen in den Städten befragt, legt **Marco Schlaeger (Bezirksregierung Köln)** dar, einerseits müsse dem Auftrag des Landesentwicklungsplans gefolgt werden, Flächen für die absehbare Wohn- und Wirtschaftsentwicklung auszuweisen, wobei es oftmals zu einem Konflikt mit landwirtschaftlichen Belangen komme. Andererseits würden die Daten der Landwirtschaftskammern der Agrarräume bzw. der Standortwertekarte durch die Bezirksregierung genutzt. In den Abwägungsprozess flössen die agrarstrukturellen Belange ein. Mit Blick auf den Verdichtungsraum weise er auf die regionalen Grünzüge und den besonderen Flächenschutz von Freiraum hin. Das grundlegende Dilemma könne die Bezirksregierung allerdings nicht auflösen.

Bodo Jakob (SPD) erinnert daran, dass das Gutachten der Landwirtschaftskammer zur Änderung des Braunkohlenplans mit Blick auf Inden im Vergleich zu den anderen Gutachten mit Abstand am dünnsten ausgefallen sei, zumal oft die Nachfolge in den landwirtschaftlichen Betrieben nicht feststehe. Daher interessiere ihn besonders die Frage nach der Flächennutzung.

Bettina Herlitzius (GRÜNE) begrüßt vor dem Hintergrund der damaligen Stellungnahme, dass der Fachbeitrag heute wesentlich klarer ausfalle. Dieser betone aus ihrer Sicht sehr klar die Notwendigkeit der landwirtschaftlichen Flächen. Sie bringe ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass dieser Bedarf auch im Regionalplan seinen Niederschlag finde. Weiterhin frage sie nach, ob die Landwirtschaftskammer über Möglichkeiten verfügte, Landwirten den Anbau von Grundnahrungsmitteln vorzuschreiben.

Ulrich Göbbels (FDP) merkt an, die gezeigte Karte erwecke den Eindruck, dass sich die Eifel fast in den Heinsberger Raum erstrecke.

Brigitte Scholz (Stadt Köln) möchte wissen, ob erfasst werde, wohin die in der Region produzierten Güter geliefert würden und woher was in die Region importiert werde.

Friederike Hahn (Landwirtschaftskammer NRW) entgegnet, dazu existierten Zahlen, die die Landwirtschaftskammer jedoch nicht erhebe. Über den Detaillierungsgrad dieser Daten könne sie allerdings keine Angaben machen. Sie sagt zu, die Antworten auf diese Fragen in Erfahrung zu bringen.

Den Anbau von Grundnahrungsmitteln vorzuschreiben, sei indes nicht möglich.

Die Diskussionen um den Tagebau Inden hätten vor ihrer Zeit in der Landwirtschaftskammer stattgefunden, allerdings wisse sie, dass dabei einiges schiefgegangen sei.

Bodo Jakob (SPD) stellt klar, er habe mit seiner Frage nicht eine Entscheidung, die vor 15 Jahren getroffen worden sei, wieder aufgreifen wollen. Vielmehr habe es sich um ein Beispiel gehandelt, um die Frage nach der betrieblichen Nutzung zu illustrieren.

Natürlich existierten Betriebe ohne Hofnachfolge, so **Friederike Hahn (Landwirtschaftskammer NRW)**. Für diese Betriebe stelle sich die Fläche dann als nicht mehr relevant dar. Jedoch könnten diese von Nachbarbetrieben aufgekauft oder gepachtet werden. Man müsse das individuell betrachten, zumal es auch von der dort vorherrschenden Agrarstruktur abhängen könne.

Die Abgrenzung auf der Karte sei nicht nach Kreis- oder kommunalen Grenzen erfolgt, vielmehr habe man naturräumliche und topografische Merkmale herangezogen. Die Eifel sei nicht auf den Niederrhein erstreckt worden, vielmehr habe man die Städtereion Aachen abgebildet. Ein Stück in Richtung Übach-Palenberg habe nicht anders als dargestellt naturräumlich abgegrenzt werden können.

Rolf Beu (GRÜNE) hält die Entwicklung der Preise pro Hektar Grundstücksfläche für den größten Beleg für die Existenz der Nachfrage, da sonst niemand die Bereitschaft zeige, die Preise zu zahlen, ohne die entsprechenden Erträge erwirtschaften zu können. Im Übrigen stellten regionale Grünzüge Gebiete für Naherholung und darüber hinaus gestaltete Landschaftsbestandteile dar; selten würde ein einfacher Acker in einen regionalen Grünzug umgewandelt.

Gudrun Zentis (GRÜNE) merkt an, der Einsatz von GPS in der Landwirtschaft funktioniere an vielen Stellen nicht, sodass es mitunter zur Düngung von Wegen und unnötig ausgebrachtem Material komme. Sie merke daher Verbesserungswünsche an.

Rainer Deppe (CDU) macht darauf aufmerksam, dass die Darstellung der Flächeninanspruchnahme in der Präsentation mit dem Jahr 2015 ende. Ihn interessiere die weitere Entwicklung, und er bitte um Vervollständigung.

Der Ackersaum stelle ein wichtiges Biotop dar, so **Michael Frenzel (SPD)**. Er wolle erfahren, inwieweit der Fachbeitrag dieses Thema sowie die Bemühungen der Landwirtschaft aufgreife.

Friederike Hahn (Landwirtschaftskammer NRW) legt dar, dass Eingehen auf landwirtschaftliche Problematiken der Bevölkerung sei kein Teil des Fachbeitrags. Die Ausbringung von Dünger und Pflanzenschutzmitteln auf dafür nicht vorgesehene Flächen sei nicht zulässig und werde von der Landwirtschaftskammer geahndet. Im Interesse der Kammer liege natürlich die Verbesserung der Technik, jedoch sehe sie trotz vorgenommener Optimierungen Luft nach oben, um von vornherein zu vermeiden, dass etwa öffentliche Flächen von Verschmutzungen usw. betroffen würden.

Sie sage Rainer Deppe zu, die entsprechenden Zahlen der letzten Jahre nachzuliefern.

Der Fachbeitrag gehe kurz auf die grüne Infrastruktur ein, insbesondere mit Blick auf Biodiversitätsmaßnahmen. Die Kammer biete im Übrigen eine Biodiversitätsberatung an. Die Landwirtschaftsflächen stellen einen Teil der „Grünen Infrastruktur“ dar.

Vorsitzender Rainer Deppe dankt für die Präsentation und anschließende Diskussion. Er sagt zu, den Fachbeitrag in die Gesamtüberlegungen einzubeziehen.

TOP 6 Vorstellung des Agglomerationskonzepts der Region Köln Bonn e. V.

Dr. Reimar Molitor (Region Köln Bonn e. V.) dankt für die Gelegenheit, heute die Ergebnisse des Agglomerationskonzepts vorzustellen. Er weise auf die am Montag im Kölner Maternushaus stattgefundene Transferkonferenz hin.

(Die Ausführungen werden im Folgenden wiedergegeben, soweit sie über die Informationen der vorgestellten Präsentation, siehe Anlage 3, hinausgehen.)

Er unterstreicht einfühend, es handele sich um eine Präsentation der gesamten Region und nicht nur des Vereins Region Köln Bonn e. V. Mithin gehe es um das Ergebnis eines extrem umfangreichen Prozesses, der bislang in Deutschland einmalig sei. Das Ergebnis stelle eine Möglichkeit der Entwicklung dar, die jedoch eine belastbare Gesprächsgrundlage biete. Diesem Regionalrat und dem Regionalrat der nächsten Periode komme die Aufgabe zu, die anstehende Transformation in ein rechtsgültiges Bild zu bringen.

Zur Folie „Zwischenfazit“ merkt er an, dass eine Fortschreibung des Bisherigen zukünftig nicht mehr zielführend sei. Vielmehr müsse eine Zielannahme gesetzt und die Planungen in Richtung dieses Ziels ausgerichtet werden.

Er mache darauf aufmerksam, dass alle für die Region im Bundesverkehrswegeplan und ÖPNV-Bedarfsplan vorgesehenen Maßnahmen als im Jahr 2040 gebaut angesehen würden. Mit dieser Betrachtung könne bereits jetzt festgestellt werden, dass die bislang unternommenen Maßnahmen nicht ausreichten. Das Arbeiten auf ein Ziel hin stelle ein anderes Vorgehen als bisher da, etwa würden sich einige Städte stärker miteinander austauschen. Er stelle in Aussicht, das erarbeitete Strukturbild Ende dieses Jahres vorzulegen, und betone, dass keine andere Region in Deutschland eine Perspektive hinterlegt mit einer entsprechenden Fachlichkeit erarbeitet habe. Alternativvorschläge müssten sich am vorhandenen Konzept messen lassen.

Christoph Hölzer (Region Köln Bonn e. V.) ergänzt, bestimmte Schwerpunkträume seien abgeleitet worden, die Suchräume oder Lagen darstellten, die sich für eine bestimmte wirtschaftliche Entwicklung eigneten. Diese würden oftmals durch eine bestehende Güter- oder andere Bahntrasse angeschlossen.

Im Bergischen Rheinland verteilten sich die Standorte viel weiter und der Gunstfaktor einer Bahntrasse zum Anschluss der Standorte existiere dort nicht. Daher sei der Gunstraum Mittelstandsregion geschaffen worden, um differenzierter auf die Potenziale vor Ort einzugehen. Weiterhin sollten die wenigen unzerschnittenen verkehrersarmen Räume in der Region besonders geschützt und stärker vernetzt werden. Das Agglomerationskonzept baue grundsätzlich auf dem Umweltverbund auf, um ihn zu stärken und zu fördern. Langfristig werde das Ziel eines redundanten Verkehrsnetzes mit Ausfallsicherheit und Ausweichmöglichkeiten angestrebt.

Da davon ausgegangen werden könne, dass der innere ÖPNV-Ring in Köln bis 2040 vervollständigt werde, sei ein zweiter ÖPNV-Ring um Köln vorgesehen worden, um die Tangentialverkehre durch Köln nach außen verlagern zu können. Eine Verlängerung des Straßenbahnnetzes bis zum zukünftigen zweiten ÖPNV-Ring werde vorgesehen, um den Umstieg vom S-Bahn-Netz auf das Stadtbahn-Netz zu ermöglichen. Hierfür würden auch an bestimmten, gut erschlossenen Standorten Regio-Umstiege auf den SPNV vorgesehen. Weiterhin werde das Radfahren zukünftig eine wichtigere Rolle als bisher spielen, weshalb ein Radpendlerroutennetz erarbeitet werde. Auch würden die Anmeldungen für die künftigen Schnellbuslinien in der Darstellung gezeigt. Eine Kernaussage zu MIV stelle die Trennung des Transit- und Binnenverkehrs auf den bestehenden Autobahntrassen dar. A 3 und A 61 würden stärker für Transitverkehre genutzt.

Dr. Reimar Molitor (Region Köln Bonn e. V.) betont die Rückbesinnung auf die polyzentrische Struktur der Region, die in den Beratungen verstärkt berücksichtigt werde. Dazu gehöre, stärker die interkommunale Zusammenarbeit zu forcieren. Der

Dialog vor Ort werde zum Jahresende beginnen und Schwerpunktprojekte erbringen. Das Einwerben von Fördermitteln mache ein vorliegendes Konzept nötig. Diese Vorgabe sei jetzt erfüllt. Dieses Konzept werde zunächst in die Region getragen. Er danke in diesem Zusammenhang für die gute bisherige Zusammenarbeit mit dem Team der Bezirksregierung, namentlich Regierungspräsidentin Gisela Walsken und Udo Kotzea.

Die Mitglieder des Regionalrates, alle Ratsmitglieder der Kommunen, alle Zweckverbände und Vollversammlungen erhielten die Materialien zum Gesamtbild und den Teilstrategien. Bis Jahresende werde die Klimawandelvorsorgestrategie übersandt. Er sehe der Diskussion mit Freude entgegen.

Vorsitzender Rainer Deppe dankt für den Vortrag und die jahrelang geleistete Arbeit. Er begrüße, dass das Ergebnis verschiedene Ebene berücksichtige und in Bezug zueinander bringe. Das wertvolle Raumbild stelle aus seiner Sicht eine gute Ergänzung für den anstehenden Regionalplanprozess dar.

Rolf Beu (GRÜNE) betont, an diesem gewaltigen Prozess hätten sich viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer beteiligt. Ihn hätten Nachrichten erreicht, denen zufolge die Beteiligung der Politik vor Ort als minimal angesehen werde. Zu erwarten stünde, dass ein großes Fragezeichen bei den Gremienmitgliedern erscheine, die nichts von der Vorgeschichte wüssten. Daher frage er nach, warum die Beteiligung erst zum jetzigen Zeitpunkt erfolge.

Darüber hinaus wende er ein, dass erfahrungsgemäß maximal 50 % der in den Entwicklungs- und Bedarfsplänen geplanten Maßnahmen am Ende realisiert würden.

Zunächst habe eine Steuerungsgruppe getagt, die die Frage der Beteiligung der Kreise, kreisfreien Städte und von Teilen der kreisangehörigen Kommunen verdichtet habe, während Zwischenschritte für alle Kommunen zugänglich gewesen seien, so **Dr. Reimar Molitor (Region Köln Bonn e. V.)**. Rückmeldungen von kommunaler Ebene seien ermöglicht worden.

Die Informationsanforderungen unterschiedlicher Gebietskörperschaften fielen durchaus unterschiedlich aus. Er sei vielen Einladungen gefolgt und habe in unterschiedlicher Intensität berichtet. Die Berichterstattung über regionalmaßstäbliche Planung habe der Verein vor allem im Regionalrat für wichtig gehalten. Er habe an keiner Stelle gewusst, wie man die Information hätte noch weiter diffundieren sollen.

Die Realisierung aller Maßnahmen des Bedarfsplans und des Bundesverkehrswegeplans reiche erkennbar schon jetzt nicht aus. Auf Basis des vorliegenden Konzeptes müssten aus seiner Sicht Nachforderungen bei Bund und Land erhoben werden. Nun liege die wettbewerbliche Grundlage dafür vor. Eine bloße Fortschreibung werde aus seiner Sicht das System zum Kollabieren bringen.

Regierungspräsidentin Gisela Walsken gibt zu bedenken, dass die Träger von Entscheidungen zur Regionalplanung in diesem Raum säßen. Sie lege äußerst großen Wert darauf, dass das so bleibe. Der Regionalrat und seine Mitglieder müssten sich als Multiplikatoren in Richtung der Arbeit vor Ort verstehen. Sie halte nicht nur das Konzept, sondern auch den dahinter stehenden Prozess für sehr hilfreich, appelliere aber auch an den Regionalrat, selbstbewusst damit umzugehen.

Auf die Bitte von **Beate Hane-Knoll (LINKE)** nach der Zurverfügungstellung der Schweizer Vorträge sagt **Dr. Reimar Molitor (Region Köln Bonn e. V.)** zu, diese auf der Homepage www.agglomerationskonzept.de zur Verfügung zu stellen. Auch die Präsentationen zu den Zwischentritten fänden sich auf der Homepage. In der Schweiz fließen ohne solche Konzepte im Übrigen keine Mittel. Die EU befinde sich auf einem ähnlichen Weg. Er sehe auch die Bundes- und Landesförderung in den nächsten Jahren auf diesen Weg einschwenken.

Auf die Anregung von **Rüdiger Bornhold (FREIE WÄHLER)**, einen Handlungsleitfaden über den Prozess und die Möglichkeiten an die Gemeinden zu versenden, entgegnet **Dr. Reimar Molitor (Region Köln Bonn e. V.)** die Aussendung werde genau diese „Betriebsanleitung“ in sich tragen. Auch bei der Klimavorsorgestrategie könne anhand eines Glossars weitergearbeitet werden.

Auf die Anmerkung von **Reinhold Müller (FDP)** zur interkommunalen Zusammenarbeit insbesondere mit Blick auf den Oberbergischen Kreis legt **Dr. Reimar Molitor (Region Köln Bonn e. V.)** dar, die Diskussion werde geführt werden. Dem Regionalplan komme es zu, die Schärfe der Aussage zu betonen. Die Festlegung obliege den entsprechenden Gremien.

Vorsitzender Rainer Deppe dankt für diese gute Grundlage für die anstehenden spannenden Diskussionen.

TOP 8 Überarbeitung des Regionalplans

Mündlicher Sachstandsbericht

Marco Schlaeger (Bezirksregierung Köln) berichtet, derzeit befinde man sich im informellen Prozess, jedoch gleichsam auf der Zielgeraden. Er erinnere an die Information des Regionalrats über den Prozess „Region Plus Wohnen“. Der Prozess „Region Plus Wirtschaft“ sei fast abgeschlossen. Am 11. Oktober finde eine AG statt. Dabei stünden unter anderem die Abstimmung der Verteilung und das Ranking auf der Agenda. Am Ende stehe eine Abschlussdokumentation des Prozesses für den Regionalrat. Die Regionalplanungsbehörde werde im nächsten Schritt nun ein Plankonzept für den Regionalplan erarbeiten, das die wesentlichen Inhalte der

zeichnerischen Darstellung sowie die Grundzüge der textlichen Regelungen enthalten werde. Die frühzeitige Unterrichtung habe im Frühjahr durchgeführt werden können. Vor wenigen Tagen seien die Unterlagen zum Scoping neben den Verfahrensbeteiligten auch den Regionalratsfraktionen zur Information zugesandt worden. Nach Fristablauf am 15. November werde man aufbauend auf dem Scoping die Umweltprüfung vorbereiten können. Vorsitzender Rainer Deppe dankt für den Bericht und fasst zusammen, es gehe wie geplant voran.

Vorsitzender Rainer Deppe dankt für den Bericht und fasst zusammen, es gehe wie geplant voran.

**TOP 9 20. Regionalplanänderung, Teilabschnitt Region Aachen, Umwandlung des Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiches (GIB) Heinsberg-Oberbruch in einen Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB), Stadt Heinsberg
hier: Aufstellungsbeschluss**

Drucksache Nr. RR 71/2019

Auf die Frage von **Beate Hane-Knoll (LINKE)** nach der in den Unterlagen angesprochenen Bodenuntersuchung antwortet **Holger Schilling (Bezirksregierung Köln)**, sie solle im Rahmen der Bauleitplanung, wie in den Unterlagen angegeben, vorgenommen werden. Dabei handele es sich um das übliche Prozedere.

Der **Regionalrat** fasst den Aufstellungsbeschluss einstimmig.

**TOP 10 21. Regionalplanänderung, Teilabschnitt Region Aachen, Umwandlung eines Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiches (AFAB) in einen Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich (GIB), Stadt Düren
hier: Erarbeitungsbeschluss**

Drucksache Nr. RR 72/2019

Ihre Fraktion werde dem Beschluss nicht zustimmen, so **Bettina Herlitzius (GRÜNE)**, da die vorgesehene Ausweitung der Flächen ihr nicht notwendig erscheine, erst recht nicht nach den heutigen Vorträgen. Weiterhin existierten noch genügend Flächen, die die Stadt Düren entwickeln könne.

Der **Regionalrat** fasst den Erarbeitungsbeschluss mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP sowie der Vertreter von AfD und FREIEN

WÄHLERN gegen die Stimmen der GRÜNEN bei Stimmenthaltung der LINKEN und der Vertreterin der PIRATEN.

TOP 11 Regionalplanüberarbeitung, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe

Mündlicher Sachstandsbericht

Heiko Krause (Bezirksregierung Köln) führt aus, in den vergangenen Wochen und Monaten hätten die Planungen um große Schritte vorangebracht werden können. Die Ziele und der entsprechende Bearbeitungsstand seien auf der letzten AG des Regionalrates ausführlich erläutert worden. Die nichtöffentlichen Unterlagen seien zwischenzeitlich auf dem BSCW-Server für Mitglieder des Regionalrates zur Verfügung gestellt worden.

Er gehe davon aus, zur nächsten Sitzung im Dezember, spätestens zur übernächsten Sitzung im Februar die Unterlagen für den Erarbeitungsbeschluss vorlegen zu können. Im Falle der Beschlussfassung im Dezember würden die Unterlagen den Regionalratsmitgliedern im Wege des Nachversands im November in digitaler Form zugeleitet, während jede Fraktion bzw. Partei ein ausgedrucktes Exemplar erhalten werde. Auf Wunsch könnten an einzelne Mitglieder auch Ausdrücke verteilt werden.

Wenn der Dezembertermin gehalten werden könne, würden die Unterlagen Anfang Dezember veröffentlicht und könnten von jedermann eingesehen werden. Man habe diesen Weg gewählt, um einerseits einen langen Beteiligungszeitraum vorzusehen, andererseits den Prozess nicht ausufern zu lassen. Die Offenlage erfolge dann von März bis Mitte Mai.

Im Falle der Beschlussfassung im Februar würden die Unterlagen im Januar versendet werden, womit sie dann auch veröffentlicht wären. Der übrige Zeitplan würde sich entsprechend anpassen.

(Die Ausführungen werden im Folgenden wiedergegeben, soweit sie über die Informationen der vorgestellten Präsentation, siehe Anlage 4, hinausgehen.)

Der Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe beinhaltet die folgenden zeichnerischen Ziele (Folie 1): BSAB (also Abgrabungsbereiche) als Vorranggebiete mit der Wirkung von Eignungsgebieten, die Rekultivierungsziele zu diesen Abgrabungsbereichen und Reservegebiete als Ziele der Raumordnung (Vorranggebiete).

Im Rahmen der AG am 11. Oktober sei geplant, die für planerisch sinnvoll erachteten Reservegebiete vorzustellen (Folie 2).

Empfohlen werde, alle 66 nach einheitlich zeichnerischen Regeln festgelegten Flächen als BSAB auszuweisen (Folie 3).

Auf die Fragen von **Michael Frenzel (SPD)** erläutert **Heiko Krause (Bezirksregierung Köln)**, in der nächsten Woche werde eine Information an die Mitglieder versandt, unter welcher Internetadresse die Unterlagen heruntergeladen werden könnten. Im Übrigen stünden alle bislang ausgewiesenen BSAB auf dem Prüfstand: diese würden gleichsam gelöscht, sofern kein Abgrabungsinteresse gemeldet wurde bzw. sich dieses Abgrabungsinteresse nicht zur Ausweisung eignet (z.B. aufgrund seiner Lage innerhalb einer Tabuzone). Der Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe würde nach aktuellem Planungsstand 66 BSAB für Lockergesteine darstellen zzgl. der BSAB für Festgesteine, die unverändert blieben. Die bestehenden genehmigten Abgrabungen genossen Bestandsschutz. Die jetzt gemeldeten genehmigten Abgrabungen würden erneut als BSAB dargestellt, sofern sie als Abgrabungsinteresse gemeldet wurden.

TOP 12 Freistellung von Bahnbetriebszwecken betreffend Flurstücke in Overrath
hier: Bestätigung eines Dringlichkeitsbeschlusses

Drucksache Nr. RR 79/2019

Vorsitzender Rainer Deppe weist darauf hin, der mittlere Absatz auf Blatt 1 der Anlage 1 stelle den Beschlusstext dar. Der Rest von Anlage 1 sei Erläuterung und Begründung.

Der **Regionalrat** bestätigt den vorliegenden Dringlichkeitsbeschluss betreffend Flurstücke in Overrath einstimmig.

TOP 13 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN
Masterplan für das Rheinische Revier

Drucksache Nr. RR 81/2019

Stefan Götz (CDU) führt ein, nach der Entscheidung der Kohlekommission und der Einrichtung der ZRR werde nun ein Leitbild für die Entwicklung des Rheinischen Reviers benötigt, unter anderem für die Erstellung einer Angebotsplanung, für die Ausweisung von Flächen, die Planung der zusätzlichen Infrastruktur und die Aktualisierung des Regionalplans.

Auch seine Fraktion werde dem Antrag trotz einiger Bedenken zustimmen, so **Reinhold Müller (FDP)**, weil der Regionalrat aus Sicht der FDP zu diesen Themen auch weiterhin mit einer einzigen Stimme sprechen solle. Die entsprechenden Beschlüsse habe der Regionalrat Düsseldorf im Übrigen noch nicht gefasst, sodass es noch zu Veränderungen kommen könne. Er spreche sich dafür aus, Doppelarbeit nach Möglichkeit zu vermeiden.

Peter Singer (LINKE) bringt zum Ausdruck, seine Fraktion halte die Grundidee der Zusammenfassung aller Bemühungen und Planungen auf allen Ebenen des Strukturwandels für durchaus richtig. Warum ein neues Leitbild benötigt werde, erschließe sich seiner Fraktion nicht, zumal in Anlage 3 des Entwurfs des Strukturförderungsgesetzes ein Leitbild für das Rheinische Revier beschrieben werde, das vom Land Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit der betroffenen Region erarbeitet worden sei. Aus Sicht seiner Fraktion solle das die Leitlinie des politischen Handelns darstellen. Weiterhin halte seine Fraktion die Vergabe an ein privates Planungsbüro nicht für zweckdienlich. Sie hege die Befürchtung, dass quasi von Privat ein Masterplan erstellt werde, der der Zukunftsagentur als Blaupause dienen solle. Dies stelle aber Aufgabe der Bezirksregierungen Düsseldorf sowie Köln dar und gehe mit einer Transparenz einher, die bei einem privaten Planungsbüro nicht unbedingt gegeben sei. Im neuen Gesellschaftervertrag der Zukunftsagentur solle auch festgelegt werden, noch mehr zivilgesellschaftliche Akteure, Gewerkschaftsvertreter und Umweltverbände einzubeziehen. Seine Fraktion werde dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen, weil sie das vorgesehene Vorgehen für nicht zweckdienlich halte. Ansonsten zeige sich seine Fraktion immer bereit, den Strukturwandel positiv zu begleiten.

Rolf Beu (GRÜNE) erinnert daran, dass der Regionalrat die von den Kommunen demokratisch legitimierten Vertreterinnen und Vertreter umfasse. Daher müsse der Rat tätig werden. Deshalb halte er es für völlig richtig, dem Antrag zuzustimmen.

Der **Regionalrat** nimmt den Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP sowie Vertretern der FREIEN WÄHLER und der AfD gegen die Stimmen der LINKEN und der Vertreterin der PIRATEN an.

TOP 14 Anfragen

- a) **Anfrage der SPD-Fraktion**
„Beteiligung der Regionalräte bei den anstehenden
Fördermaßnahmen zum Strukturwandel

Drucksache Nr. RR 76/2019

Vorsitzender Rainer Deppe informiert über die vorliegende schriftliche Antwort und stellt fest, dass diese zur Kenntnis genommen werde.

**b) Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN
„Darstellung des Radwegenetzes im
zukünftigen Regionalplan“
Fördermaßnahmen zum Strukturwandel**

Drucksache Nr. RR 77/2019

Auch diese Frage sei zwischenzeitlich schriftlich beantwortet worden, so **Vorsitzender Rainer Deppe**.

Rolf Beu (GRÜNE) merkt an, die Antwort verweise zu Recht auf den Regionalplan Ruhr. Sodann werde darin angemerkt, dass die Darstellung anders als bei großen Straßenbauprojekten nicht erfolgen solle. Beim Ruhrgebiet sei es möglich, mit demselben Maßstab zu arbeiten. Daher wolle er wissen, ob das auch hier möglich sei.

Das sei zunächst keine Sache der Maßstäblichkeit, so **Marco Schlaeger (Bezirksregierung Köln)**. Im Regionalplan werde erstmalig ein komplettes Radwegenetz mit einer Erläuterungskarte auf Basis des bestehenden Radwegenetzes abgebildet. Die Initiativen und Radschnellwege würden einbezogen. Insofern sei das mit der Darstellung des RVR vergleichbar. Dieser habe jedoch in einem langjährigen Prozess eine Bedarfsplanung entwickelt. Das gebe es im hiesigen Raum nicht. Auch eine Bedarfsplanung für Radschnellwege liege nicht vor. Bislang fehle ein zusammenhängendes Netz von Radschnellwegen. Daher werde hier versucht, die Gegebenheiten in den unterschiedlichen Kategorien in einer Erläuterungskarte zusammenzufassen.

Auf die Nachfrage von **Rolf Beu (GRÜNE)**, ob die Bezirksregierung eine Planung des Radwegenetzes übernehmen wolle, erläutert **Vorsitzender Rainer Deppe**, im rechtsrheinischen Bereich existiere eine im Stadt-Umland-Verbund erstellte Planung, die Köln und etwa die Nachbarn Leverkusen, den Rheinisch-Bergischen Kreis und den Rhein-Sieg-Kreis umfasse.

TOP 15 Mitteilungen

- a) der Bezirksregierung**
- b) des Vorsitzenden**

Vorsitzender Rainer Deppe erklärt, Mitteilungen der Bezirksregierung seien heute nicht vorgesehen, und erinnert an die Finissage der Ausstellung im ersten

Obergeschoss. Sodann wünscht er ein schönes Wochenende und schließt die Sitzung um 12:39 Uhr.

gez. Rainer Deppe

(Vorsitzender des Regionalrates Köln)

gez. Michael Frenzel

(Mitglied des Regionalrates Köln)

Informationen zum landwirtschaftlichen Fachbeitrag



22. Sitzung des Regionalrates des

Regierungsbezirks Köln

am 27.09.2019

Friederike Hahn, LK NRW - BfA Köln

Inhalt

1. Landwirtschaft im Raum

2. Flächenbedarf

3. Fachbeitrag Landwirtschaft

- Kapitel 3 Agrarregionen
- Kapitel 5 Standortbewertung
- Kapitel 8 Anregungen und Ziele



Foto: Dr. Armin Hentschel, LK NRW

1. Landwirtschaft im Raum

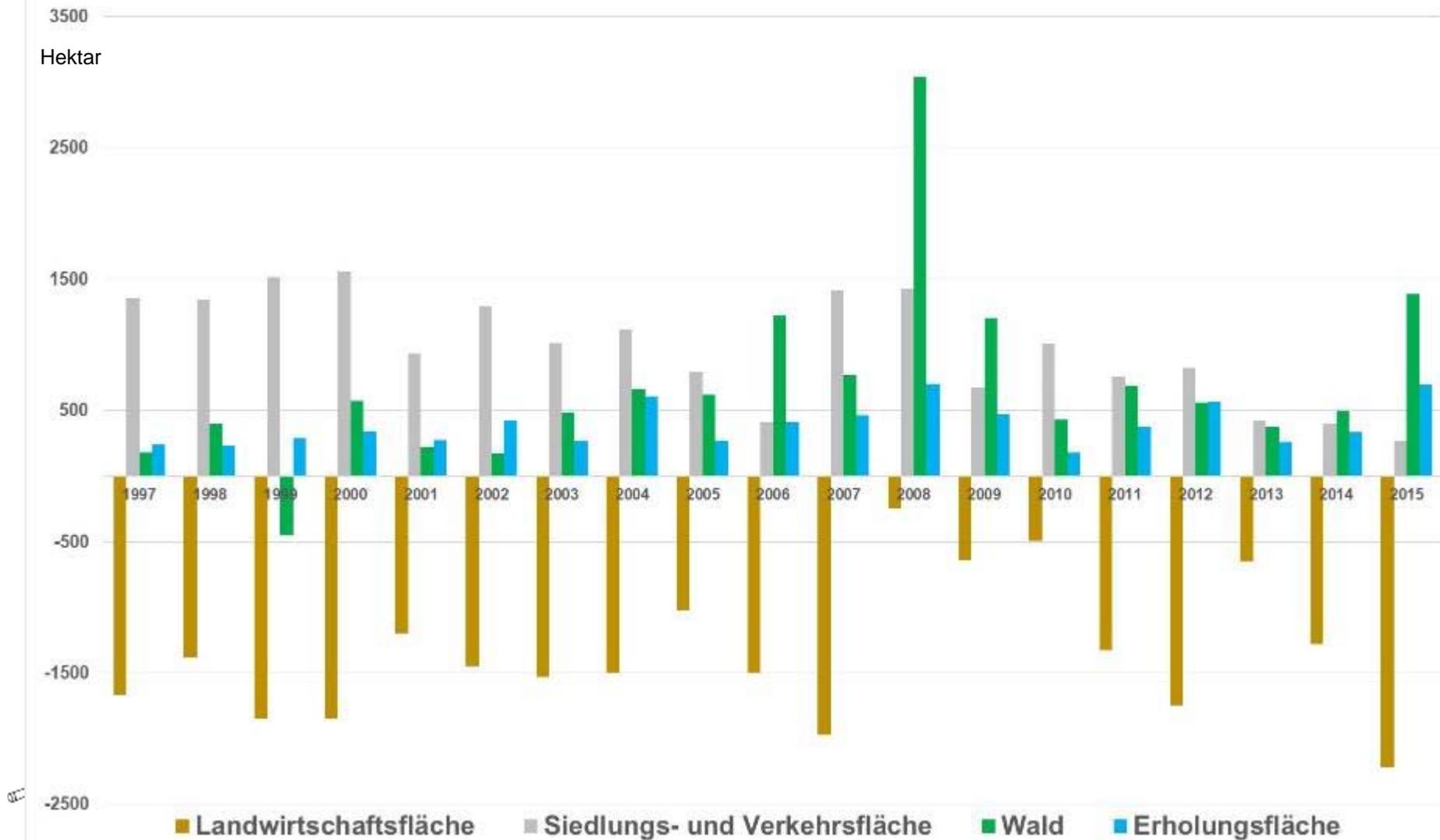
- verfügt über **Alleinstellungsmerkmal**: Bördelandschaft als Gunststandort für die Nahrungsmittelproduktion
- stellt ein hohes Maß an Produkt- und Produktionssicherheit her: **Regionalität** stärkt die Region - die Wertschöpfung findet in der Region statt
- führte zur Ansiedlung einer leistungsfähigen Ernährungswirtschaft (**Agribusiness**), sichert Arbeitsplätze im vor- und nachgelagerten Bereich
- übernimmt vielfältige Dienstleistungen für die **Kulturlandschaft**, zur Erhaltung grüner Infrastruktur und Biodiversität – Kooperation mit Naturschutz

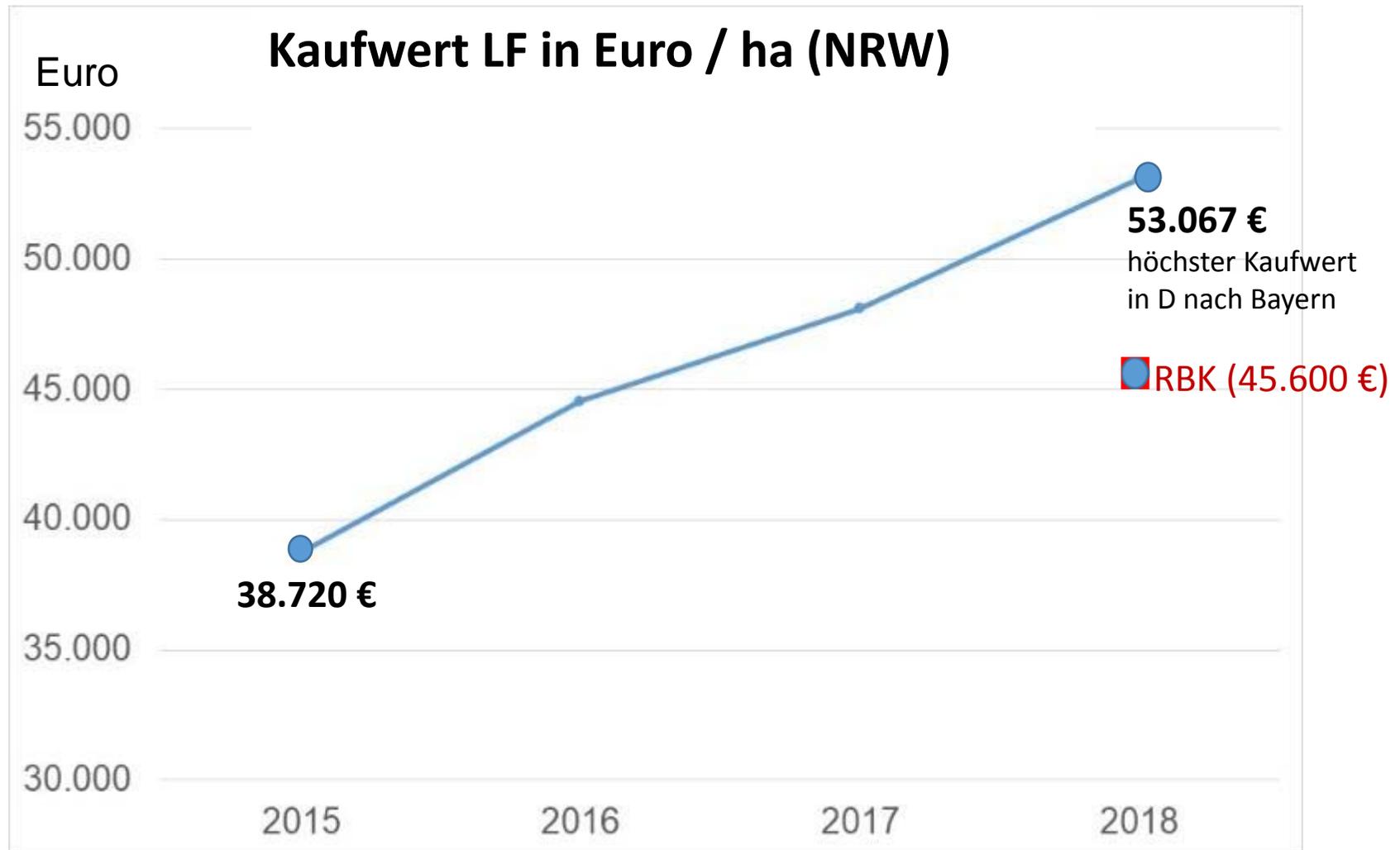
**Ländlicher Raum wird zunehmend als Landschaft
und nicht mehr als Wirtschaftsraum zur
Erzeugung von Nahrung und Energie
wahrgenommen!**



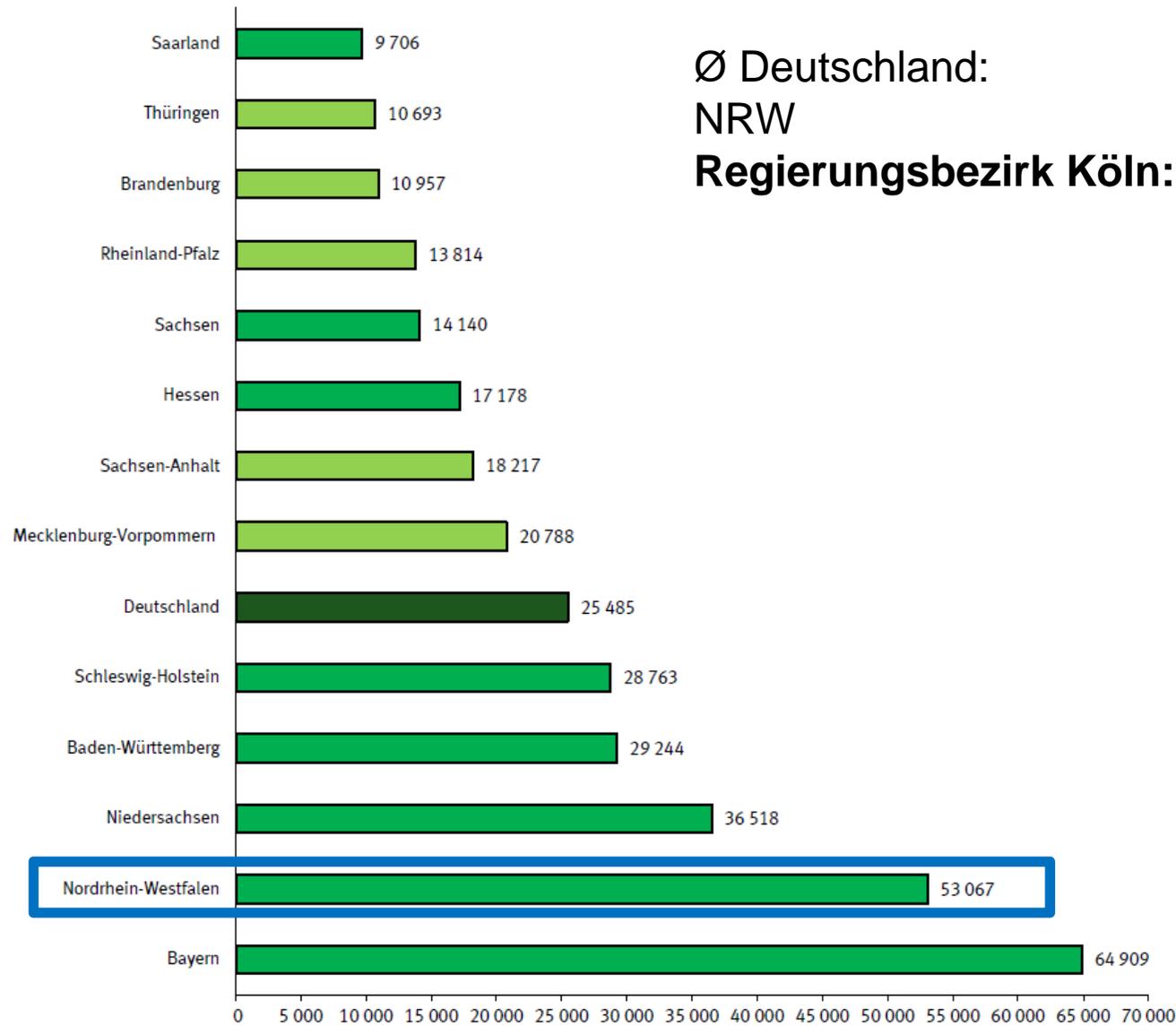
Foto: Ruth Rudolph/ pixelio.de

Entwicklung von Flächennutzungen im Regierungsbezirk Köln 1996 bis 2015





Durchschnittlicher Kaufwert je Hektar veräußerter FdIN in den Ländern im Jahr 2018



Ø Deutschland: 25.500 Euro/ha
 NRW: 53.067 Euro/ha
Regierungsbezirk Köln: 45.600 Euro/ha

Bedarfsberechnung für Landwirtschaftliche Fläche im Reg.-Bez. Köln

Der Konsum Deutschlands benötigt **22 Mio.** ha Ackerland (rd. 0,27 ha/Jahr/Mensch) für Nahrungs- und Futtermittel sowie Biomasse für energetische und stoffliche Nutzungen. Deutschland verfügt nur über **11,8 Mio.** ha Ackerfläche, so dass über **10 Mio. ha Fläche im Ausland** beansprucht werden (Quelle: UBA, 08.12.2017).

Kommunen	Einwohnerzahl	Bedarf LF (ha)	LF im Regbez. Köln (ha)	Unterdeckung LF (ha)
Köln, Bonn, Aachen, Leverkusen	1.819.000	491.130	307.368 * reichen für 1.138.400 Einw.	183.762
Einwohner Reg.-Bez. Köln	4.468.900	1.206.603	307.368 *	899.235

Bedarf Landwirtschaftliche Fläche zur

- **Sicherung der Nahrungsmittel- und Rohstoffproduktion**
- **Deckelung der Pacht- bzw. Kaufpreise**
- **Existenzsicherung zukunftsfähiger landwirtschaftlicher Betriebe**

* 307.368 ha LF gemäß INVEKOS LK NRW (1. Säule GAP: Direktzahlungen Hauptbodennutzungen; ohne 2. Säule ELER)

3. Fachbeitrag Landwirtschaft

Inhalt

1	Einleitung	10
1.1	Leitbild einer nachhaltigen Landwirtschaft	11
2	Der Planungsraum	13
2.1	Standortfaktoren	14
	Naturräumliche Einordnung	14
	Klima	14
	Böden	14
3	Landwirtschaft im Planungsraum	16
3.1	Klassifizierung von Agrarregionen und Standorten	16
3.1.1	Niederrheinische (Kölner) Bucht	16
3.1.2	Niederrheinisches Tiefland	19
3.1.3	Eifel	21
3.1.4	Bergisches Land	23
4	Wirtschaftsfaktor Landwirtschaft	26
4.1	Wertschöpfung der Landwirtschaft	26
4.2	Agribusiness	28
5	Agrarstrukturelle Standortbewertung	32
5.1	Standortwertekarte	32
5.1.1	Methodik der Standortwertekarte	33
5.1.2	Ergebnisse der Standortwertekarte	36
5.1.3	Zusammenfassung der Standortbewertung (Gesamtwertung)	39
5.2	Karte der Agrarräume	39
6	Spannungsfeld Landwirtschaft und Regionalplanung	40
7	Das Rheinische Revier im Wandel	44
7.1	Stellenwert der Landwirtschaft im Strukturentwicklungsprozess	44
7.2	Anforderungen an die Regionalplanung	45
8	Forderungen an den Regionalplan aus landwirtschaftlicher Sicht	48
8.1	Eigenständiges Kapitel Landwirtschaft	48
8.1.1	Ziel: Schutz landwirtschaftlicher Fläche	48
8.1.2	Ziel: Ausweisung „landwirtschaftlicher Vorranggebiete“ als Schutzkategorie für agrarstrukturell bedeutsam Flächen“	49
8.1.3	Ziel: Freiraumschutz durch flächensparende Siedlungs-, Industrie- und Gewerbeentwicklung	53

Landwirtschaftlicher Fachbeitrag Zum Regionalplan „Köln“

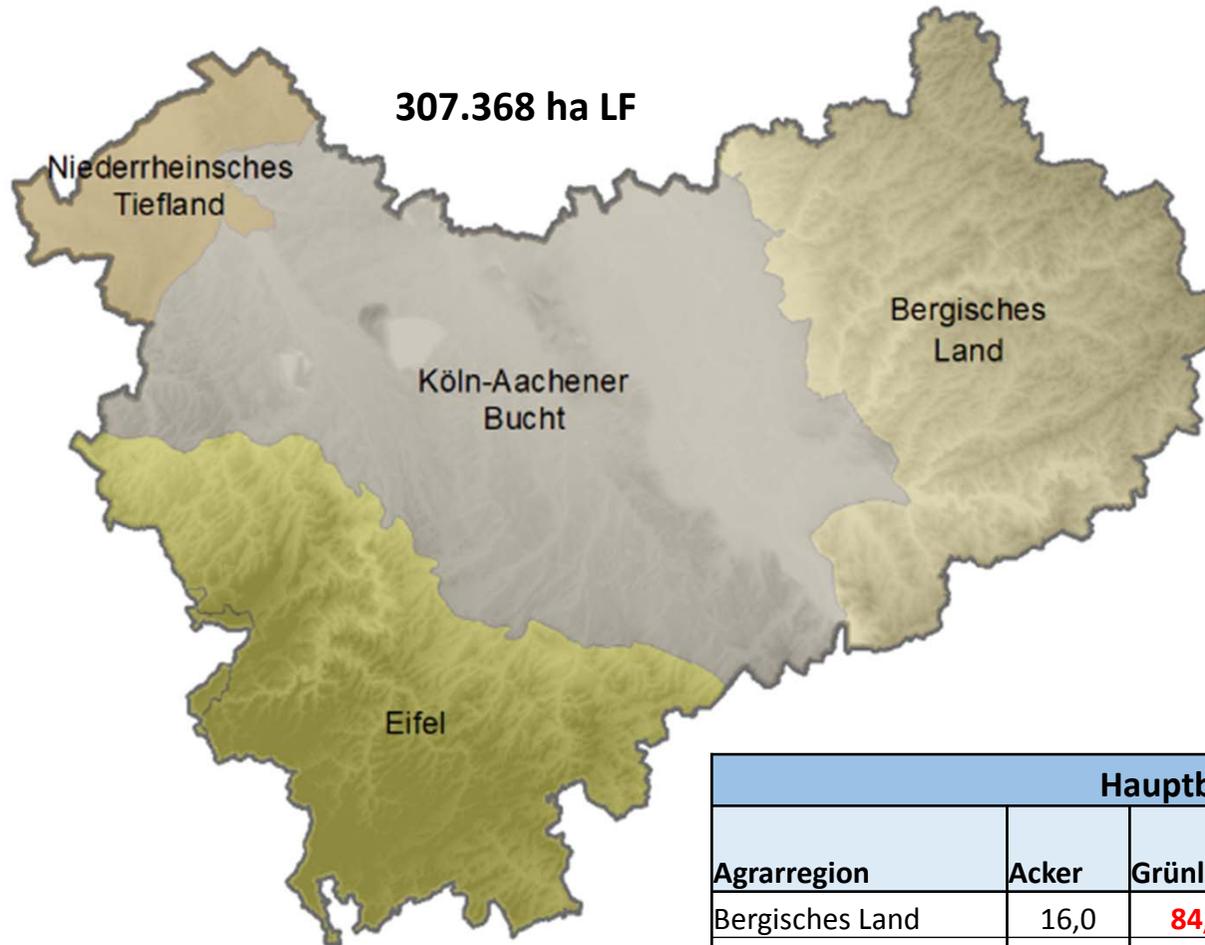
Daten, Fakten, Entwicklungen der Landwirtschaft im ländlichen, suburbanen und urbanen Raum



www.landwirtschaftskammer.de

8.1.4	Ziel: Flächenschonung durch flächensparende Kompensation	56
8.1.5	Ziel: Sicherung der Entwicklungsmöglichkeiten landwirtschaftlicher Unternehmen an ihren Betriebsstandorten:	59
8.2	Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange bei konkurrierenden Nutzungsansprüchen	60
8.2.1	Bereiche für den Schutz der Natur (BSN)	60
8.2.2	Bereiche für den Schutz der Landschaft und Erholung (BSLE)	63
8.2.3	Regionale Grünzüge	64
8.2.4	Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz, Überschwemmungsbereiche und Hochwasserschutz	65
8.2.5	Landwirtschaft und Erneuerbare Energien	67

Kapitel 3: Klassifizierung von Agrarregionen



Agrarregion	Betriebe
Bergisches Land	1.988
Eifel	1.590
Köln-Aachener Bucht	2.264
Niederrheinisches Tiefland	702
Gesamt	6.544

Agrarregion	Hauptbodennutzung (%)				GVE je ha
	Acker	Grünland	Dauer-kulturen	Sonder-kulturen	
Bergisches Land	16,0	84,0	0,4	2,8	1,2
Eifel	28,0	71,0	0,4	2,4	0,9
Köln-Aachener Bucht	88,0	9,0	2,4	8,1	0,3
Niederrheinisches Tiefland	83,0	16,08	1,4	6,6	0,9

Kapitel 3: Klassifizierung von Agrarregionen

Kölner Bucht

- größte Agrarregion
- Gunststandort
- Fokus: Ackerbau
- Tagebaulandschaft

Bergisches Land

- Grünlandregion
- Mutterkühe, Milchvieh
- Wirtschafts- und Naherholungsregion

Niederrheinisches Tiefland

- hochwertige Böden
- Gemischtbetriebe (Erwerbskombinationen)
- Fokus Schweinemast
- Kiesabbau



Eifel

- Grünlandregion
- Rinder- und Pferdehaltung
- 2/3 Nebenerwerbslandwirte
- Ökobetriebe

Kapitel 5: Standortbewertung

1. Karte der Agrarräume (= agrarstrukturell relevante Flächen)

- fassen die Feldblockflächen zu einer übergeordneten Einheit zusammen
- umfassen grundsätzlich alle landwirtschaftlichen Flächen, Landschaftselemente und Wirtschaftswege
- nur vereinzelt liegende Flächen mit weniger als 1 Hektar zählen nicht zu den Agrarräumen
- Agrarräume grenzen agrarstrukturell relevante Flächen gegen Flächen mit nichtlandwirtschaftlicher Nutzung ab

Ziel: Übernahme der Karte „Agrarräume“ in den Regionalplan Köln

Schutz landwirtschaftlicher Flächen vor konkurrierenden Flächennutzungen!

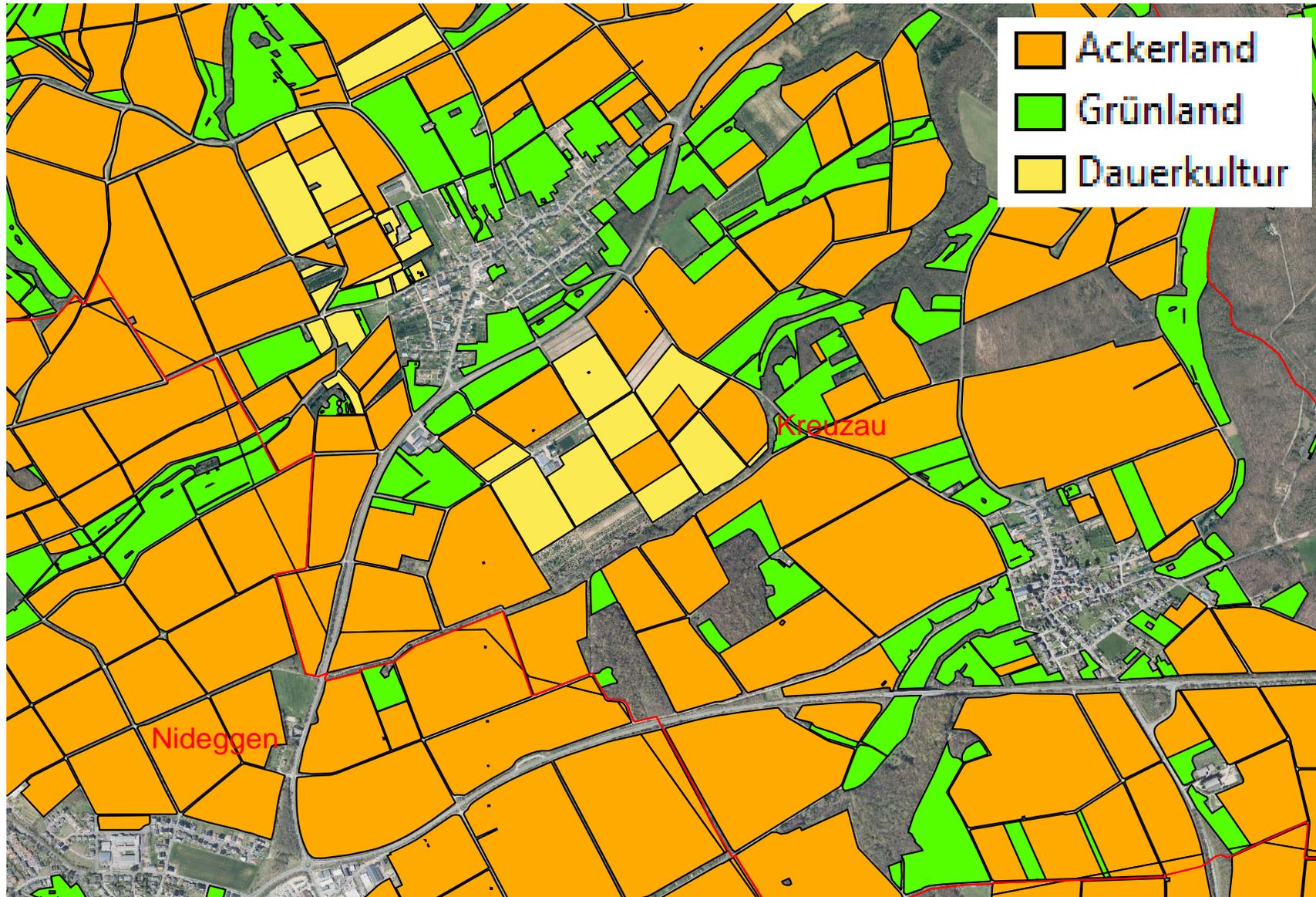
Kapitel 5: Standortbewertung

Agrarräume (=agrarstrukturell relevante Flächen) – Beispiel Kreuzau im Kreis Düren



Kapitel 5: Standortbewertung

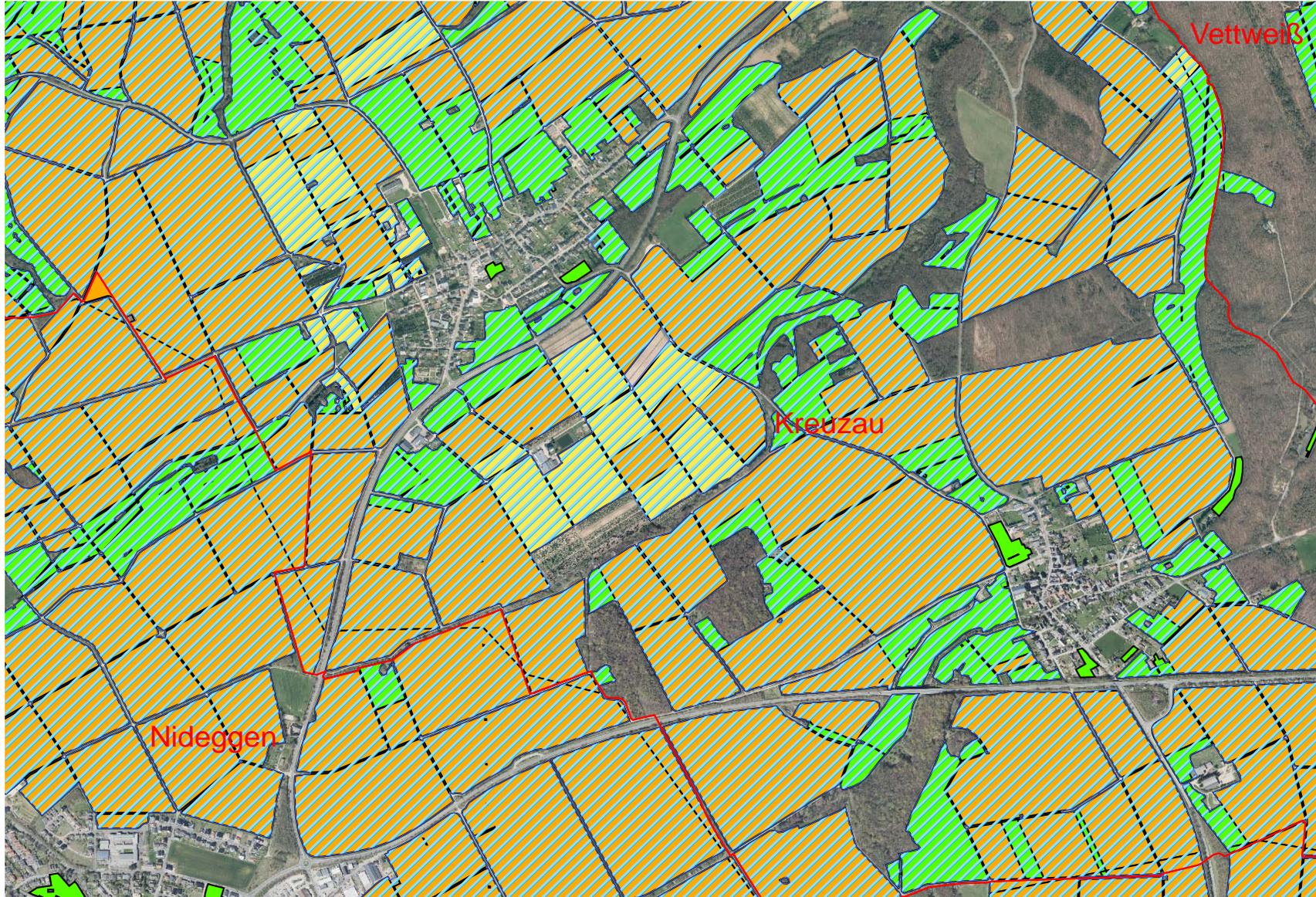
Feldblöcke



Karte: Dr. Thorsten Becker, LK NRW

Kapitel 5: Standortbewertung

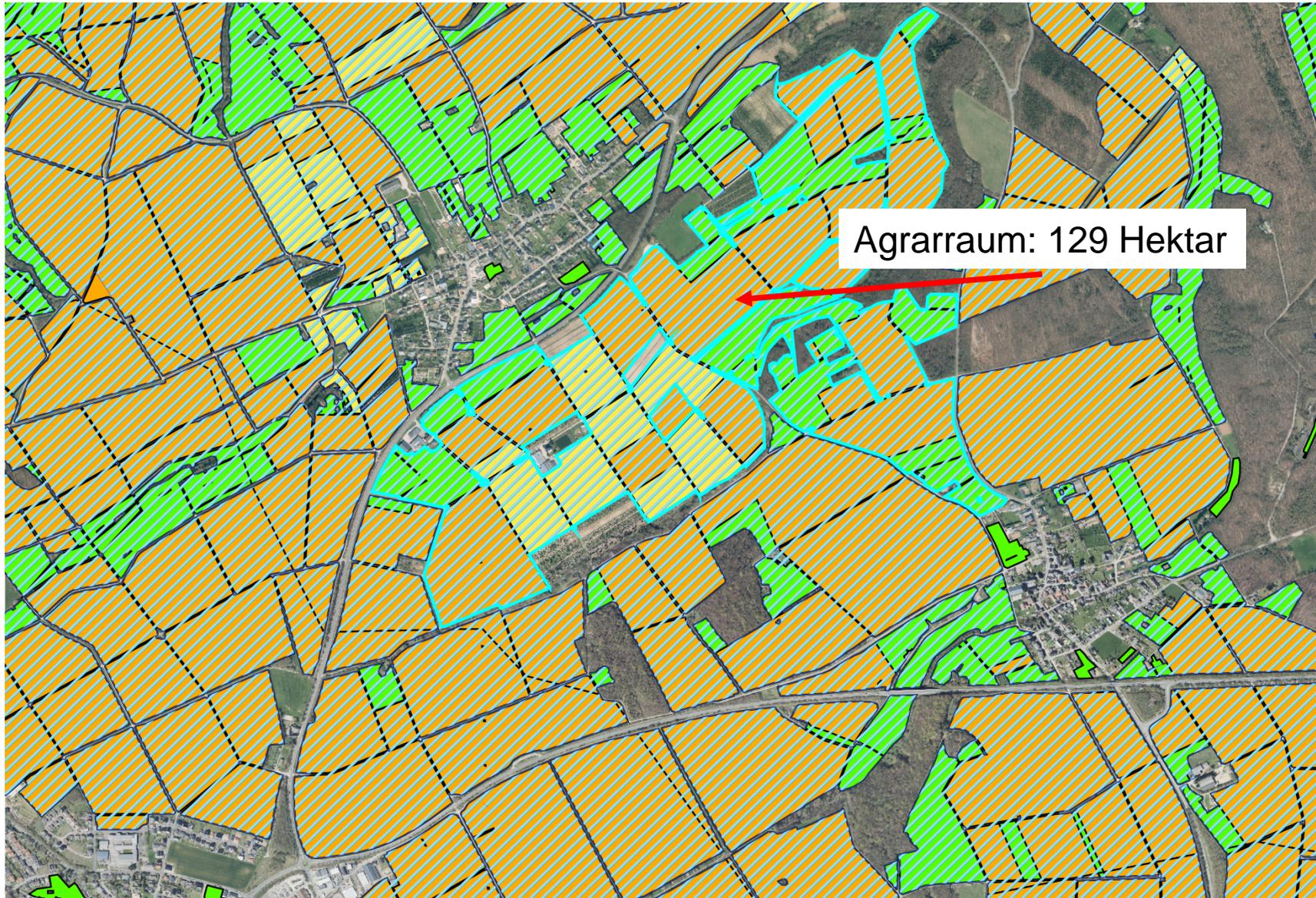
Feldblöcke + Agrarräume



Karte: Dr. Thorsten Becker, LK NRW

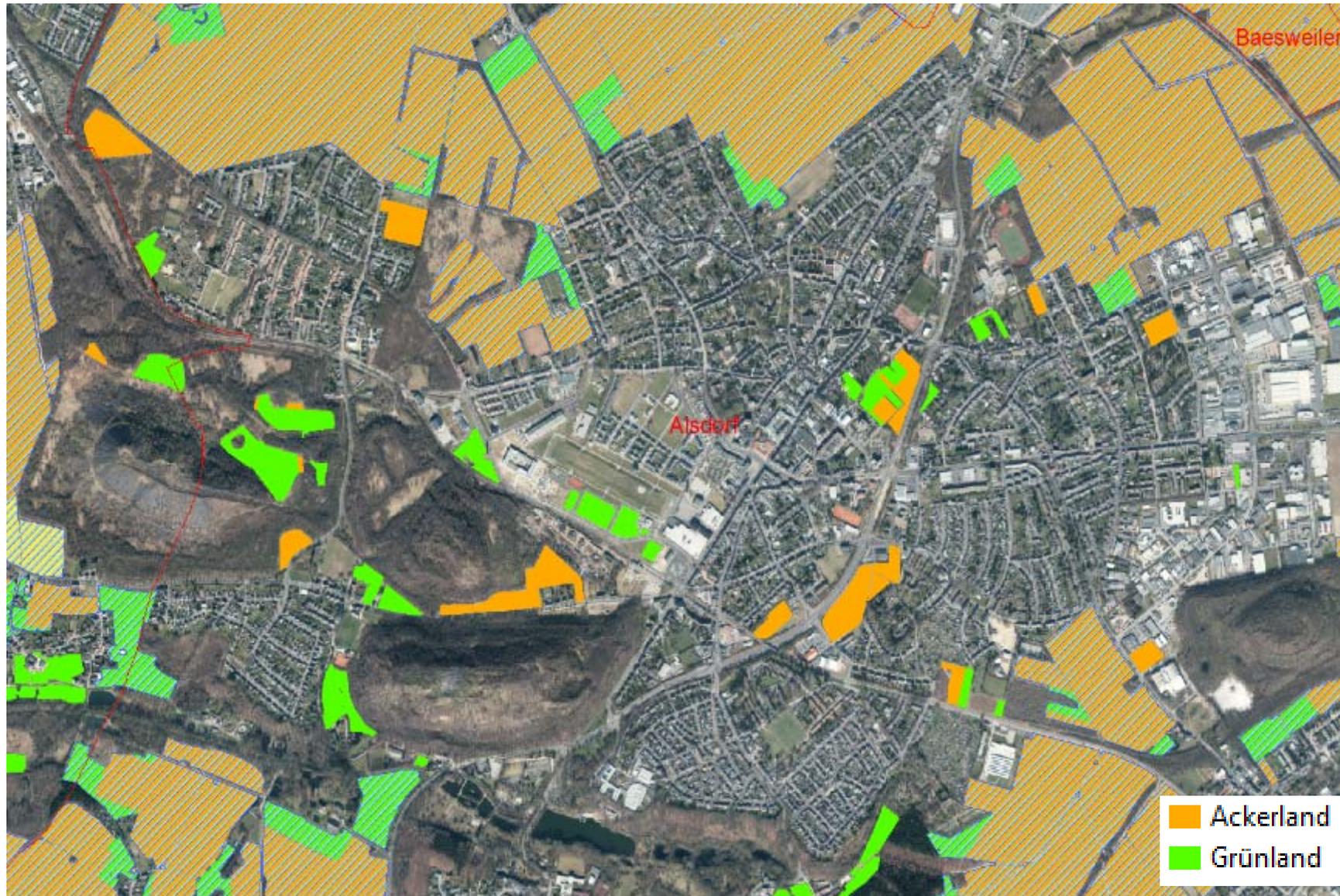
Kapitel 5: Standortbewertung

Feldblöcke + Agrarräume



Kapitel 5: Standortbewertung

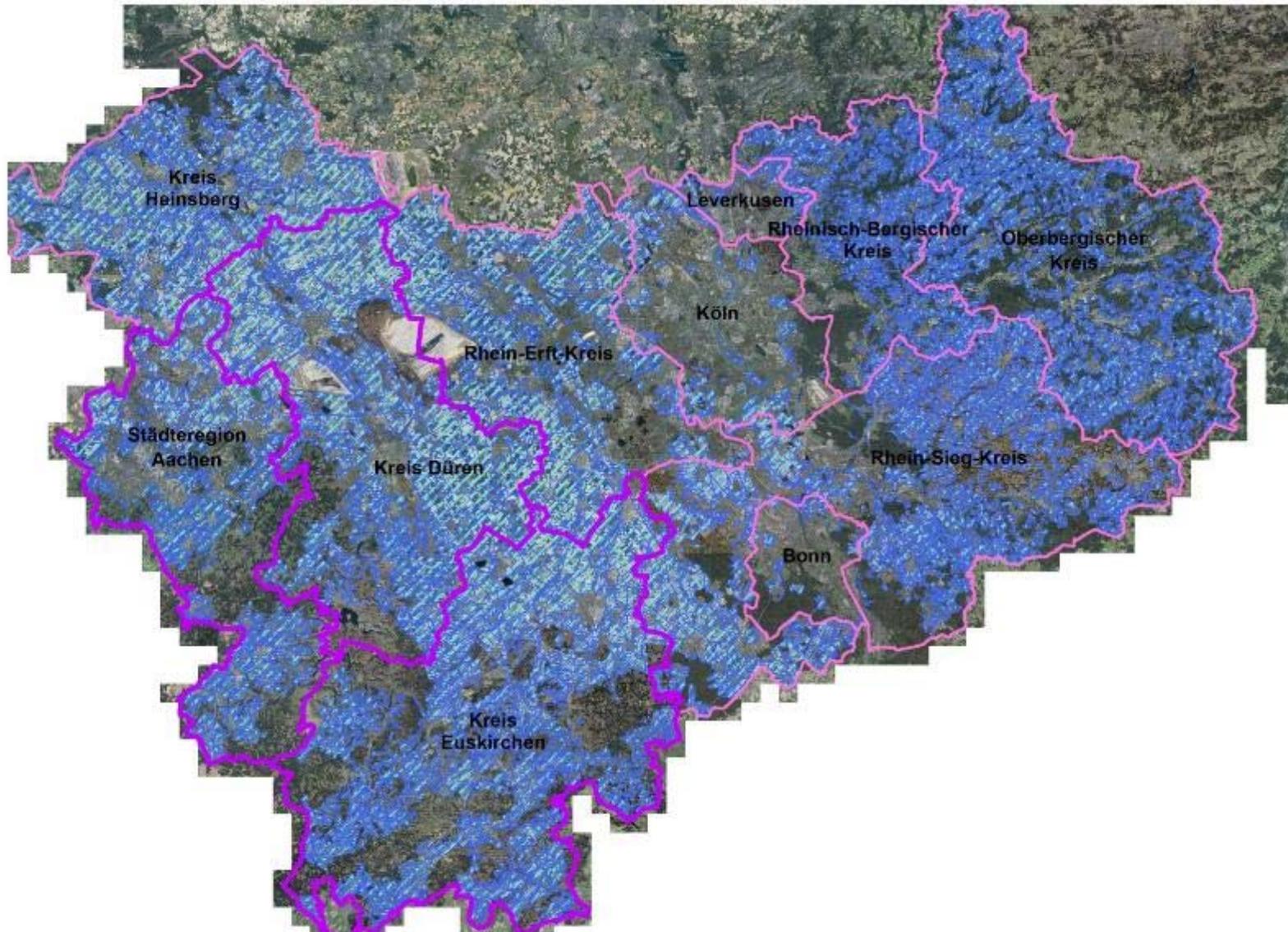
Vereinzelt liegende Flächen < 1 ha sind agrarstrukturell weniger relevant



Karte: Dr. Thorsten Becker, LK NRW

Kapitel 5: Standortbewertung

Agrarräume (= agrarstrukturell relevante Flächen) im Reg.-Bez. Köln

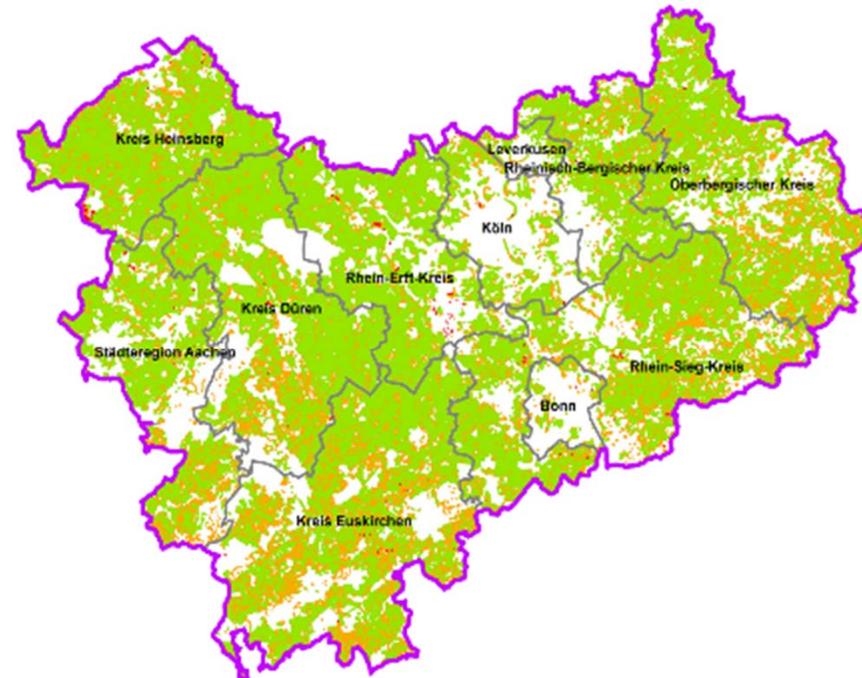


2. Standortwertekarte

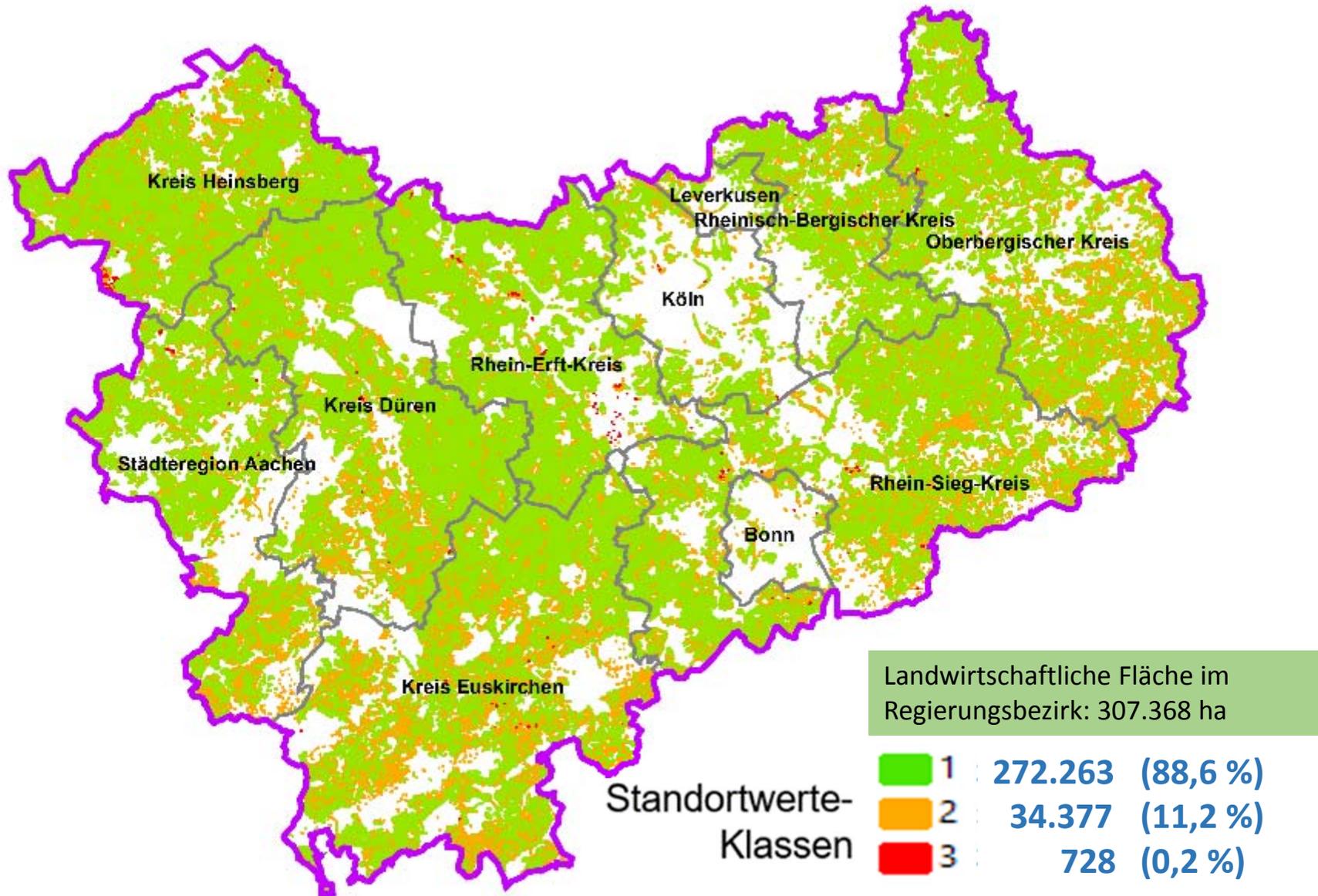
Innerhalb der Agrarräume gelegene landwirtschaftliche Flächen werden in der Standortwertekarte differenziert bewertet (3 Klassen)

Methodik der Standortwertekarte

- Sonderkulturanbau während der letzten 5 Jahre
- Feldblockgröße
- Umsatz aus landwirtschaftlicher Produktion inkl. Viehhaltung
- Schutzwürdigkeit der Böden (GeoD)
- Bodenwert
- Hangneigung



Kapitel 5: Standortbewertung



Kapitel 8: Anregungen und Ziele für den Regionalplan

- **Eigenständiges Kapitel Landwirtschaft im Regionalplan (analog LEP)**

Betonung der gesellschaftlichen Bedeutung und Raumfunktionen landwirtschaftlicher Flächen.

- **Schutz landwirtschaftlicher Fläche**

Landwirtschaftliche Flächen sind zu sichern und zu entwickeln.

Generelles Ziel: Schutz landwirtschaftlicher Flächen vor Inanspruchnahme durch andere Flächennutzungen (z.B. ASB).

- **Freiraumschutz durch flächensparende Siedlungs-, Industrie- und Gewerbeentwicklung**

- **Vorrangige Nutzung von Innenentwicklungspotentialen:** Nachverdichtung, Reaktivierung von gewerblichen bzw. industriellen Brachflächen, Mehrgeschossbauweise (Wohnen über ALDI/LIDL).

Kapitel 8: Anregungen und Ziele für den Regionalplan

- **Sicherung der landwirtschaftlichen Unternehmen und deren Entwicklungsmöglichkeiten an ihren Betriebsstandorten**
Das Umfeld landwirtschaftlicher Betriebsstandorte ist von immissionssensiblen Nutzungen wie Wohnnutzungen oder Neuausweisung von Schutzgebieten und Biotopen frei zu halten. Eine ausreichende Flächenausstattung der Betriebe ist sicherzustellen.
- **Flächenschonung durch flächensparende Kompensation**
Kompensations- und Artenschutzmaßnahmen sollen flächenschonend und agrarstrukturverträglich umgesetzt werden. Dies gilt insbesondere für Ackerflächen mit hoher oder sehr hoher natürlicher Bodenfruchtbarkeit.



Foto: Marc Boberach, pixelio.de

Informationen zum landwirtschaftlichen Fachbeitrag

Vielen Dank!
Regionalplan Köln

**22. Sitzung des Regionalrates des
Regierungsbezirks Köln**

am 27.09.2019

Friederike Hahn, LK NRW - BfA Köln

Anlage 1a)

TOP 7 Vorstellung Fachbeirat Landwirtschaft

Friederike Hahn (Landwirtschaftskammer NRW) erläutert kursorisch den Fachbeitrag Landwirtschaft anhand einer Präsentation.

(Die Ausführungen werden im Folgenden wiedergegeben, soweit sie über die Informationen der vorgestellten Präsentation, siehe Anlage 2, hinausgehen.)

Die Lößböden in der Börde (Folie „Landwirtschaft im Raum“) mit einer hohen Bodenpunktzahl würden auch aufgrund der günstigen Klimabedingungen als Gunststandort der Nahrungsmittelproduktion bezeichnet.

Flächenverluste (Folie „Flächenbedarfe“) seien insbesondere in Ballungsgebieten, in Gebieten mit Tagebau und Auskiesungen zu beklagen.

Der Preisanstieg in einigen Gebieten bei den Mieten setze sich bei Grundstücks- und Pachtpreisen fort (Folie „Entwicklung der Flächennutzung“).

Man müsse gewährleisten, dass sich landwirtschaftliche Betriebe – über ihre Fläche – weiterentwickeln könnten (Folie „Kapitel 8“), zumal Intensivierungen nicht an jedem Standort möglich bzw. erwünscht seien.

Mit Blick auf Kompensationsfläche zeige sich die Landwirtschaft kooperativ und lösungsorientiert, jedoch halte die Kammer dabei auch andere Lösungsansätze für erforderlich.

(Beifall)

Auf die Frage von **Michael Frenzel (SPD)** zur Unterscheidung von Gunststandorten und hochwertigen Böden (Folie „Klassifizierung von Agrarregionen“) antwortet **Friederike Hahn (Landwirtschaftskammer NRW)**, der Begriff „Gunststandort“ werde mit Blick auf fruchtbare Böden und günstige Klimabedingungen in der Börde genutzt. Dabei handele es sich größtenteils, aber nicht ausschließlich um hochwertige Böden.

Mit Blick auf die Nachfrage von **Stefan Götz (CDU)** nach dem Unterschied zwischen dem Verlust an landwirtschaftlichen Flächen und dem Flächenausweis etwa im Jahr 2008 (1) sowie auf die Nachfrage von **Beate Hane-Knoll (LINKE)** nach der Aufteilung des Flächenbedarfs auf Nahrungsmittel, Futtermittel und Biomasse im In- und Ausland (2) sagt **Friederike Hahn (Landwirtschaftskammer NRW)** zu, diese Informationen nachzureichen. Im Übrigen würden Kulturen im Ausland angebaut, weil in die Deutschland etwa die Flächen nicht vorhanden seien, etwa Soja. Sonderkulturen fielen unter die Kategorie Ackerflächen, Dauerkulturen verbleiben länger auf der Fläche, etwa Spargel, Erdbeeren oder Obstanbau. Diese würden partiell bewertet.

Auf die Frage von **Reinhold Müller (FDP)** nach der Einbeziehung der Betriebe verweist **Friederike Hahn (Landwirtschaftskammer NRW)** auf den Fachbeitrag und

die darin dargestellten Details etwa zur betrieblichen Entwicklung. Die größeren Betriebe wüchsen weiter, gleichwohl gehe die Fläche nicht verloren, sondern werde mitunter aufgekauft.

Von **Rolf Beu (GRÜNE)** zur Sicherstellung von landwirtschaftlicher Nahversorgung vor dem Hintergrund schrumpfender landwirtschaftlicher Flächen in den Städten befragt, legt **Marco Schlaeger (Bezirksregierung Köln)** dar, einerseits müsse dem Auftrag des Landesentwicklungsplans gefolgt werden, Flächen für die absehbare Wohn- und Wirtschaftsentwicklung auszuweisen, wobei es oftmals zu einem Konflikt mit landwirtschaftlichen Belangen komme. Andererseits würden die Daten der Landwirtschaftskammern der Agrarräume bzw. der Standortwertekarte durch die Bezirksregierung genutzt. In den Abwägungsprozess flössen die agrarstrukturellen Belange ein. Mit Blick auf den Verdichtungsraum weise er auf die regionalen Grünzüge und den besonderen Flächenschutz von Freiraum hin. Das grundlegende Dilemma könne die Bezirksregierung allerdings nicht auflösen.

Bodo Jakob (SPD) erinnert daran, dass das Gutachten der Landwirtschaftskammer zur Änderung des Braunkohlenplans mit Blick auf Inden im Vergleich zu den anderen Gutachten mit Abstand am dünnsten ausgefallen sei, zumal oft die Nachfolge in den landwirtschaftlichen Betrieben nicht feststehe. Daher interessiere ihn besonders die Frage nach der Flächennutzung.

Bettina Herlitzius (GRÜNE) begrüßt vor dem Hintergrund der damaligen Stellungnahme, dass der Fachbeitrag heute wesentlich klarer ausfalle. Dieser betone aus ihrer Sicht sehr klar die Notwendigkeit der landwirtschaftlichen Flächen. Sie bringe ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass dieser Bedarf auch im Regionalplan seinen Niederschlag finde. Weiterhin frage sie nach, ob die Landwirtschaftskammer über Möglichkeiten verfügte, Landwirten den Anbau von Grundnahrungsmitteln vorzuschreiben.

Ulrich Göbbels (FDP) merkt an, die gezeigte Karte erwecke den Eindruck, dass sich die Eifel fast in den Heinsberger Raum erstrecke.

Brigitte Scholz (Stadt Köln) möchte wissen, ob erfasst werde, **wohin die in der Region produzierten Güter geliefert würden und woher was in die Region importiert werde (3).**

Friederike Hahn (Landwirtschaftskammer NRW) entgegnet, dazu existierten Zahlen, die die Landwirtschaftskammer jedoch nicht erhebe. Über den Detaillierungsgrad dieser Daten könne sie allerdings keine Angaben machen. Sie sagt zu, die Antworten auf diese Fragen in Erfahrung zu bringen.

Den Anbau von Grundnahrungsmitteln vorzuschreiben, sei indes nicht möglich.

Die Diskussionen um den Tagebau in Inden hätten vor ihrer Zeit in der Landwirtschaftskammer stattgefunden, allerdings wisse sie, dass dabei einiges schiefgegangen sei.

Bodo Jakob (SPD) stellt klar, er habe mit seiner Frage nicht eine Entscheidung, die vor 15 Jahren getroffen worden sei, wieder aufgreifen wollen. Vielmehr habe es sich um ein Beispiel gehandelt, um die Frage nach der betrieblichen Nutzung zu illustrieren.

Natürlich existierten Betriebe ohne Hofnachfolge, so **Friederike Hahn (Landwirtschaftskammer NRW)**. Für diese Betriebe stelle sich die Fläche dann als nicht mehr relevant dar. Jedoch könnten diese von Nachbarbetrieben aufgekauft **oder gepachtet** werden. Man müsse das individuell betrachten, zumal es auch von der dort vorherrschenden Agrarstruktur abhängige.

Die Abgrenzung auf der Karte sei nicht nach Kreis- oder kommunalen Grenzen erfolgt, vielmehr habe man naturräumliche und topografische Merkmale herangezogen. Die Eifel sei nicht auf den Niederrhein erstreckt worden, vielmehr habe man die Städteregion Aachen abgebildet. Ein Stück in Richtung Übach-Palenberg habe nicht anders als dargestellt naturräumlich abgegrenzt werden können.

Rolf Beu (GRÜNE) hält die Entwicklung der Preise pro Hektar Grundstücksfläche für den größten Beleg für die Existenz der Nachfrage, da sonst niemand die Bereitschaft zeige, die Preise zu zahlen, ohne die entsprechenden Erträge erwirtschaften zu können. Im Übrigen stellten regionale Grünzüge Gebiete für Naherholung und darüber hinaus gestaltete Landschaftsbestandteile dar; selten würde ein einfacher Acker in einen regionalen Grünzug umgewandelt.

Gudrun Zentis (GRÜNE) merkt an, der Einsatz von GPS in der Landwirtschaft funktioniere an vielen Stellen nicht, sodass es mitunter zur Düngung von Wegen und unnötig ausgebrachtem Material komme. Sie frage daher nach Verbesserungswünschen.

Rainer Deppe (CDU) macht darauf aufmerksam, dass die Darstellung der Flächeninanspruchnahme in der Präsentation mit dem Jahr 2015 ende. **Ihn interessiere die weitere Entwicklung, und er bitte um Vervollständigung (4).**

Der Ackersaum stelle ein wichtiges Biotop dar, so **Michael Frenzel (SPD)**. Er wolle erfahren, inwieweit der Fachbeitrag dieses Thema sowie die Bemühungen der Landwirtschaft aufgreife.

Friederike Hahn (Landwirtschaftskammer NRW) legt dar, das Eingehen auf landwirtschaftliche Problematiken der Bevölkerung sei kein Teil des Fachbeitrags. Die Ausbringung von Dünger und Pflanzenschutzmitteln auf dafür nicht vorgesehene Flächen sei nicht zulässig und werde von der Landwirtschaftskammer geahndet. Im

Interesse der Kammer liege natürlich die Verbesserung der Technik, jedoch sehe sie trotz vorgenommener Optimierungen Luft nach oben, um von vornherein zu vermeiden, dass etwa öffentliche Flächen von Verschmutzungen usw. betroffen würden.

Sie sage Rainer Deppe zu, die entsprechenden Zahlen der letzten Jahre nachzuliefern.

Der Fachbeitrag gehe kurz auf die grüne Infrastruktur ein, insbesondere mit Blick auf Biodiversitätsmaßnahmen. Die Kammer biete im Übrigen eine Biodiversitätsberatung an. **Die Landwirtschaftsflächen stellen einen Teil der „Grünen Infrastruktur“ dar.**

Vorsitzender Rainer Deppe dankt für die Präsentation und anschließende Diskussion. Er sagt zu, den Fachbeitrag in die Gesamtüberlegungen einzubeziehen.

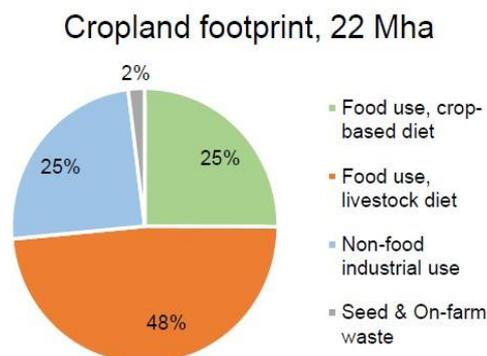
Antworten auf die offen gebliebenen Fragen zu TOP 7 „Vorstellung Fachbeitrag Landwirtschaft“ in der Sitzung des Regionalrats Köln vom 27.09.2019

Zu 1) Herrn Stefan Götz (CDU)

In der Tabelle werden die Nutzungsarten Gewässer, Abbauland, Flächen anderer Nutzung (Friedhof, Unland) sowie sonstige Vegetationen (Moor, Heide) nicht abgebildet.

Zu 2) Frau Beate Hane-Knoll (LINKE)

Der Ackerlandfußabdruck Deutschlands beträgt insgesamt 0,27 ha. Davon werden derzeit rund 2.400 m² Ackerfläche für Nahrungsmittel pflanzlicher sowie tierischer Herkunft pro Kopf und Jahr (70 % entfallen auf den Konsum tierischer Produkte) sowie rund 300 m² Ackerfläche zur Produktion von Nicht-Nahrungsmitteln (u.a. energetische und stoffliche Biomasse) benötigt (UBA, 2017; WWF, 2015 und 2017; T. Meier et. al., 2014). Die 22 Mio. ha Ackerland für den Konsum Deutschlands werden wie folgt genutzt:



Almost half of Germany's cropland footprint is related to food consumption of livestock products (meat, dairy products, eggs), about one quarter to crop-based diets (vegan food) and also a quarter to non-food commodities. Germany's cropland self reliance ratio (cropland in domestic production divided by the cropland footprint) is 54%, i.e. almost half of cropland required to meet domestic consumption is located outside Germany. Each German citizen appropriates on average 2,693 square meter cropland for the consumption of food and non-food commodities.

Abbildung 1: Zusammensetzung von Deutschlands Ackerland-Fußabdruck (Quelle: UBA, 2017)

» Darüber hinaus haben auch Meier et al. (2014) den Flächenfußabdruck der Ernährung für Deutschland kalkuliert. Dieser beträgt den Berechnungen der Autoren zufolge 2.365 m² und liegt demnach nur etwas mehr als 1 % unter dem hier berechneten eigenen Indikatorwert.

Alles in allem besteht in der wissenschaftlichen Literatur bzw. öffentlichen Debatte weitgehend Einigkeit über den Flächenfußabdruck der Ernährung der Einwohner Deutschlands. Der Wert der eigenen Berechnungen befindet sich ungefähr in der Mitte des anderweitig kalkulierten Spektrums, wie die Abbildung 11 zeigt.

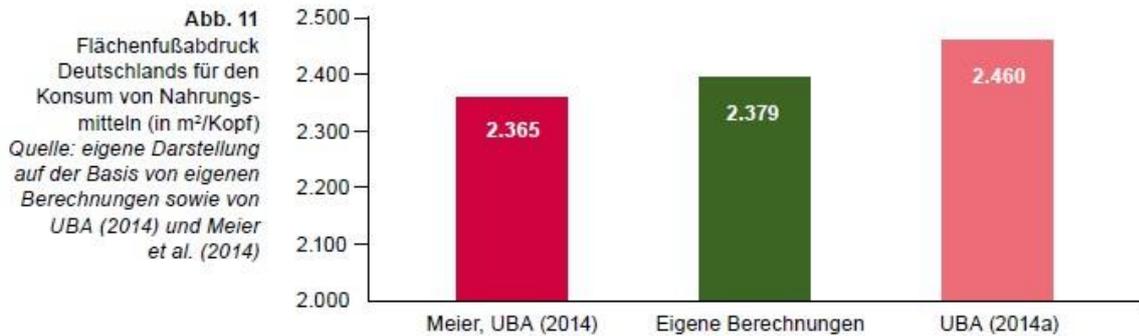


Abbildung 2: Flächenfußabdruck Deutschlands für den Konsum von Nahrungsmitteln (Quelle: WWF, 2015)

Zu 3) Frau Brigitte Scholz (Stadt Köln)

Die Landwirtschaftskammer NRW erfasst dazu keine Daten. Gemäß der Studie „Meier et. al.“ (siehe Quellen) werden 707 m² Ackerfläche pro Kopf und Jahr importiert. Dies entspricht ca. 30 % des Fußabdrucks für Nahrungsmittel (2.365 ha). Exportiert werden dahingegen 262 m² pro Kopf und Jahr. Bei den Agrarrohstoffimporten dominieren Sojabohnen, –schrot, Rapssamen und Getreide.

Wir verweisen auf das Statistische Bundesamt. Quelle: Destatis: „Umweltökonomische Gesamtrechnungen – Flächenbelegungen von Ernährungsgütern 2010-2017, August 2019 (siehe PDF Dokument im Anhang).

Zu 4) Herr Rainer Deppe (CDU)

In den Jahren 2009 bis 2015 erfolgte der gesetzlich vorgeschriebene Systemwechsel im Liegenschaftskataster. Im Rahmen der Umstellung auf das neue Datenmodell ALKIS als Amtliches Liegenschaftskataster Informationssystem (seit 2016) und der Ablösung des Automatisierten Liegenschaftsbuchs ALB (bis 2015) kam es zu strukturellen Veränderungen in der Zuordnung der tatsächlichen Nutzung der Flächen und damit zu Brüchen in der Zeitreihe der Statistik. Ein Vergleich der Statistiken der Jahre 2015 und 2016 ist damit nicht möglich. Die Abbildung 3 zeigt infolgedessen nur die Entwicklung der Flächennutzungen im RBK in den Jahren 2017 und 2018.

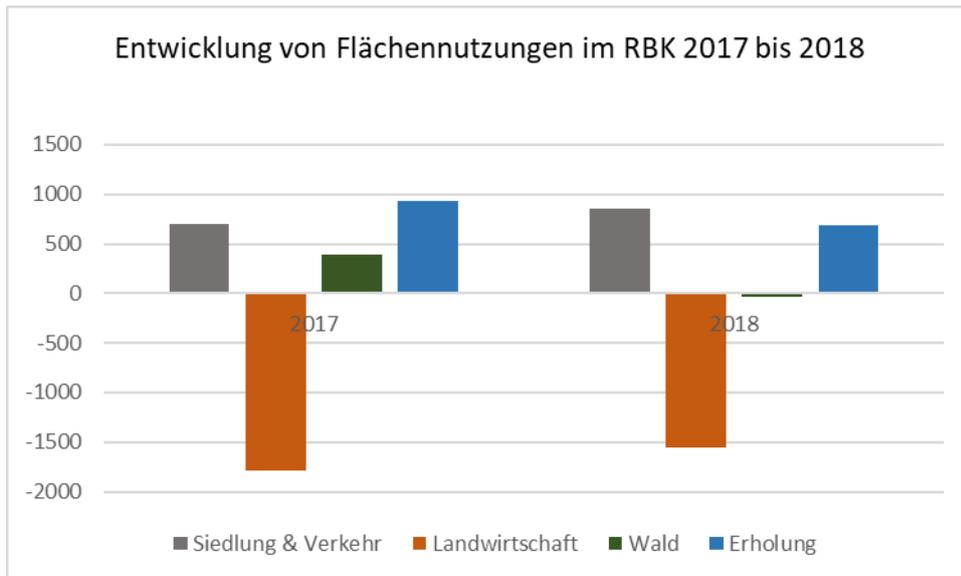


Abbildung 3: Entwicklung von Flächennutzungen im Regierungsbezirk Köln 2017 bis 2018 (Quelle: IT NRW, 2019)

Quellen:

- *Landesbetrieb Information und Technik NRW (IT NRW):* „Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung, (2 und 3-Steller) - Gemeinden - Stichtag (ab 2016), Regierungsbezirk Köln, Stichtag 31.12.2018
- *Meier, T et. al.:* Balancing virtual land imports by a shift in the diet: Using a land balance approach to assess the sustainability of food consumption. In: *Appetite* 74: 20-34, 2014
- *Statistisches Bundesamt (Destatis):* „Umweltökonomische Gesamtrechnungen – Flächenbelegungen von Ernährungsgütern 2010-2017, August 2019
- *Umweltbundesamt (UBA),* „Texte 81 / 2017 – Entwicklung von konsumbasierten Landnutzungsindikatoren – Synthesebericht“, Januar 2017
- *WWF,* „Regionalbericht Köln – Landwirtschaft und Ernährung“, Juni 2017
- *WWF,* „Nahrungsmittelverbrauch und Fußabdrücke des Konsums in Deutschland – Eine Neubewertung unserer Ressourcennutzung“, März 2015

UMWELTÖKONOMISCHE GESAMTRECHNUNGEN

Flächenbelegung von Ernährungsgütern
2010 – 2017



2019

wissen.nutzen.

Herausgeber: Statistisches Bundesamt (Destatis)

Internet: www.destatis.de

Ihr Kontakt zu uns:
www.destatis.de/kontakt

Zentraler Auskunftsdienst
Tel.: +49 (0) 611 / 75 24 05

Die Berechnung der Daten, die diesem Fachbericht zugrunde liegen, wurden durch ein Forschungsvorhaben des Umweltbundesamtes (UBA), Berlin, gefördert und mit Bundesmitteln finanziert: „Globale Umweltinanspruchnahme durch Produktion, Konsum und Importe“ (UFOPLAN 2016: FKZ 3716 12 1051).

Ausführliches Datenmaterial zum Fachbericht enthält der Tabellenband „[Ein- und Ausfuhr und Flächenbelegung von Erzeugnissen pflanzlichen und tierischen Ursprungs 2008 – 2017](#)“.

Erscheinungsfolge: unregelmäßig

Erschienen am 15. August 2019

Artikelnummer: 5385101-17900-4 [PDF]



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2019

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

Einführung	6
1 Flächenbelegung von Erzeugnissen pflanzlichen und tierischen Ursprungs für Ernährungszwecke	7
1.1 Landwirtschaftliche Nutzfläche im In- und Ausland	7
1.2 Fläche für den Inlandsverbrauch	9
2 Flächenbelegung von Erzeugnissen tierischen Ursprungs	10
2.1 Flächenbelegung durch Futter	10
2.2 Flächenbelegung durch Produkte tierischen Ursprungs	12
2.3 Flächenbelegung durch Inland, durch Importe und Exporte	13
2.4 Flächennutzung pro Kopf	14
3 Flächennutzung von Erzeugnissen pflanzlichen Ursprungs	15
3.1 Methodik	15
3.2 Importe	16
3.3 Exporte	22
3.4 Importanteil der Exporte	26
3.5 Inlandsverbrauch der pflanzlichen Ernährungsgüter	27
3.6 Diskussion ausgewählter Produkte	29

Tabellenverzeichnis

Tab 1	Flächenbelegung im In- und Ausland für Ernährungsgüter pflanzlichen und tierischen Ursprungs	8
Tab 2	Flächennutzung für Ernährungszwecke im Inland, für Exporte und für den Inlandsverbrauch	10
Tab 3	Futtermittelverbrauch des Nutztierbestandes und Flächennutzung 2017	11
Tab 4	Futtermittelaufkommen und Flächenbelegung nach Ursprungsregion	12
Tab 5	Flächenbelegung durch Erzeugnisse tierischen Ursprungs für Inlandserzeugung, Importe, Exporte und Inlandsverbrauch 2017	13
Tab 6	Flächenbelegung in m ² pro Kopf für Erzeugnisse tierischen Ursprungs – Inlandsverbrauch	14
Tab 7	Importmengen pflanzlicher Erzeugnisse nach Kapiteln der Außenhandelsstatistik	16
Tab 8	Flächenbelegung importierter pflanzlicher Erzeugnisse nach Kapiteln der Außenhandelsstatistik	17
Tab 9	Importmengen pflanzlicher Erzeugnisse nach Lieferländern	19
Tab 10	Flächenbelegung importierter pflanzlicher Erzeugnisse nach Anbauländern	20
Tab 11	Flächenbelegung pflanzlicher Erzeugnisse nach Produktfamilien 2017	21
Tab 12	Exporte pflanzlicher Erzeugnisse nach Kapiteln der Außenhandelsstatistik	22
Tab 13	Flächenbelegung exportierter pflanzlicher Erzeugnisse nach Kapiteln der Außenhandelsstatistik	23
Tab 14	Exporte pflanzlicher Erzeugnisse nach Bestimmungsländern	24
Tab 15	Flächenbelegung exportierter pflanzlicher Erzeugnisse nach Produktfamilien	25
Tab 16	Flächenkoeffizient ausgewählter Produkte	29
Tab 17	Flächenkoeffizient Schokolade	29

Abbildungsverzeichnis

Abb 1	Landwirtschaftliche Nutzfläche im Inland 2017 nach Verwendungsarten	7
Abb 2	Flächenbelegung durch Futter aus inländischer Erzeugung und Importen 2017	11
Abb 3	Flächenbelegung für Inlandserzeugung und Importe von Futtermitteln sowie für Importe und Exporte von Erzeugnissen tierischen Ursprungs	14
Abb 4	Flächenbelegung der Importe nach Verarbeitungsstufen	17
Abb 5	Flächenbelegung der Importe nach Landkategorien 2017	18
Abb 6	Flächenbelegung von importierten Erzeugnissen pflanzlichen Ursprungs (Produktfamilien)	21
Abb 7	Flächenbelegung der Exporte nach Verarbeitungsstufen	24
Abb 8	Flächenbelegung der Exporte von pflanzlichen Ernährungsgütern 2017	26
Abb 9	Importanteil der Exportgüter	27
Abb 10	Inlandsverbrauch pflanzlicher Ernährungsgüter	28
Abb 11	Flächenbelegung für Inlandsverbrauch nach Ernährungsgruppen 2017	28

Abkürzungen/Zeichenerklärung

FAO	= Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen
g	= Gramm
ha	= Hektar
kcal	= Kilokalorie
kg	= Kilo
l	= Liter
m ²	= Quadratmeter
Mill.	= Millionen
t	= Tonne
u. a.	= unter anderem
z. B.	= zum Beispiel
%	= Prozent
X	= Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Die landwirtschaftlich genutzten Flächen werden weltweit zunehmend zu einem knappen Gut. Dazu tragen eine Reihe von Faktoren bei:

- Höhere Nachfrage nach Nahrungsmitteln durch Bevölkerungswachstum
- Zunehmende Nutzung von Agrarflächen zum Anbau von Energiepflanzen
- Wandel der Ernährungsweisen: Wachsender Konsum von Genussmitteln wie Kaffee und Schokolade oder fast food belegt zusätzliche Flächen
- Eine steigende Nachfrage nach tierischen Eiweißen und Fetten erfordert eine höhere Flächenbelegung als eine Ernährung auf überwiegend pflanzlicher Basis.

Der Anbau von Agrarrohstoffen wie Ölsaaten und Früchten ist im In- und Ausland oftmals mit hohen Umweltbelastungen verbunden. Der Einsatz von Pestiziden und Monokulturen führt außerdem zu großem Artenverlust. Durch Brandrodungen im Ausland werden große Mengen an klimaschädlichen Treibhausgasen verursacht. Neben den negativen Umweltfolgen führt das Ausrichten von Landwirtschaft in den betroffenen Ländern auf eine „Exportwirtschaft“ auch zu vielen sozialen Problemen, beispielsweise dem Verdrängen von bäuerlichen Kleinbetrieben.

Der vorliegende Fachbericht zeigt, wie die für Deutschland charakteristische industriell orientierte Landwirtschaft eine verstärkte Flächenbelegung im Ausland bewirkt. Zum einen führen Exporte von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und von Ernährungsgütern zu einer vermehrten Nachfrage nach importierten Agrarrohstoffen, die beim Herstellen der Exportgüter verwendet werden. Zum anderen verwenden inländische Mastbetriebe und die Milchwirtschaft beim Füttern des inländischen Nutztviehs zunehmend importierte eiweißhaltige Futtermittel. Zusammen mit den Flächenzuwächsen beim Anbau von Energiepflanzen stehen dadurch innerhalb Deutschlands weniger Flächen für den Inlandsverbrauch von Ernährungsgütern zur Verfügung.

Ausführliche methodische Erläuterungen zum Thema Flächenbelegung von Ernährungsgütern werden in dem Methodenbericht „Flächenbelegung von Ernährungsgütern – Methoden und Konzepte“ (2018) gegeben. Weitere Ergebnisse zur Flächenbelegung von Erzeugnissen tierischen Ursprungs werden in dem Fachbericht „Flächenbelegung von Erzeugnissen tierischen Ursprungs 2010 – 2017“ aufgeführt. Zusätzliches Datenmaterial zum Thema Flächenbelegung wird im Tabellenband „Ein- und Ausfuhr und Flächenbelegung von Erzeugnissen pflanzlichen und tierischen Ursprungs 2008 – 2017“ veröffentlicht. Alle Publikationen können auf der Homepage www.destatis.de abgerufen werden.

1 Flächenbelegung von Erzeugnissen pflanzlichen und tierischen Ursprungs für Ernährungszwecke

1.1 Landwirtschaftliche Nutzfläche im In- und Ausland

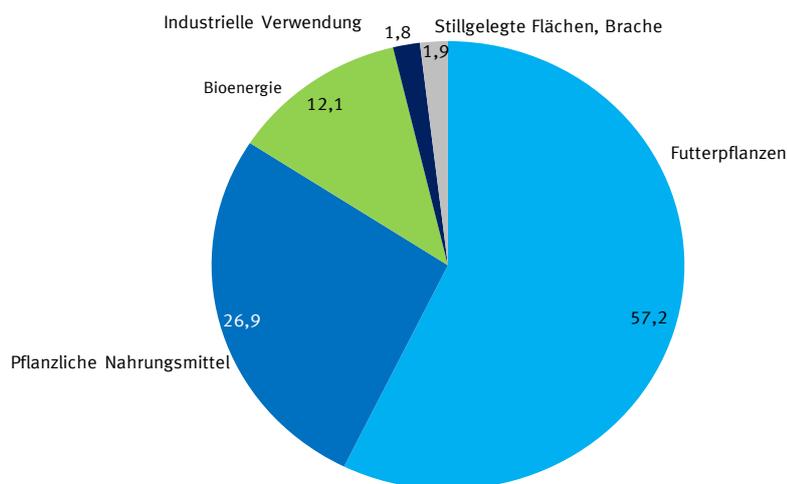
Starker Anstieg der Flächenbelegung durch Importe und Exporte pflanzlichen und tierischen Ursprungs

Neben den Flächen für Ernährungsgüter wird landwirtschaftliche Fläche zum Anbau von Agrarrohstoffen für weitere Zwecke benötigt, beispielsweise für den Anbau von Energiepflanzen. Die Flächenbelegung für Ernährungszwecke kann differenziert werden nach der „Flächenbelegung für Erzeugnisse tierischen Ursprungs“ und der „Flächenbelegung für Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs“.

Grundlage der Berechnungen für Importe und Exporte ist die Außenhandelsstatistik, die Angaben zu den Import- und Exportmengen bereitstellt. In einer Modellrechnung werden die für den Anbau der Agrarrohstoffe benötigten Anbauflächen bestimmt. Für Importe und Exporte sind die Futtermittel hierbei der Kategorie „tierischen Ursprungs“ zugewiesen.

Im Jahr 2017 betrug die landwirtschaftliche Nutzfläche in Deutschland insgesamt 16,7 Mill. ha (siehe Tabelle 1). 14,0 Mill. ha entfielen hierbei auf die Flächennutzung für Ernährungszwecke, davon 9,6 Mill. ha für den Anbau von Futterpflanzen und 4,5 Mill. ha für die pflanzliche Ernährung. Im Jahr 2010 waren es noch 14,7 Mill. ha Flächennutzung für Ernährungszwecke. Dies entspricht einem Rückgang um 4,2 %. Diese Entwicklung geht besonders auf den Rückgang der Flächennutzung für Futterpflanzen zurück (– 6,4 %), während die Flächennutzung für pflanzliche Ernährung nahezu konstant geblieben ist(+ 0,9 %).

Abb 1 Landwirtschaftliche Nutzfläche im Inland 2017 nach Verwendungsarten in %



Insgesamt wurden 2017 von der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Inland 57,2 % für den Anbau von Futterpflanzen, 26,9 % für den Anbau von pflanzlichen Nahrungsmitteln und 12,1 % für den Anbau von Energiepflanzen genutzt (siehe Abbildung 1).

Flächenbelegung für Ernährungszwecke

Von der landwirtschaftlichen Nutzfläche von 16,7 Mill. ha waren 11,8 Mill. ha Ackerland und 4,7 Mill. ha Dauergrünland. Der Rest entfiel auf Baumschulen, Obstanlagen, Rebland, Weihnachtsbaumkulturen sowie Haus- und Nutzgärten.

Tab 1 **Flächenbelegung im In- und Ausland für Ernährungsgüter pflanzlichen und tierischen Ursprungs**

Kategorien	2010	2014	2017	2017 zu 2010
	1000 ha			%
Inland				
Landwirtschaftlich genutzte Fläche¹	16 704	16 725	16 687	- 0,1
Davon für:				
Futterpflanzen ²	10 205	9 600	9 552	- 6,4
Pflanzliche Ernährung	4 458	4 573	4 497	0,9
Energiepflanzen ³	1 445	2 085	2 014	39,4
Industrielle Verwendung ⁴	343	279	307	- 10,6
Stillgelegte Flächen, Brache	252	189	318	25,8
Exporte⁵				
pflanzlichen Ursprungs	6 330	6 428	7 039	11,2
tierischen Ursprungs	5 405	5 151	5 119	- 5,3
Insgesamt	11 735	11 579	12 158	3,6
darunter aus Importen	4 258	4 862	5 215	22,5
pflanzliche Erzeugnisse	3 141	3 635	3 994	27,1
Erzeugnisse tierischen Ursprungs	1 117	1 227	1 221	9,3
Importe^{5,6}				
Insgesamt	17 671	18 049	19 024	7,7
tierischen Ursprungs	4 519	4 181	4 870	7,8
pflanzlichen Ursprungs	13 152	13 868	14 154	7,6
darunter: für Inlandsverwendung	10 011	10 233	10 161	1,5
Davon:				
Futtermittel	2 800	3 137	3 084	10,1
Technische Zwecke, Energie	1 603	2 001	2 156	34,5
Ernährung	8 750	8 730	8 915	1,9
Inlandsverbrauch von Ernährungsgütern . .	19 038	18 784	19 082	0,2
pflanzlichen Ursprungs ⁷	7 759	7 768	7 450	- 4,0
tierischen Ursprungs ⁸	11 279	11 016	11 632	3,1

1 Statistisches Bundesamt, Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei; Reihe 3.1.2 Landwirtschaftliche Bodennutzung, verschiedene Jahrgänge.

2 Raufutter sowie sonstiges und verarbeitetes Futter.

3 Ohne Holz und pflanzliche Reststoffe.

4 Einschl. Industriepflanzen z. B. zur Stärke- und Ölgewinnung, Arzneipflanzen, Weihnachtsbaumkulturen, und Ähnliches.

5 Ohne Re-Exporte.

6 Bei Ackerflächen sind Mehrfachzählungen in Folge von Mehrfachernten und Fruchtwechsel möglich.

7 Ohne Futtermittel.

8 Einschl. Futtermittel.

Im Zeitraum 2010 bis 2017 ist die Flächenbelegung im Ausland durch Importe um 7,7 % von 17,7 Mill ha auf 19,0 Mill ha gestiegen. Dabei ist der Anstieg für die Erzeugnisse tierischen Ursprungs (7,8 %) und für Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs (7,6 %) nahezu identisch. Einen besonders starken Anstieg hatte auch die Flächenbelegung in Deutschland für Exportwaren pflanzlichen Ursprungs zu verzeichnen. Sie erhöhte sich um 11,2 %, die Flächenbelegung von Erzeugnissen tierischen Ursprungs ging dagegen um 5,3 % zurück.

1.2 Fläche für den Inlandsverbrauch

Weniger Fläche für Ernährung im Inland, mehr Fläche für Energiepflanzen

Die Berechnung des Inlandsverbrauchs von Ernährungsgütern erfolgt, indem zur Flächenbelegung im Inland die Flächenbelegung im Ausland für Importe nach Deutschland addiert und die Flächenbelegung für Exporte subtrahiert wird.

Bei der Berechnung des Inlandsverbrauchs von Ernährungsgütern werden dabei pflanzliche Produkte ausgeschlossen, die energetisch oder für industrielle Zwecke genutzt werden. Futtermittel werden hierbei der Kategorie „tierischen Ursprungs“ zugewiesen. Dies ermöglicht eine bessere Abschätzung der insgesamt benötigten Fläche für die inländische Erzeugung und den Inlandsverbrauch von Erzeugnissen tierischen Ursprungs.

Im Jahr 2017 betrug die insgesamt für den Inlandsverbrauch von Ernährungsgütern benötigte Fläche 19,1 Mill. ha (siehe Tabelle 1). Sie übersteigt damit die im Inland für Ernährungszwecke belegte Fläche um 5,0 Mill. ha. Deutschland weist bei der Flächenbelegung einen Importüberschuss, das heißt ein „Flächendefizit“ auf. Dieses Flächendefizit entspricht dem Saldo der Flächenbelegung durch Importe und Exporte.

Die Flächenbelegung für den Inlandsverbrauch von Ernährungsgütern ist zwischen 2010 und 2017 fast konstant geblieben (+ 0,2 %). Die Flächenbelegung durch Erzeugnisse tierischen Ursprungs hat sich dabei um 3,1 % erhöht, während sie für die Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs um 4,0 % gesunken ist. Die anteilige Flächenbelegung im Jahr 2017 für die Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs betrug knapp 39 %, die der Erzeugnisse tierischen Ursprungs 61 %. Gegenüber dem Jahr 2010 hat sich der Anteil der Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs um knapp zwei Prozentpunkte verringert.

Der Inlandsverbrauch von Ernährungsgütern wird zum einen aus inländischer Produktion und zum anderen aus Importen gedeckt. Der Importanteil des Inlandsverbrauchs hat sich im Zeitraum 2010 bis 2017 kaum verändert. Im Jahr 2017 betrug er 62,3 % an. Mehr als die Hälfte der Flächenbelegung für Ernährungsgüter fällt folglich im Ausland an. Große Unterschiede gibt es hierbei zwischen Erzeugnissen pflanzlichen und tierischen Ursprungs. Die Importquote für den Inlandsverbrauch von Erzeugnissen tierischen Ursprungs stieg im Zeitraum 2010 bis 2017 nur leicht von 49,3 % auf 52,2 % an. Deutlich höher liegt die Importquote für den Inlandsverbrauch von Erzeugnissen pflanzlichen Ursprungs mit 78,1 %. Im Jahr 2017 wurde folglich mehr als ein Fünftel der benötigten Fläche für den Inlandsverbrauch pflanzlicher Erzeugnisse im Inland belegt.

Die landwirtschaftliche Fläche im Inland wird auch zunehmend durch den Anbau von Energiepflanzen genutzt. Im Zeitraum 2010 bis 2017 stieg diese Fläche von 1,4 Mill ha auf 2,0 Mill ha und damit um gut 39 %.

Flächenbelegung für Ernährungszwecke

Tab 2 Flächennutzung für Ernährungszwecke im Inland, für Exporte und für den Inlandsverbrauch

Kategorie	2010	2014	2017	2017 zu 2010
	1000 ha			%
Landwirtschaftlich genutzte Fläche (Inland) . .	16 704	16 725	16 687	- 0,1
Flächennutzung für Ernährungszwecke	14 663	14 172	14 049	- 4,2
Davon:				
Flächennutzung für Exporte	7 477	6 717	6 944	- 7,1
Flächennutzung für Inlandsverbrauch	7 187	7 455	7 105	- 1,1

Die Flächennutzung im Inland für Exporte von Ernährungsgütern ist 2017 gegenüber 2010 um 7,1 %, für den Inlandsverbrauch um 1,1 % gesunken (siehe Tabelle 2). Im Jahr 2010 war die Flächennutzung für die Exporte von Ernährungsgütern noch um 0,3 Mill. ha höher als die Flächennutzung für den Inlandsverbrauch. Im Jahr 2017 war dagegen die Flächennutzung für die Exporte um knapp 0,2 Mill. ha niedriger als für den Inlandsverbrauch. Auf die Flächennutzung für die Erzeugung von Exportgütern entfielen im Jahr 49,4 % der Fläche für Ernährungszwecke, 50,6 % für die Erzeugung von Ernährungsgütern für den Inlandsverbrauch.

2 Flächenbelegung von Erzeugnissen tierischen Ursprungs

2.1 Flächenbelegung durch Futter

Mastschweine und Geflügel verbrauchen anteilig weniger Futter, benötigen aber mehr Fläche bei der Futtererzeugung

Die Herstellung von Erzeugnissen tierischen Ursprungs (Fleisch, Milchprodukte, Eier) ist mit dem Verbrauch von pflanzlichen Agrarrohstoffen verbunden. Diese nehmen die Nutztiere in Form von Futter auf. Dieses Futter stammt sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland. Dementsprechend ergibt sich eine inländische oder ausländische Flächenbelegung. Zur Berechnung der Flächenbelegung des Inlandsverbrauchs von Erzeugnissen tierischen Ursprungs wird die Flächenbelegung für exportierte Erzeugnisse von der Inlandserzeugung subtrahiert und die Flächenbelegung für importierte Erzeugnisse addiert.

Tabelle 3 zeigt für das Jahr 2017 das Futteraufkommen nach Nutztierarten sowie die Flächennutzung zur Erzeugung dieser Futtermengen im In- und Ausland. Vom gesamten Futteraufkommen in Höhe von 132,5 Mill. t entfallen fast 40 % auf die Milchkühe und sonstigen weiblichen Rinder und gut 26 % auf die Mastrinder. Danach folgen mit 12 % die Schweine und mit ebenfalls knapp 12 % die Kälber.

Tab 3 Futterverbrauch des Nutztviehs und Flächennutzung 2017

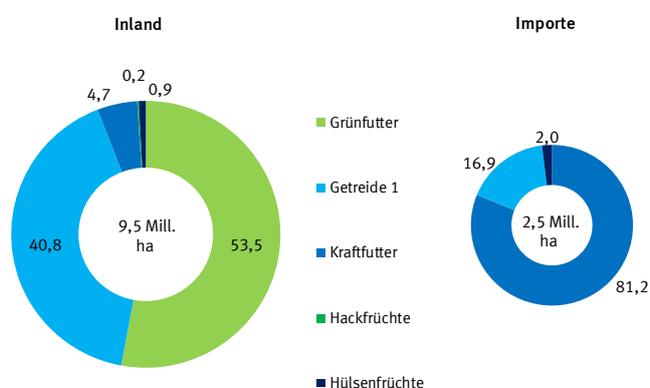
Tierarten	Futter- aufkommen	Flächen- belegung	Futter- aufkommen	Flächen- belegung
	1000 t	1000 ha	in % (am insgesamt)	
Mastrinder	34 824	2 726	26,3	22,8
Kühe und weibliche Rinder	52 320	4 308	39,5	36,0
Kälber	15 902	1 041	12,0	8,7
Mastschweine	15 801	2 015	11,9	16,8
Geflügel	10 725	1 625	8,1	13,6
Schafe/Ziegen	1 246	104	0,9	0,9
Pferde	1 707	161	1,3	1,3
Insgesamt	132 525	11 980	100	100

Die Flächennutzung für die Erzeugung des Futters für die Rinder zeigt eine ähnliche Verteilung wie das Futteraufkommen. Der Anteil der Rinder (Kühe, Mastrinder und Kälber) an der Flächenbelegung des Futters ist etwas geringer als ihr Anteil am mengenmäßigen Futterverbrauch, bei Schweinen und Geflügel verhält es sich genau umgekehrt. Dies hängt damit zusammen, dass das Grünfutter der Rinder ausschließlich aus dem Inland stammt, während das Futter für andere Tierarten (wie Schweine oder Geflügel) verstärkt aus Importen kommt.

Grünfutter im Inland, Kraftfutter im Ausland

In Abbildung 2 wird die Flächennutzung durch Futterpflanzen für das Jahr 2017 getrennt für Futter aus inländischer Erzeugung und Futter aus Importen dargestellt. Im Jahr 2017 betrug die Flächennutzung für die Herstellung von Futter im Inland 9,5 Mill. ha, die Flächennutzung im Ausland für das nach Deutschland importierte Futter 2,5 Mill. ha. Im Inland verteilt sich die Flächennutzung für Futter zu 53,5 % auf Grünfutter, zu 40,8 % auf Getreide und zu 4,7 % auf Kraftfutter. Bei den Importen ist der Flächenbedarf für die Herstellung von Kraftfutter mit einem Anteil von 81,2 % am höchsten, gefolgt von Getreide mit 16,9 %.

Abb 2 Flächenbelegung durch Futter aus inländischer Erzeugung und Importen 2017 in %



1 Einschl. Silomais.

Anstieg der Futterimporte und Flächenbelegung im Ausland

Tabelle 4 zeigt den Futterverbrauch des Nutztviehs nach der Herkunft der Futtermittel und der damit verbundenen Flächenbelegung. Im Jahr 2017 betrug das Futteraufkommen insgesamt 132,5 Mill. Tonnen, davon wurden 119,5 Mill. Tonnen im Inland erzeugt, im Ausland 13,1 Mill. Tonnen. Gegenüber 2010 ist der Anteil des Futters aus dem Ausland leicht von 9,0 % auf 9,9 % gestiegen, entsprechend verringerte sich der Anteil des inländischen Futters von 91,0 auf 90,1 %. Der Flächenbedarf ist im Ausland vergleichsweise größer als im Inland, da wegen extensiverer Landwirtschaft geringere Hektarerträge erzielt werden als im Inland. Im Jahr 2017 entfielen von der gesamten Flächenbelegung für Futter fast 80 % auf das Inland und 21 % auf das Ausland. Gegenüber dem Jahr 2010 ist der Anteil der Flächenbelegung im Ausland um 2,4 Prozentpunkte gestiegen.

Tab 4 Futteraufkommen und Flächenbelegung nach Ursprungsregion

Jahr	Inland	Ausland	Insgesamt
	Futteraufkommen		
	in 1 000 t		
2010	118 546	11 721	130 267
2017	119 450	13 076	132 525
	in % von insgesamt		
2010	91,0	9,0	100
2017	90,1	9,9	100
	Flächenbelegung		
	in 1000 ha		
2010	10 002	2 284	12 286
2017	9 458	2 521	11 980
	in % von insgesamt		
2010	81,4	18,6	100
2017	79,0	21,0	100

2.2 Flächenbelegung durch Produkte tierischen Ursprungs

Fleisch belegt ein Drittel der Fläche bei der Inlandserzeugung, aber fast die Hälfte der Fläche beim Export

Tabelle 5 zeigt die Flächennutzung für die verschiedenen Arten von Erzeugnissen tierischen Ursprungs bei der Inlandserzeugung, den Importen und Exporten und für den Inlandsverbrauch. Die Flächenbelegung von Fleisch hat einen Anteil von fast 28 % an der gesamten Flächenbelegung der Inlandserzeugung. Bei den Importen und Exporten sind die Anteile mit fast 55 % und 50 % noch deutlich höher. Bei den Wurstwaren beträgt der Anteil bei der Inlandserzeugung 29 %, bei den Exporten und Importen 6,0 % und 10,2 %. Die Flächenbelegung der Milchprodukte liegt bei der Inlandserzeugung sowie den Importen und Exporten zwischen gut 35 % und 40 %.

Erzeugnisse tierischen Ursprungs

Tab 5 Flächenbelegung durch Erzeugnisse tierischen Ursprungs für Inlands-
erzeugung, Importe, Exporte und Inlandsverbrauch 2017

Merkmal	Fleisch	Wurstwaren	Milch- erzeugnisse	Eier	Insgesamt
in 1 000 ha					
Inlandserzeugung ¹	3 326	3 440	4 802	367	11 935
Importe	2 670	291	1 723	185	4 870
Exporte	2 530	522	2 010	57	5 119
Inlandsverbrauch	3 466	3 209	4 515	495	11 685
in % (an insgesamt)					
Inlandserzeugung ¹	27,9	28,8	40,2	3,1	100
Importe	54,8	6,0	35,4	3,8	100
Exporte	49,4	10,2	39,3	1,1	100
Inlandsverbrauch	29,7	27,5	38,6	4,2	100

1 Die Ergebnisse weichen geringfügig von den Ergebnissen in Tabelle 3 ab, da bei den Angaben in dieser Tabelle die Flächenbelegung mehrerer Perioden zu berücksichtigen war, während der Tabelle 3 eine rein jahresbezogene Betrachtung zugrunde liegt.

2.3 Flächenbelegung im Inland, durch Importe und Exporte

Rückgang bei der Flächenbelegung für Futtermittel im Inland und leichter Anstieg bei der Flächenbelegung für Importe von Erzeugnissen tierischen Ursprungs

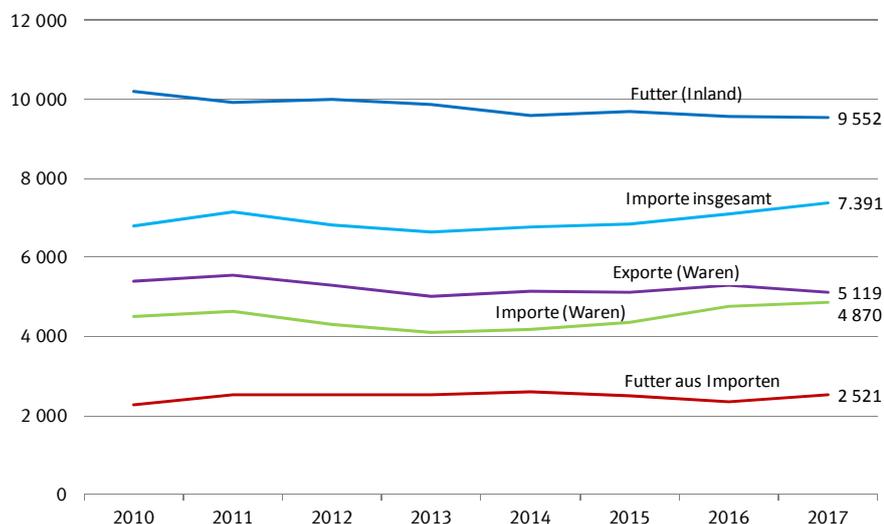
Abbildung 3 zeigt die Veränderung der Flächenbelegung für Futter im Inland und für Importe sowie für Erzeugnisse tierischen Ursprungs in Bezug auf die Im- und Exporte für die Jahre 2010 bis 2017.

Im Zeitraum 2010 bis 2017 ist die Flächenbelegung für Futter im Inland um 6,4 % zurückgegangen, im Ausland dagegen um 10,4 % angestiegen.

Die Importe von Erzeugnissen tierischen Ursprungs (Fleisch- und Wurstwaren, Milchprodukte, Eier) nahmen ebenfalls um 7,8 % zu, die Flächenbelegung für Exporte von Erzeugnissen tierischen Ursprungs nahm um 5,3 % ab.

Erzeugnisse tierischen Ursprungs

Abb 3 Flächenbelegung für Inlandserzeugung und Importe von Futtermitteln sowie für Importe und Exporte von Erzeugnissen tierischen Ursprungs in 1 000 ha



2.4 Flächennutzung pro Kopf

Inlandsverbrauch: Flächenbelegung durch Milchprodukte am höchsten

Anhand der Absolutgrößen der Flächennutzung für den Inlandsverbrauch kann die Flächennutzung pro Kopf ermittelt werden (siehe Tabelle 6). Im Jahr 2017 betrug diese 1 417 m² pro Kopf und ist damit gegenüber 2010 (1 468 m² pro Kopf) um 3,5 % zurückgegangen. Bei Fleisch sank der Pro-Kopf-Wert mit 7,0 % am stärksten.

Tab 6 Flächenbelegung in m² pro Kopf für Erzeugnisse tierischen Ursprungs – Inlandsverbrauch

Erzeugnis tierischen Ursprungs	2010	2017	2010 zu 2017
	m ² /pro Kopf		in %
Fleisch	454	423	- 7,0
Wurstwaren	384	388	1,1
Milchprodukte	568	546	- 3,8
Eier	62	60	- 3,1
Insgesamt	1 468	1 417	- 3,5

3 Flächennutzung von Erzeugnissen pflanzlichen Ursprungs

3.1 Methodik

Für die Berechnung der Flächenbelegung durch den Inlandsverbrauch von pflanzlichen Erzeugnissen ist es nicht ausreichend, nur die heimische Produktion und die damit anfallenden landwirtschaftlichen Flächen im Inland zu betrachten. Vielmehr importiert Deutschland auch pflanzliche Erzeugnisse und Ernährungsgüter aus dem Ausland. Ein Teil der ausländischen Anbaufläche muss somit dem deutschen Inlandsverbrauch zugerechnet werden. Dem gegenüber stehen Anbauflächen in Deutschland, die nicht dem deutschen Inlandsverbrauch zugerechnet werden dürfen, da sie für die Herstellung von Exportgütern genutzt werden. Im Folgenden wird die Berechnung der Flächenbelegung durch Import- und Exportgüter pflanzlichen Ursprungs dargestellt.¹

Die Berechnungen basieren auf einem Koeffizienten-Ansatz. Hierbei werden für Agrarrohstoffe die Import- und Exportmengen mit dem Ernteertrag des Anbaulandes verknüpft und damit die benötigte Anbaufläche bestimmt. Für verarbeitete Erzeugnisse ist dieser einfache Ansatz nicht möglich. Hier muss zunächst von den verarbeiteten Erzeugnissen auf die Menge der enthaltenen Agrarrohstoffe geschlossen werden. Zusätzliche Probleme ergeben sich daraus, dass bei den Importen die Lieferländer nicht zwingend mit den Anbauländern gleichgesetzt werden können. In vielen Fällen ist es nötig, die Lieferketten der Handelswaren weiter zurückzuverfolgen. Zu der Problematik der Lieferketten ist eine gesonderte Publikation erschienen².

Der Vorteil des Koeffizienten-Ansatzes ist, dass durch die tiefe Gütergliederung eine detaillierte Berechnung und Ergebnisdarstellung möglich ist. Der Ansatz berücksichtigt jedoch ausschließlich die zum Anbau benötigte Fläche. Nicht untersucht wird die Flächennutzung, die im Laufe des Produktionsprozesses anfällt, beispielsweise für Betriebsflächen und Transportwege.

Grundlage der Flächenberechnung sind die gütermäßig detaillierten Daten der Außenhandelsstatistik zu den Import- und Exportmengen sowie zu den Re-Exporten. Für die länderspezifischen Flächenkoeffizienten sowie die Produktionsmengen wird auf die Datenbank der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) zurückgegriffen. Für das Umrechnen der verarbeiteten Erzeugnisse in die zur Herstellung benötigten Agrarrohstoffe wird auf zahlreiche Quellen sowie auf eigene Schätzungen zurückgegriffen. Von besonderer Bedeutung sind hier die „Technical Conversion Factors for Agricultural Commodities“ der FAO. Die Rückverfolgung der Lieferketten erfolgt mithilfe der COMTRADE-Datenbank der Vereinten Nationen.

1 Im Folgenden wird für die Importe und Exporte zunächst nicht nach dem Verwendungszweck differenziert, das heißt die Angaben enthalten neben den Ernährungsgütern sowohl Futtermittel als auch Güter für technische beziehungsweise industrielle Zwecke.

2 Siehe Marc-Dominic Schuh (2018), Flächenbelegung durch Importe pflanzlicher Erzeugnisse, *Wirtschaft und Statistik (WISTA)*, Heft 3, S. 118 – 126.

3.2 Importe

Anstieg der Importe von pflanzlichen Erzeugnissen

Die mengenmäßigen Importe von Agrarrohstoffen und Ernährungsgütern pflanzlichen Ursprungs nach Deutschland sind zwischen 2010 und 2017 um 12,2 % von 48,3 Mill. t auf 54,1 Mill. t gestiegen (siehe Tabelle 7). Besonders hohe Zuwächse waren bei Ölsamen und ölhaltigen Früchten (+ 44 %), Teigwaren, Backwaren (+ 30 %), und Kakao und Zubereitungen aus Kakao (+ 30 %) zu beobachten. Absolut betrachtet waren im Jahr 2017 Ölsamen und ölhaltige Früchte (19 %) und Getreide (18 %) die beiden wichtigsten Importwaren.

Tab 7 **Importmengen pflanzlicher Erzeugnisse nach Kapiteln der Außenhandelsstatistik**

WA ¹	Bezeichnung	2010	2017		2017 zu 2010
		1000 t		%	
07	Gemüse	4 523	4 725	8,7	4,5
08	Früchte und Nüsse	5 812	6 460	11,9	11,2
09	Kaffee, Tee, Mate, Gewürze	1 312	1 361	2,5	3,8
10	Getreide	8 546	9 596	17,7	12,3
11	Müllereierzeugnisse, Stärke u. a.	893	1 001	1,8	12,1
12	Ölsamen und ölhaltige Früchte	6 952	9 992	18,5	43,7
15	Tierische und pflanzliche Fette und Öle	3 410	2 667	4,9	- 21,8
17	Zucker und Zuckerwaren	1 753	1 794	3,3	2,4
18	Kakao und Zubereitungen aus Kakao	909	1 179	2,2	29,7
19	Teigwaren, Backwaren u. a.	1 385	1 802	3,3	30,1
20	Zubereitungen von Gemüse, Früchten u. a.	3 386	3 534	6,5	4,4
21	Verschiedene Lebensmittelzubereitungen	665	919	1,7	38,3
22	Getränke, alkoholhaltige Flüssigkeiten	3 655	3 501	6,5	- 4,2
23	Rückstände d. Lebensmittelindustrie, Futter	5 057	5 604	10,4	10,8
	Insgesamt	48 256	54 135	100	12,2

1 Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik.

Bei der Herstellung der Importgüter wird im jeweiligen Anbauland landwirtschaftliche Nutzfläche belegt³. Die gesamte Flächenbelegung durch die Importe ist zwischen 2010 und 2017 von 14,1 Mill. ha auf 15,4 Mill. ha gestiegen, das heißt um 9,5 % (siehe Tabelle 8). Der Anstieg der mengenmäßigen Importe spiegelt sich somit in einem vergleichbaren Anstieg der Flächenbelegung wider. Der Anstieg der Importmenge ist also nicht – zumindest nicht ausschließlich – auf einen Anstieg der Erträge pro Hektar zurückzuführen. Dementsprechend stieg die Flächenbelegung vor allem in den Positionen Ölsamen und ölhaltige Früchte (+47 %), Kakao und Zubereitungen aus Kakao (+27 %) und Teigwaren, Backwaren (+23 %) an. Im Jahr 2017 betrug die Flächenbelegung dieser drei Positionen sowie der Position Getreide zusammen 56 % der gesamten Flächenbelegung durch Importe.

3 Bei Ackerflächen sind Mehrfachzählungen von Anbauflächen infolge von Mehrfachernten und Fruchtwechseln möglich.

Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs

Tab 8 Flächenbelegung importierter pflanzlicher Erzeugnisse nach Kapiteln der Außenhandelsstatistik

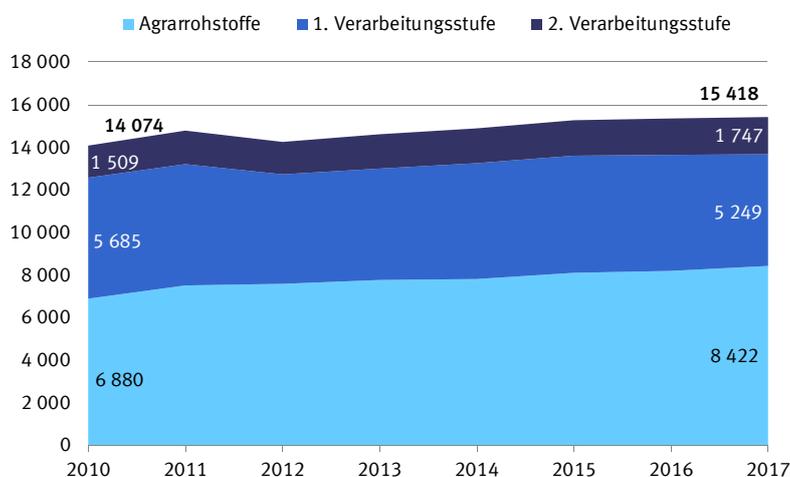
WA ¹	Bezeichnung	2010	2017		2017 zu 2010
		1000 ha		%	
07	Gemüse	218	263	1,7	20,6
08	Früchte und Nüsse	793	879	5,7	10,9
09	Kaffee, Tee, Mate, Gewürze	1 401	1 302	8,4	- 7,1
10	Getreide	1 703	1 818	11,8	6,7
11	Müllereierzeugnisse, Stärke u. a.	207	237	1,5	14,6
12	Ölsamen und ölhaltige Früchte	2 782	4 090	26,5	47,0
15	Tierische und pflanzliche Fette und Öle	2 093	1 506	9,8	- 28,1
17	Zucker und Zuckerwaren	227	251	1,6	10,4
18	Kakao und Zubereitungen aus Kakao . . .	1 775	2 261	14,7	27,4
19	Teigwaren, Backwaren u. a.	322	396	2,6	23,1
20	Zubereitungen von Gemüse, Früchten u. a.	659	594	3,9	- 9,8
21	Verschiedene Lebensmittelzubereitungen	98	150	1,0	53,5
22	Getränke, alkoholhaltige Flüssigkeiten .	569	540	3,5	- 5,1
23	Rückstände d. Lebensmittelindustrie, Futter	1 227	1 131	7,3	- 7,8
	Insgesamt	14 074	15 418	100	9,5

1 Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik.

Deutschland importiert relativ wenig pflanzliche Fertigerzeugnisse

Gut 55 % der Flächenbelegung durch Importe entfällt auf Agrarrohstoffe (Abbildung 4). Weitere 34 % entfallen auf Güter der ersten Verarbeitungsstufe, 11 % auf Güter der 2. Verarbeitungsstufe. Dies sind Halb- und Fertigerzeugnisse, die durch Umwandlung eines Agrarrohstoffs in ein verarbeitetes Produkt entstehen. Hierzu zählen auch Zwischenprodukte wie Kakaomasse oder Fruchtkonzentrate.

Abb 4 Flächenbelegung der Importe nach Verarbeitungsstufen in 1 000 ha



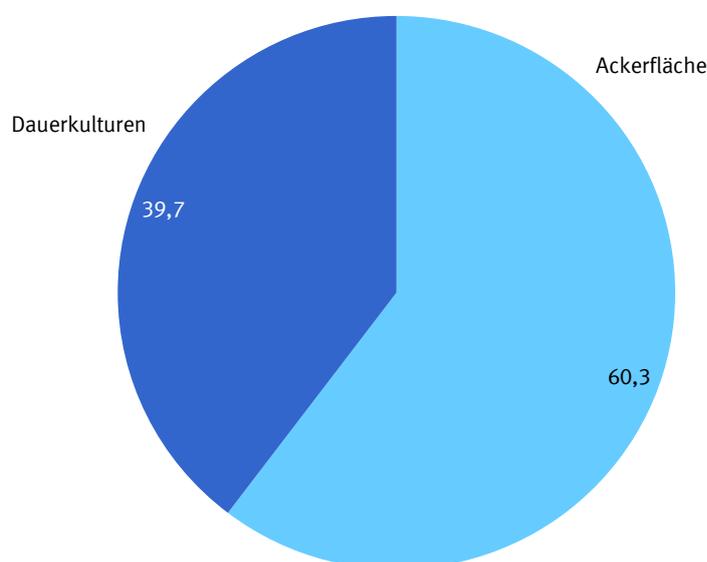
Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs

Der Anstieg der Flächenbelegung für Importe im Zeitraum 2010 bis 2017 ist überwiegend durch einen Anstieg der importierten Agrarrohstoffe zu erklären. Die Importmenge für verarbeitete Produkte insgesamt hatte dagegen einen leichten Rückgang zu verbuchen.

Hohe Flächenbelegung im Ausland bei Dauerkulturen

Gut 60 % der Flächenbelegung durch Importe entfielen im Jahr 2017 auf Ackerflächen, die restlichen knapp 40 % auf den Anbau von Dauerkulturen (siehe Abbildung 5). Dieses Verhältnis blieb im Zeitraum 2010 bis 2017 trotz der steigenden Flächenbelegung durch Importe nahezu unverändert.

Abb 5 Flächenbelegung der Importe nach Landkategorien 2017
in %



Wichtigste Lieferländer

Die wichtigsten Lieferländer⁴ der Importgüter pflanzlichen Ursprungs waren mengenmäßig im Jahr 2017 die Niederlande (13,1 %), Frankreich (8,8 %) und Polen (8,6 %) (siehe Tabelle 9). Allein auf die Einfuhren aus diesen drei Ländern entfielen mehr als 30 % der Gesamteinfuhren. Bei den Importen aus den Niederlanden handelt es sich vor allem um Gemüse, Tierische und pflanzliche Fette und Öle und Rückstände der Lebensmittelindustrie, bei Polen hauptsächlich um Getreide. Aus Frankreich führt Deutschland bei den pflanzlichen Erzeugnissen hauptsächlich Ölsamen und ölhaltige Früchte und Getreide ein. In den Jahren 2010 bis 2017 sind vor allem die Importe aus den Vereinigten Staaten (+ 113 %), aus Polen(+ 62 %) und der Tschechischen Republik (+ 50 %) stark angestiegen.

⁴ Die Daten der Außenhandelsstatistik wurden hierbei nach dem Prinzip des Ursprungslandes ausgewertet.

Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs

Tab 9 Importmengen pflanzlicher Erzeugnisse nach Lieferländern

Lieferland	2010	2017		2017 zu 2010
	1000 t		%	
Niederlande	7 237	7 098	13,1	- 1,9
Frankreich	5 064	4 780	8,8	- 5,6
Polen	2 891	4 674	8,6	61,7
Spanien	2 932	3 696	6,8	26,1
Italien	3 617	3 594	6,6	- 0,7
Tschechische Republik	2 346	3 517	6,5	49,9
Brasilien	4 054	2 795	5,2	- 31,1
Belgien	1 781	2 223	4,1	24,8
Vereinigte Staaten	1 039	2 209	4,1	112,7
Ungarn	1 300	1 967	3,6	51,3
restliche Länder	15 996	17 582	32,5	9,9
Insgesamt	48 256	54 135	100	12,2

Obwohl bei den Berechnungen der Importmengen die nach Ursprungsländern gegliederten Außenhandelsdaten verwendet wurden, ist hierdurch nicht zwangsläufig sichergestellt, dass der Anbau des Agrarrohstoffs auch in diesem Land stattfindet. So enthalten die Außenhandelsdaten Agrarrohstoffe, die in dem angegebenen Land nicht angebaut werden, beispielsweise Kaffeebohnen aus den Niederlanden. Deshalb erfolgte bei den Flächenberechnungen in diesen Fällen für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie für Serbien und die Schweiz eine Zurückverfolgung der Waren entlang der Lieferkette. Zusätzlich müssen bei importierten verarbeiteten Produkten die Lieferketten der Vorprodukte zurückverfolgt werden, um das Anbauland der Rohstoffe zu bestimmen. Dies erfolgte im Modell aber nur dann, wenn der Agrarrohstoff des verarbeiteten Produkts nicht im Lieferland angebaut wird. Da jedoch insbesondere für Produkte auf Basis von Ölsaamen und Getreide intensive Handelsverflechtungen in Europa existieren, wurde bei offensichtlichen Inkonsistenzen das Anbauland als „nicht zuordenbare Länder“ verbucht.

Die große Bedeutung der beiden Nachbarländer Polen und Frankreich zeigt sich auch hinsichtlich der Flächenbelegung der Importe. Insgesamt ist die Flächenbelegung jedoch weniger konzentriert als bei der mengenmäßigen Betrachtung. So entfällt mengenmäßig ein Anteil von fast 68 % auf die 10 wichtigsten Lieferländer, während beim Betrachten der Flächenbelegung der Anteil nur 50 % beträgt. Des Weiteren ist der Anteil von Brasilien (7,0 %) und Côte d'Ivoire (6,9 %) hinsichtlich der Flächenbelegung sehr hoch. Bei Brasilien ist dies auf einen hohen Anteil von Produkten auf Basis von flächenintensiven Ölsaaten zurückzuführen. Aus Côte d'Ivoire importiert Deutschland große Mengen an Produkten auf Basis der Kakaobohne, die aufgrund der geringen Hektarerträge ebenfalls eine sehr große Anbaufläche benötigt.

Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs

Tab 10 Flächenbelegung importierter pflanzlicher Erzeugnisse nach Anbauländern

Anbauland	2010	2017		2017 zu 2010
	1000 ha		%	
Brasilien	1 637	1 082	7,0	- 33,9
Côte d'Ivoire	619	1 057	6,9	70,7
Frankreich	932	1 044	6,8	12,0
Polen	789	864	5,6	9,5
Vereinigte Staaten	413	765	5,0	85,3
Australien	171	763	5,0	346,2
Ungarn	440	621	4,0	40,9
Tschechische Republik	464	575	3,7	23,9
Italien	549	541	3,5	- 1,4
Rumänien	267	472	3,1	77,0
restliche Länder	7 793	7 634	49,5	- 2,0
Insgesamt	14 074	15 418	100	9,5

Produktfamilien

Der nachfolgende Abschnitt betrachtet anstatt der zolltariflichen Klassifikation der Außenhandelsstatistik sogenannte „Produktfamilien“. Hierbei werden den einzelnen Warenpositionen Rohstoffgruppen zugeordnet. Damit sind Rückschlüsse auf die Flächenbelegung einzelner pflanzlicher Rohstoffe möglich.

Insgesamt zeigen die Importe eine sehr starke Konzentration auf wenige Produktfamilien. Die wichtigsten fünf Rohstoffgruppen entsprachen im Jahr 2017 zusammen gut 62 % der gesamten Flächenbelegung durch Importe. Die wichtigsten Positionen sind hierbei Produkte auf Basis von Raps (18 %), Kakao und kakaohaltige Produkte (15 %) und Produkte auf Basis von Soja (13 %). Der mengenmäßige Anteil von Produkten auf Basis von Kakao und Kaffee beträgt zusammengenommen zwar nur 4,5 %, jedoch entspricht dies 22,7 % der gesamten Flächenbelegung durch Importe. Wenig Fläche beanspruchen hingegen die verschiedenen Gemüse- und Fruchtarten. Diese werden im Intensivanbau auf relativ geringer Fläche angebaut.

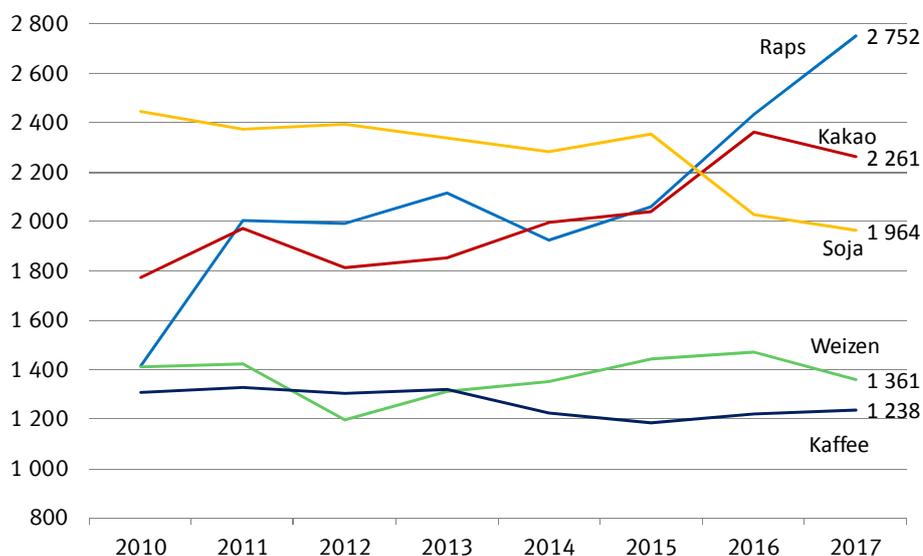
Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs

Tab 11 Flächenbelegung pflanzlicher Erzeugnisse nach Produktfamilien 2017

Produktfamilie	Menge		Fläche	
	1000 t	%	1000 ha	%
Raps	6 880	12,7	2 752	17,8
Kakao	1 179	2,2	2 261	14,7
Soja	6 351	11,7	1 964	12,7
Weizen	7 557	14,0	1 361	8,8
Kaffee	1 242	2,3	1 238	8,0
Nüsse	820	1,5	732	4,8
Sonstige Ölsamen	486	0,9	654	4,2
Mais	3 693	6,8	633	4,1
Sonnenblumen	1 179	2,2	605	3,9
Ölpalme	2 049	3,8	491	3,2
Sonstiges Getreide	1 340	2,5	394	2,6
Weine	2 145	4,0	355	2,3
Gerste	2 505	4,6	351	2,3
Exotische Früchte	4 124	7,6	265	1,7
Obst	3 021	5,6	260	1,7
Sonstige	9 564	17,7	1 102	7,1
Insgesamt	54 135	100	15 418	100

Im zeitlichen Verlauf wird deutlich, dass insbesondere Raps und Kakao stark an Bedeutung gewonnen haben (siehe Abbildung 6). Der Import von Produkten auf Sojabasis ist hingegen rückläufig. Dies ist damit zu erklären, dass im Bereich der Futtermittel verstärkt Produkte auf Basis von Raps eingesetzt werden.

Abb 6 Flächenbelegung von importierten Erzeugnissen pflanzlichen Ursprungs (Produktfamilien)
in 1 000 ha



3.3 Exporte

Anstieg bei Exporten von pflanzlichen Erzeugnissen

Die mengenmäßigen Exporte von Agrarrohstoffen und Ernährungsgütern pflanzlichen Ursprungs aus Deutschland sind zwischen 2010 und 2017 um 8,0 % von 36,0 Mill. t auf 39,0 Mill. t gestiegen (siehe Tabelle 12). Die beiden wichtigsten Exportgüter Deutschlands im Bereich der pflanzlichen Agrargüter waren Getreide (29 %) und Rückstände der Lebensmittelindustrie, Futter (14 %). Bei Letzterem handelt es sich dabei z. B. um Rückstände (Kleien) aus der Bearbeitung von Getreide, Rückstände aus der Stärkegewinnung sowie Ölkuchen aus der Gewinnung von Öl, die als Futter in der Nutztierhaltung eingesetzt werden.

Tab 12 Exporte pflanzlicher Erzeugnisse nach Kapiteln der Außenhandelsstatistik

WA ¹	Bezeichnung	2010	2017		2017 zu 2010
		1000 t	%		
07	Gemüse	2 323	2 560	6,6	10,2
08	Früchte und Nüsse	940	862	2,2	- 8,3
09	Kaffee, Tee, Mate, Gewürze	583	642	1,6	10,1
10	Getreide	12 159	11 224	28,8	- 7,7
11	Müllereierzeugnisse, Stärke u. a.	2 136	2 750	7,1	28,8
12	Ölsamen und ölhaltige Früchte	619	693	1,8	12,0
15	Tierische und pflanzliche Fette und Öle	1 730	2 391	6,1	38,2
17	Zucker und Zuckerwaren	2 049	2 424	6,2	18,3
18	Kakao und Zubereitungen aus Kakao	876	1 166	3,0	33,2
19	Teigwaren, Backwaren u. a.	2 020	2 529	6,5	25,2
20	Zubereitungen von Gemüse, Früchten u. a.	1 829	1 992	5,1	8,9
21	Verschiedene Lebensmittelzubereitungen	1 129	1 355	3,5	20,1
22	Getränke, alkoholhaltige Flüssigkeiten	2 513	2 785	7,2	10,8
23	Rückstände d. Lebensmittelindustrie, Futter	5 145	5 570	14,3	8,3
	Insgesamt	36 050	38 943	100	8,0

1 Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik.

Der Anstieg der Exportmenge spiegelt sich auch in der Flächenbelegung für exportierte Erzeugnisse wider (siehe Tabelle 13). Diese stieg im Zeitraum von 2010 bis 2017 von 7,3 Mill. ha auf 8,3 Mill. ha (+ 15 %). Die höchste Flächenbelegung zeigt Getreide (19 %). Die Positionen Kakao und Zubereitungen aus Kakao (19 %) und Tierische und pflanzliche Fette und Öle (18 %) belegen jeweils eine ähnlich große Fläche wie Getreide.

Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs

Tab 13 Flächenbelegung exportierter pflanzlicher Erzeugnisse nach Kapiteln der Außenhandelsstatistik

WA ¹	Bezeichnung	2010	2017		2017 zu 2010
		1000 ha		%	
07	Gemüse	85	98	1,2	15,2
08	Früchte und Nüsse	132	159	1,9	20,3
09	Kaffee, Tee, Mate, Gewürze	668	664	8,0	- 0,6
10	Getreide	1 785	1 568	18,9	- 12,2
11	Müllereierzeugnisse, Stärke u. a.	390	511	6,2	31,0
12	Ölsamen und ölhaltige Früchte	202	224	2,7	10,8
15	Tierische und pflanzliche Fette und Öle	931	1 516	18,3	62,7
17	Zucker und Zuckerwaren	190	212	2,6	11,7
18	Kakao und Zubereitungen aus Kakao	1 126	1 545	18,6	37,2
19	Teigwaren, Backwaren u. a.	340	404	4,9	18,6
20	Zubereitungen von Gemüse, Früchten u. a.	204	202	2,4	- 0,9
21	Verschiedene Lebensmittelzubereitungen	147	166	2,0	13,1
22	Getränke, alkoholhaltige Flüssigkeiten	238	237	2,9	- 0,7
23	Rückstände d. Lebensmittelindustrie, Futter	813	800	9,6	- 1,6
	Insgesamt	7 252	8 303	100	14,5

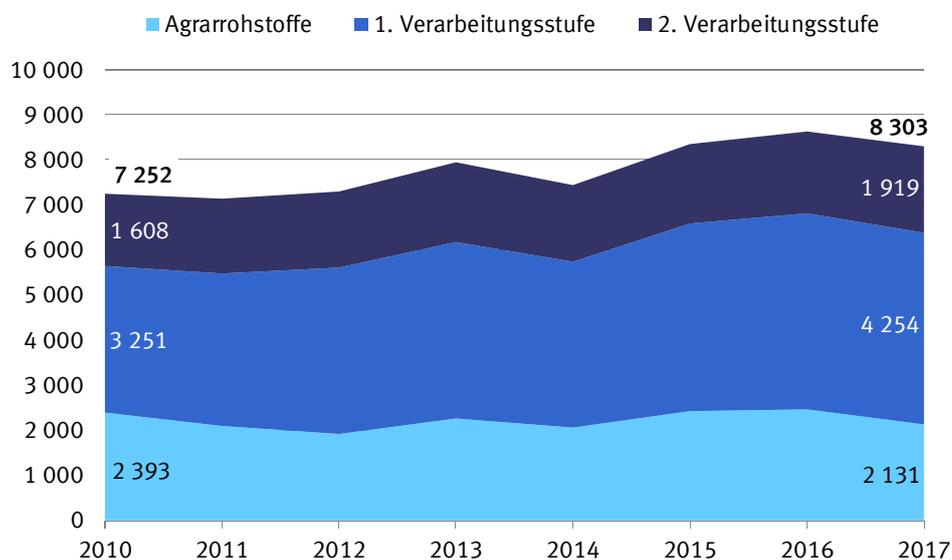
¹ Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik.

Deutschland exportiert mehr verarbeitete Produkte und weniger Agrarrohstoffe

Während bei den Importen der Anteil der Agrarrohstoffe an der Flächenbelegung rund 55 % beträgt, sind diese bei den Exporten mit rund 26% weniger bedeutend (Abbildung 7). Deutschland importiert somit im Bereich der pflanzlichen Ernährungsgüter hauptsächlich Agrarrohstoffe, während überwiegend verarbeitete Produkte exportiert werden.

Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs

Abb 7 Flächenbelegung der Exporte nach Verarbeitungsstufen
in 1 000 ha



Bestimmungsländer der Exporte

Beim Betrachten der Bestimmungsländer der Ausfuhren zeigt sich die Bedeutung des europäischen Binnenmarktes für die deutsche Exportindustrie (siehe Tabelle 14). Die wichtigsten Bestimmungsländer sind die direkten Nachbarländer Niederlande (24,6 %), Belgien (7,2%) und Frankreich (6,7 %). Mit Saudi-Arabien (6,7 %) ist lediglich ein Nicht-EU-Land unter den zehn wichtigsten Bestimmungsländern vertreten. In dieses Land wird hauptsächlich Getreide exportiert. Die sehr hohen Exportmengen in die Niederlande setzen sich vor allem aus den Positionen Rückstände der Lebensmittelindustrie und Getreide zusammen.

Tab 14 Exporte pflanzlicher Erzeugnisse nach Bestimmungsländern

Bestimmungsland	2010	2017		2017 zu 2010
	1000 t		%	
Niederlande	9 394	9 580	24,6	2,0
Belgien	2 300	2 817	7,2	22,5
Frankreich	2 654	2 622	6,7	- 1,2
Saudi-Arabien	1 021	2 605	6,7	155,2
Polen	1 377	2 163	5,6	57,1
Italien	2 230	2 086	5,4	- 6,4
Dänemark	1 584	1 723	4,4	8,8
Vereinigtes Königreich	1 636	1 550	4,0	- 5,2
Österreich	1 611	1 437	3,7	- 10,8
Tschechische Republik	1 003	937	2,4	- 6,6
Restliche Länder	11 240	11 422	29,3	1,6
Insgesamt	36 050	38 943	100	8,0

Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs

Produktfamilien

Produkte auf Basis von Weizen sind bei pflanzlichen Agrargütern von herausragender Bedeutung für die deutsche Exportindustrie (siehe Tabelle 15). Diese entsprechen 21 % der gesamten Flächenbelegung für Exporte. Aufgrund des relativ niedrigen Flächenverbrauchs für den Anbau von Weizen entspricht dies bei mengenmäßiger Betrachtung sogar einem Anteil von 32 %. Auffällig ist, dass bei der Betrachtung der Flächenbelegung für Exporte viele Rohstoffe eine hohe Bedeutung haben, die nicht, beziehungsweise nur in geringen Mengen, in Deutschland angebaut werden, wie Kakao (18,6 %), Soja (8,8 %) und Kaffee (7,9 %).

Tab 15 **Flächenbelegung exportierter pflanzlicher Erzeugnisse nach Produktfamilien**

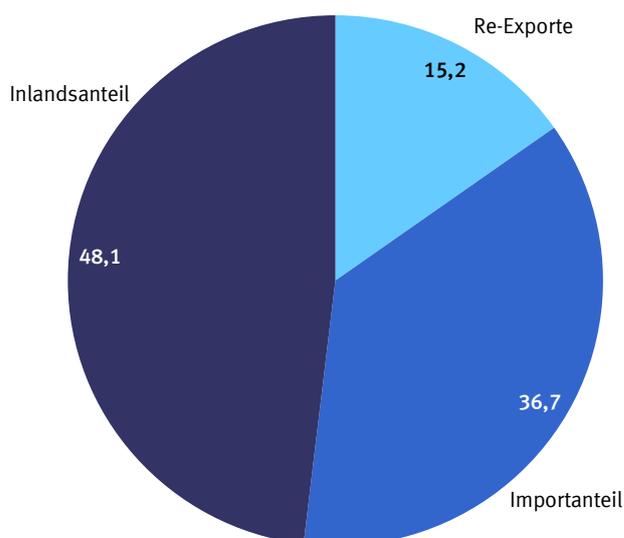
Produktfamilie	Menge		Fläche	
	1000 t	%	1000 ha	%
Weizen	12 282	31,5	1 751	21,1
Kakao	1 166	3,0	1 545	18,6
Raps	2 908	7,5	1 114	13,4
Soja	2 910	7,5	727	8,8
Kaffee	663	1,7	657	7,9
Gerste	5 333	13,7	587	7,1
Sonstige Ölsamen	169	0,4	258	3,1
Ölpalme	733	1,9	245	2,9
Zuckerrüben/-rohr	2 616	6,7	205	2,5
Nüsse	200	0,5	189	2,3
Sonstiges Getreide	746	1,9	188	2,3
Sonnenblumen	270	0,7	175	2,1
Mais	1 011	2,6	134	1,6
Kartoffeln	3 805	9,8	102	1,2
Obst	1 067	2,7	79	0,9
Sonstige	3 065	7,9	351	4,2
Insgesamt	38 943	100	8 303	100

3.4 Importanteil der Exporte

Für die Produktion der Exporte werden viele ausländische Agrarrohstoffe verwendet

Gut 48 % der Flächenbelegung der Exportgüter erfolgte im Jahr 2017 im Inland (siehe Abbildung 8). Bei 37 % der Exporte handelte es sich um verarbeitete Produkte, deren Agrarrohstoffe im Ausland angebaut und nach Deutschland importiert wurden. Re-Exporte sind Güter, die nach dem Import ohne weitere Verarbeitung in Deutschland wieder exportiert werden. Ihr Anteil an der Flächenbelegung der Exporte betrug 15,2 %.

Abb 8 Flächenbelegung der Exporte von pflanzlichen Ernährungsgütern 2017
in %

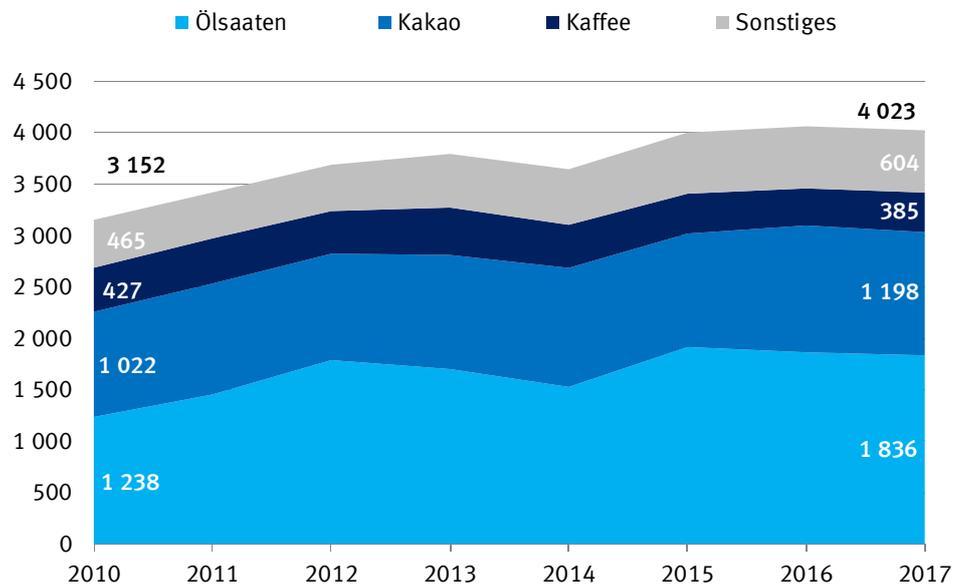


Die Flächenbelegung des Importanteils der Exporte ist im Zeitraum 2010 bis 2017 um 4,5 % zurückgegangen. Während im Jahr 2010 noch 3,2 Mill. ha an belegten Flächen im Ausland zur Produktion deutscher Exportgüter anfielen, waren es im Jahr 2017 3,1 Mill. ha. Sowohl der Anstieg der Flächenbelegung der Importe als auch der Exporte müssen folglich losgelöst von der Inlandsverwendung betrachtet werden. Ursache für den Anstieg der belegten Flächen ist vielmehr auch die Bedeutung der deutschen Exportindustrie im Bereich verarbeiteter Ernährungsgüter.

Der Anstieg des Importanteils der Exportwaren ist hauptsächlich auf einen Anstieg bei den Produktfamilien Ölsaaten (+ 48 %) sowie Kakao und kakaohaltige Produkte (+ 17 %) zurückzuführen (siehe Abbildung 9). Dies deutet daraufhin, dass für die deutschen Exporte von pflanzlichen Produkten vor allem solche Agrarrohstoffe an Bedeutung gewonnen haben, die nicht, beziehungsweise nur im geringen Mengen, in Deutschland angebaut werden.

Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs

Abb 9 **Importanteil der Exportgüter**
in 1 000 ha



3.5 Inlandsverbrauch der pflanzlichen Ernährungsgüter

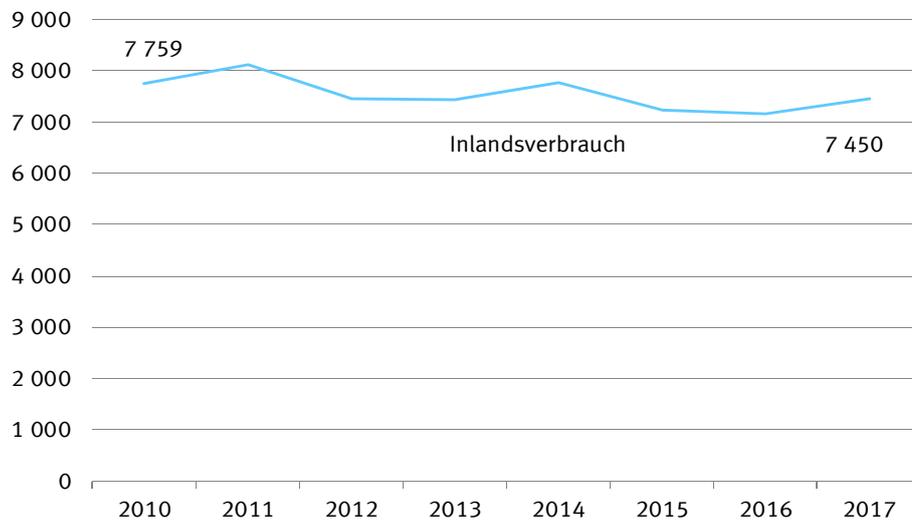
Hoher Anteil von Genussmitteln an der Flächenbelegung für den Inlandsverbrauch

Zum Bestimmen des Inlandsverbrauchs pflanzlicher Ernährungsgüter müssen zur Flächenbelegung im Inland die Importe addiert und die Exporte subtrahiert werden. Hierbei müssen die Verwendungszwecke der angebauten Agrarrohstoffe, beziehungsweise der verarbeiteten Produkte, berücksichtigt werden. Insbesondere müssen Flächen für Güter herausgerechnet werden, die als Futtermittel und für energetische oder industrielle Zwecke verwendet werden.⁵

⁵ Der Verwendungszweck ist nicht für alle Exportgüter bekannt. So kann beispielsweise exportierter Weizen im Ausland sowohl als Futtermittel als auch für die pflanzliche Ernährung verwendet werden. Für die Berechnung des Inlandsverbrauchs aus Tabelle 1 muss somit zunächst der Umfang der Inlandsverwendung der pflanzlichen Erzeugnisse unabhängig vom Verwendungszweck bestimmt werden. Anschließend wird der Teil des Inlandsverbrauchs, der nicht der Ernährung zugerechnet werden kann, abgezogen.

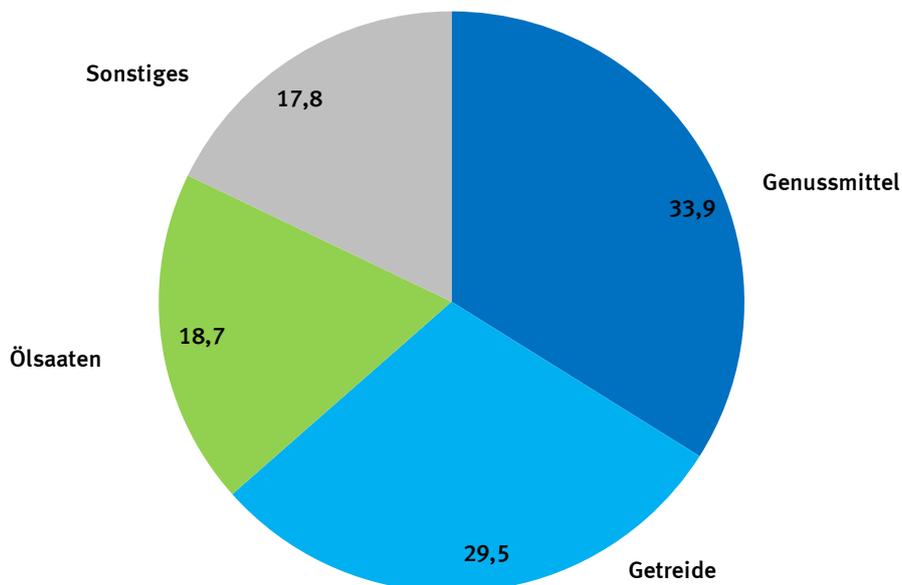
Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs

Abb 10 Inlandsverbrauch pflanzlicher Ernährungsgüter
in 1 000 ha



Insgesamt zeigt sich, dass die Flächenbelegung des Inlandsverbrauchs pflanzlicher Ernährungsgüter leicht rückläufig ist (siehe Abbildung 10). Der Anstieg der Flächenbelegung der Importe ist – wie in Abschnitt 3.4 ausgeführt – nicht auf einen höheren Inlandsverbrauch zurückzuführen, sondern überwiegend bedingt durch eine gestiegene Nachfrage nach Agrarrohstoffen der deutschen Exportindustrie. Gleichzeitig wird im Inland ein größerer Teil der Fläche für energetische Zwecke verwendet.

Abb 11 Flächenbelegung für Inlandsverbrauch nach Ernährungsgruppen 2017
in %



Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs

Nicht nur bei der Flächenbelegung für den Export von pflanzlichen Ernährungsgütern, auch bei der Flächenbelegung des Inlandsverbrauchs – ist der hohe Anteil an Genussmitteln auffällig (siehe Abbildung 11). Im Jahr 2017 machten sie 34 % dieser Flächenbelegung aus. Das ist in erster Linie auf den hohen Flächenverbrauch von Kakao und Kaffee zurückzuführen. Die Produktfamilien wurden bei dieser Darstellung zu vier Ernährungsgruppen zusammengefasst.

3.6 Diskussion ausgewählter Produkte

Große Unterschiede in der Flächenbelegung zwischen verschiedenen Produkten

Im Folgenden wird die Flächeninanspruchnahme anhand von vier ausgewählten Beispielen verdeutlicht.

Tab 16 Flächenkoeffizient ausgewählter Produkte

Produkt	Einheit	Rohstoff	Fläche in m ²
Kaffee, geröstet	100 g	Kaffeebohnen	0,82
Weizenmehl	100 g	Weizen	0,15
Schokolade	100 g	Kakaobohnen	1,62
		Zuckerrüben	0,03
Bier	1 l	Gerste	0,31
		Hopfen	0,02

Kaffee weist eine Flächenbelegung von 0,82 m² pro 100 g auf. Dabei wird dieses Genussmittel flächenintensiv angebaut, wie ein Vergleich zum Weizenmehl zeigt. Für 100 g Weizenmehl wird nur eine Anbaufläche von 0,15 m² benötigt. Zum Herstellen von einem Liter Bier werden rund 210 g Gerste und 4 g Hopfen benötigt. Dies entspricht einer Flächenbelegung von insgesamt 0,33 m². Eine in Deutschland produzierte 100-g-Tafel Zartbitterschokolade beansprucht 1,65 m² an Anbaufläche. Ein Großteil der Flächenbelegung entsteht im Ausland, da die Kakaobohne im Vergleich zur Zuckerrübe einen höheren Flächenbedarf pro Gewichtseinheit aufweist.

Tab 17 Flächenkoeffizient Schokolade

Zusammensetzung von Schokolade	Anteil in %	Agrarrohstoff	Rohstoff-äquivalent in g	Fläche in m ² je 100 g
Kakaomasse/Kakaobutter	60,0	Kakaobohne	74,94	1,62
Zucker	35,0	Zuckerrübe	217,04	0,03
Nicht-pflanzlich (z. B. Milch ¹)	5,0	–	–	–

1 Die Flächenbelegung von nicht-pflanzlichen Produkten bleibt hier unberücksichtigt.

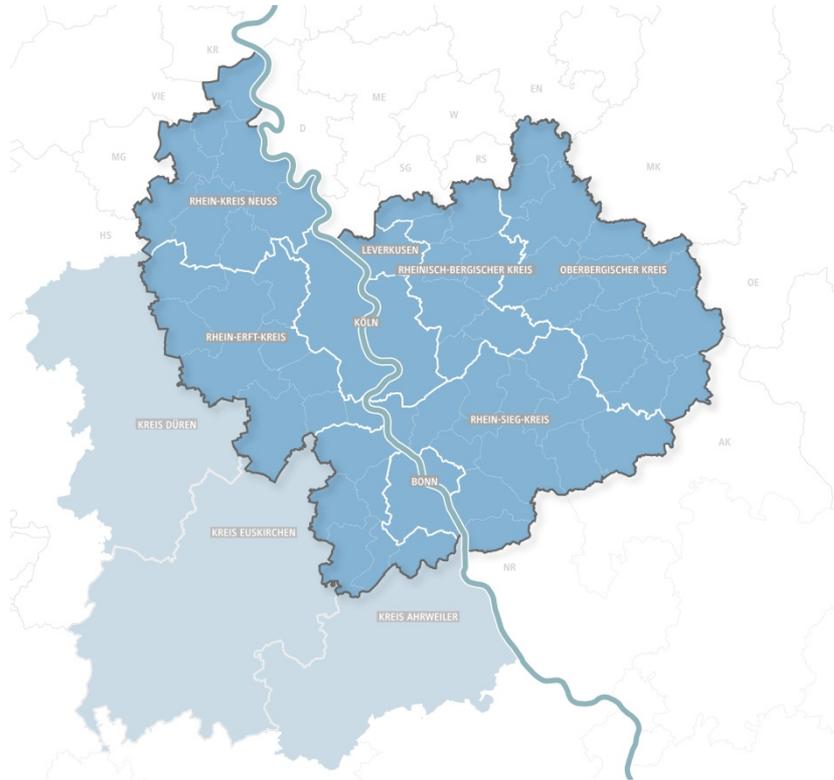
Eine 100-g-Tafel (Zartbitter-)Schokolade setzt sich beispielsweise aus 60 g Kakaomasse und Kakaobutter, 35 g Zucker und 5 g an nicht-pflanzlichen Zutaten, wie Milch zusammen. Dies entspricht ungefähr 75 g an Kakaobohnen und 217 g an Zuckerrüben, die zur Produktion der Schokolade verwendet werden müssen. Obwohl mengenmäßig relativ viel Zucker zur Produktion einer Tafel Schokolade benötigt wird, ist die benötigte Anbaufläche mit 0,03 m² sehr klein. Für die 75 g Kakaobohnen wird hingegen eine Anbaufläche von 1,62 m² benötigt.

Agglomerationskonzept für die Region Köln/Bonn: Prozess | Entwurf | Ausblick

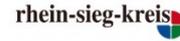
Dr. Reimar Molitor

Regionalrat Köln
Freitag, 27. September 2019

Der Region Köln/Bonn e.V.



Mitglieder



**FREUDE.
JOY.
JOIE.
BONN.**



Gäste

Bezirksregierung Köln



Vorstand

Handlungsebenen

Regionale Strategieebene

- Agglomerationskonzept/-programm
- Klimawandelvorsorgestrategie

Interkommunale, teilregionale Ebene

- Stadt-Umland-Kooperationen
- Rheinisches Revier
- Regionale 2025 ‚Bergisches RheinLand‘
- LEADER / Vital.NRW
- Thematische [Interkommunale] Kooperationen

Kommunale Ebene

- Strategische/organisatorische Beratung
- Förderinformation
- Projektentwicklung (regionalbedeutsame Vorhaben)

Aufgaben | Service | Kooperation

Integrierte Raumentwicklung

Siedlungs-
entwicklung

Natur +
Landschaft

Rhein

Strukturpolitik +
Wirtschaftsförderung
- NRW.Innovationspartner

Energie/Klima

Tourismus/
Naherholung

Kultur

COMPASS/Europa

Koordination von und Information über Förderprogramme und -instrumente, des Landes, des Bundes und der EU u.w.m., Vertretung der Region Köln/Bonn im EFRE-Begleitausschuss

Kommunikation | Kooperation | Positionierung | Land, Bund und EU

- Kontakt mit Landes- und Bundesministerien und -institutionen (u.a. BBSR)
- Energieagentur.NRW
- Vertretung der Region in Ausschüssen

Interregionale Netzwerke + Kooperationen

- regionen.NRW
- Metropolregion Rheinland

Regionalmarketing

Koordination und Dienstleistung z. B. für Messen wie EXPO REAL, transport logistic, polis Convention und K Messe sowie weitere Formate

Arbeitskreise + Kooperationsrunden

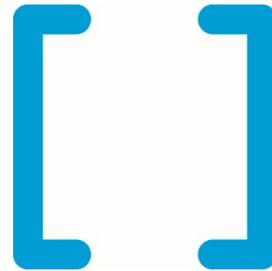
Grundsatzfragen regionaler Zusammenarbeit

Handlungsebenen

- **Strategieebene**
 - Agglomerationskonzept
 - Klimawandelvorsorgestrategie
 - u.w.
- **Interkommunale, teilregionale Ebene**
 - Stadt-Umland-Kooperationen
 - REGIONALE 2025
 - LEADER
 - Rheinisches Revier
 - Thematische Kooperationen
- **Kommunale Ebene**
 - Strategische Beratung
 - Förderberatung
 - Projektberatung (regionalbedeutsame Vorhaben)
- ***Positionierung und Vernetzung***
 - *Gremien*
 - *Regionale Positionen und Stellungnahmen*
 - *Kommunikation Förderangebote*



Herausforderungen der Raumentwicklung





2040?

Region in Balance

Wohnbauentwicklung

Häuser und Wohnungen erneut teurer

Grundstücksmarktbericht: Rekordmarke aus 2017 wurde im vergangenen Jahr noch mal getoppt

Rhein-Sieg-Kreis. Der Immobilienmarkt im Rhein-Sieg-Kreis konnte nach wie vor. Das ist ein Ergebnis des Grundstücksmarktberichtes des Rhein-Sieg-Kreises und der Stadt Troisdorf für 2018. Demnach sind im vergangenen Jahr fast zwei Millionen Quadratmeter neu im Wert von über 4000 Immobilien im Wert von insgesamt etwa 1,7 Milliarden Euro verkauft worden. Das ist ein Rekord für den Kreis. Im Vergleich zum Jahr 2017 (damals etwa 1,4 Milliarden Euro) ist der Wert um fast 20 Prozent gestiegen.



„beheizt mehr“, erklärt der Vorsitzende des Gutachtervereins des Rhein-Sieg-Kreises, Martin Koll. „Die Bevölkerungsentwicklung ist ebenfalls ein Faktor, der den Wert von Grundstücken in den vergangenen Jahren nach oben getrieben hat.“

Zahlen
Der Gutachterverein hat im vergangenen Jahr über 140 Quadratmeter Wohnfläche und über 200 Quadratmeter gewerbliche Fläche im Wert von über 4000 Immobilien im Wert von insgesamt etwa 1,7 Milliarden Euro verkauft. Das ist ein Rekord für den Kreis. Im Vergleich zum Jahr 2017 (damals etwa 1,4 Milliarden Euro) ist der Wert um fast 20 Prozent gestiegen.

Darum wird das Umlandwohnen teurer

In den Großstädten sind manche Preise bereits deutlich spekulativ

VON THORSTEN BREITKOPF

Köln. Die Überschrift, dass Wohnen in Köln oder Düsseldorf immer teurer wird, ist seit vielen Jahren in gewisser Regelmäßigkeit in den deutschen Zeitungen zu lesen. Jetzt aber schwappt diese Entwicklung ins großstädtische Umland über. Was bedeutet das Phänomen, was müssen Käufer beachten?

Warum steigen die Preise?

In erster Linie ist das eine Folge der extremen Verteuerung in Städten wie Köln oder Düsseldorf. Die Menschen sind bereit zu pendeln, um sich überhaupt eine Wohnung oder ein Haus mit Garten leisten zu können. Trotz der Kosten fürs Pendeln kann sich ein Haus im Grünen lohnen, bedenkt man etwa, dass ein Quadratmeter Wohngebiet im Oberbergischen Kreis nur ein Drittel (1572 Euro) von dem kostet, was in Köln fällig wäre. So-

fern in Köln oder Düsseldorf überhaupt eine gleiche Immobilie auf dem leer gefegten Markt verfügbar ist.

Welche Auswirkungen haben die Zinsen?

Das Zinsniveau ist so niedrig wie noch nie. Entsprechend ist es für viel mehr Menschen attraktiv oder überhaupt erst möglich, eine Immobilie zu erwerben. Das und ein Mangel an Anlage-Alternativen lassen die Preise auch im Umland steigen, inzwischen sogar stärker als in Köln oder Düsseldorf.

Sind die Preise überzogen, droht in Städten eine Blase?

„Rein besonders hohen Preisen hinsehen“, gibt Eva Grunwald, Bereichsleiterin für die Immobiliengesellschaft PrivatKunden bei der Postbank, zu bedenken. Es bestehe das Risiko, dass erwartete Wertgewinne bereits spekulativ in die aktuellen Wohnungspreise eingelassen seien. Zudem sieht die Expertin ein Ende der extremen Preissprengung in den vergangenen Jahren: „Die Preisentwicklung flacht zunehmend ab“, so Grunwald.

Gibt es schon Regionen in NRW mit Wertverlusten?

Ja, unter anderem im Ruhrgebiet, Duisburg (-1,95 Prozent), Essen (-1,08 Prozent) und Dortmund (-0,56 Prozent) haben zum Beispiel zurecht mit Wertverlusten zu kämpfen.



Im Rheinisch-Bergischen Kreis - hier Kürten-Ope - stiegen die Immobilienpreise am stärksten.

Wenn das Veedel unbezahlbar wird

Fast 20 Jahre lang hat Werner Eggert in Riehl gelebt. Das Haus in dem er zur Miete wohnte, wurde verkauft und modernisiert. Weil er sich die neuen Preise nicht leisten konnte, musste er den Stadteil verlassen



Mieten und Kaufpreise steigen weiter

Spitzenverband ZIA macht die Politik mitverantwortlich - Mietpreisbremse unwirksam

DEUTSCHES

Die Mieten und Kaufpreise in Deutschland im vergangenen Jahr sind so weiter gestiegen, wie es im Dezember der Spitzenverband über den Miet- und Immobilienmarkt in Deutschland berichtet hat. Die Mieten sind im vergangenen Jahr um 2,1 Prozent gestiegen, die Kaufpreise um 3,1 Prozent. Das ist ein Rekord für den Spitzenverband ZIA.

Der Bericht und



Auch die Preise für Immobilien im Umland sind so gestiegen. Hier ein neues Wohngebiet im östlichen Eberberg. Foto: DLR

„Die Mietpreisbremse ist unwirksam“, sagt der Spitzenverband ZIA. „Die Politik ist mitverantwortlich für die Situation.“

Neue Auflagen für Länder beim Sozialwohnungsbau

Die Bundesländer werden ab 2020 verpflichtet, mehr Sozialwohnungen zu bauen. Das ist ein Ziel der Bundesregierung.

Auf die Neuregelungen soll

Die Bundesregierung hat angekündigt, dass die Länder ab 2020 verpflichtet sind, mehr Sozialwohnungen zu bauen. Das ist ein Ziel der Bundesregierung.

Wohnen in Köln: zu teuer, zu eng

1000 Menschen protestierten. Einige schildern ihre Erfahrungen

Auf dem Heumarkt demonstrierten am Samstag etwa 1000 Kölner für bezahlbaren Wohnraum. Einige erzählten der Rundschau von ihrer schwierigen Suche nach einer Wohnung, von ihren Sorgen angesichts steigender Mieten und von ihren Wünschen an die Politik und die Stadt Köln.

Das Bündnis „Wir wollen wohnen“, bestehend aus Deutschem Mieterbund, Deutschem Gewerkschaftsbund sowie Wohlfahrts- und Sozialverbänden, hatte zu dem Protest auf dem Heumarkt aufgerufen. Gefordert

wurden unter anderem der Ausbau des Mieterschutzes und mehr öffentlich geförderter Wohnraum. Bundesweit gab es ähnliche Veranstaltungen. Nach der Kundgebung zogen ein Protestzug von weiteren Organisationen unter dem Motto „Gemeinsam gegen Verdrängung und Mietspreisanstieg“ initiiert wurde.

Das Bündnis „Wir wollen wohnen“, bestehend aus Deutschem Mieterbund, Deutschem Gewerkschaftsbund sowie Wohlfahrts- und Sozialverbänden, hatte zu dem Protest auf dem Heumarkt aufgerufen. Gefordert

wurden unter anderem der Ausbau des Mieterschutzes und mehr öffentlich geförderter Wohnraum. Bundesweit gab es ähnliche Veranstaltungen. Nach der Kundgebung zogen ein Protestzug von weiteren Organisationen unter dem Motto „Gemeinsam gegen Verdrängung und Mietspreisanstieg“ initiiert wurde.

Das Bündnis „Wir wollen wohnen“, bestehend aus Deutschem Mieterbund, Deutschem Gewerkschaftsbund sowie Wohlfahrts- und Sozialverbänden, hatte zu dem Protest auf dem Heumarkt aufgerufen. Gefordert

wurden unter anderem der Ausbau des Mieterschutzes und mehr öffentlich geförderter Wohnraum. Bundesweit gab es ähnliche Veranstaltungen. Nach der Kundgebung zogen ein Protestzug von weiteren Organisationen unter dem Motto „Gemeinsam gegen Verdrängung und Mietspreisanstieg“ initiiert wurde.

Das Bündnis „Wir wollen wohnen“, bestehend aus Deutschem Mieterbund, Deutschem Gewerkschaftsbund sowie Wohlfahrts- und Sozialverbänden, hatte zu dem Protest auf dem Heumarkt aufgerufen. Gefordert

wurden unter anderem der Ausbau des Mieterschutzes und mehr öffentlich geförderter Wohnraum. Bundesweit gab es ähnliche Veranstaltungen. Nach der Kundgebung zogen ein Protestzug von weiteren Organisationen unter dem Motto „Gemeinsam gegen Verdrängung und Mietspreisanstieg“ initiiert wurde.

Das Bündnis „Wir wollen wohnen“, bestehend aus Deutschem Mieterbund, Deutschem Gewerkschaftsbund sowie Wohlfahrts- und Sozialverbänden, hatte zu dem Protest auf dem Heumarkt aufgerufen. Gefordert

wurden unter anderem der Ausbau des Mieterschutzes und mehr öffentlich geförderter Wohnraum. Bundesweit gab es ähnliche Veranstaltungen. Nach der Kundgebung zogen ein Protestzug von weiteren Organisationen unter dem Motto „Gemeinsam gegen Verdrängung und Mietspreisanstieg“ initiiert wurde.



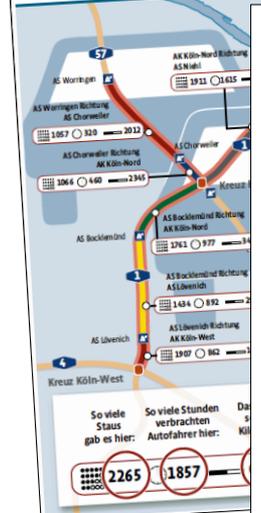
Ein stündiger Protestzug durch die Innenstadt forderte die Mieter unter anderem „Mietspreisanstieg stoppen“.

Katja Lenz (Texte) und Nabil Hanano (Fotos)

Mittwoch, 24. Januar 2018 Kölner Stadt-Anzeiger Nr. 20 - SLE - Einzelpreis 1,60 €

Stau-Rekord in NRW

VERKEHR Kölner Autobahnring gehört zu den Strecken mit den größten Behinderungen



Wir brauchen ein Konzept, wie insbesondere Tausende mittelständische Autofahrer in diesem harten Strukturwandel bestehen können.

Achim Dercks stellvertretender Geschäftsführer des Industrie- und Handelskammerverbandes

AUSGANGSLAGE

Der Treibhausausstoß im Verkehr ist seit 1990 nicht zurückgegangen und zuletzt sogar angestiegen. Zwar brauchen die einzelnen Fahrzeuge immer weniger Sprit und stoßen demgegenüber auch weniger CO₂ aus. Aber die Zahl der Autos steigt, es wird mehr gefahren, und schwere Geländewagen für die Stadt, die SUV sind im Trend.

Was meinen Sie?

Wie können Klimaschutz und Verkehr in Einklang gebracht werden? Bitte schreiben Sie uns:

Diallog kreuzedition.de, Kölnische Rundschau, Lesebriefe, Postfach 102145, 50666 Köln

Wie ist klimafreundlicher Verkehr möglich?

Wie Autofahrer und Autoindustrie künftig ihren Anteil zum Klimaschutz beitragen werden, bleibt trotz 17-stündiger Verhandlungen einer Expertenkommission weiter ungeklärt

FRAGE DES TAGES

Die von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) eingeseetzte Arbeitsgruppe konnte sich nicht auf Maßnahmen einigen, die im Herbst für 2020 zu erlassen. Stimmig bleiben diverse Themen. Warum geht es dabei um Finanzen und wie sind die Reaktionen?

Was war die Zielvorgabe der Regierung?

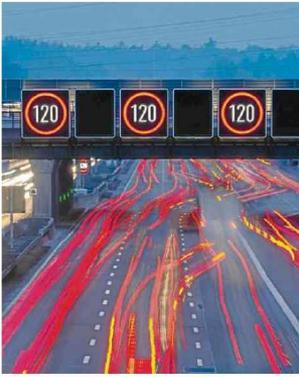
Die Arbeitsgruppe mit Vertretern aus Umweltschäden, der Automobilbranche und aus Kommunen sollte Vorschläge machen, wie der Treibhausgasausstoß im Verkehr von derzeit knapp 170 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO₂) auf unter 100 Millionen Tonnen im Jahr 2030 gedrückt werden kann. Mit den nun erzielten Kompromissen bliebe nach Betriebsmanagern aber immer noch eine Lücke von 16 Millionen bis 26 Millionen Tonnen CO₂.

Wie sieht der Minimalmischens der Arbeitsgruppe aus?

Die Experten einigten sich auf das Ziel von bis zu zehn Millionen Elektro-Pkw bis 2030. Die Regierung sollte prüfen, den CO₂-Ausstoß im Verkehr und in anderen Bereichen einen Preis zu setzen, so geht es aus dem Bericht. Der Bericht von Emotionsökologen des IAI abgedruckt sind. Das betrifft auch Gebäude, Landwirtschaft und Teile der Industrie. Ein CO₂-Preis würde Autos mit hohem Spritverbrauch teurer machen. Die Arbeitsgruppe besteht aber eine sozialverträgliche Gestaltung. Zudem sollen Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden. Vorge schlagen wird, die Maßnahmen 2021, 2023, 2026 und 2029 auf Wirksamkeit zu prüfen. Der Prüfauftrag ist mehr als nicht: Bisher wurde die Industrie CO₂-Abgabe von der Industrie und von Scheuer immer strikt zurückgewiesen.

Worum konnte man sich nicht einigen?

Keine Einigung gab es bei einem möglichen gewissen Tempolimit auf Autobahnen oder einem Bonus-Malus-System als Anreiz für den Kauf klimafreundlicher Autos. Stimmig blieb zu-



Umsetzten bleibt ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen. Foto: dpa

dem, ob man voll auf den Ausbau der E-Mobilität setzen solle, oder etwa auch Biogas aus Pflanzen eine Rolle spielen sollte. Damit könnten Verbrennungsmotoren weiter betrieben werden. Die Autoindustrie fürchtete den massiven Verlust von Arbeitsplätzen durch den Ausbau der E-Mobilität, weil Elektromotoren weniger personalintensiv sind als Verbrennungsmotoren. Auch Scheuer setzt sich dabei für alternative Kraftstoffe ein, die an die Stelle fossiler Kraftstoffe treten könnten. Die Forschung ist aber nicht soweit, radowen synthetische Kraftstoffe zu erzeugen.

Warum kritisieren Umweltschützer die Verbrennungsmotoren?

Der CSU-Politiker hatte Gedankenspiele zu höheren Steuern und einem

bürgerehrlich: Nichts machen wollen und dann auch noch draufzahlen müssen.

Was lautet das Fazit von Industrie und Autoclubs?

Der Autofahrerclub ADAC erwiderte, die Tempolimits zu erheben, Investitionen und Digitalisierung können ein wichtiger Schritt sein. Mobilität dürfe aber nicht eingeschränkt werden und müsse für alle nutzbar bleiben. Der Verband der Automobilindustrie (VDA) betonte, es sei aufgezeigt worden, welche „Technologieforschung“ möglich seien. Kurzfristig habe hier die Elektromobilität eine Schlüsselrolle. Statt auf Verbrennung und Verbrennung sollte die Schwerepunkt auf Maßnahmen liegen, die Innovationen fördern. „Wenn in den nächsten elf Jahren zehn Millionen Elektro- und Wasserstofffahrzeuge auf die Straße kommen wollen, macht das den Absatz direkt ankaufen – etwa über einen gesteuerten Leasingmarkt“, sagte der stellvertretende Geschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Achim Dercks. Bei Lew wie zusätzlich eine längerfristige Mautmodell ein effektives Mittel für mehr alternative Antriebe. „Der Umweg über höhere Preise für Benzin und Diesel führt zwar zu höheren Belastungen, aber nicht schnell und verlässlich zum Ziel. Kurzfristig hohe CO₂-Steuern würden zudem die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen beeinträchtigen“, warnt Dercks. Entscheidend sei, dass rasch mehr Ladestellen für E-Autos aufgestellt würden.

Wie geht es nun weiter mit dem 4. Thema?

Ob der Rumpf-Bericht der Arbeitsgruppe im Freitag offiziell vorgestellt wird, ist ungewiss. Er sollte ebenfalls in den Zwischenbericht der Gesamt-Kommission „Nationale Plattform Zukunft der Mobilität“. Möglichkeiten wie auch die Koalitionsausschuss der Partei- und Fraktionsgruppen sich am Freitag damit befassen. Karlsruhe Annelie Möller (CDU) hatte den Klimaschutz gegenüber zur Chefsache machen wollen. Die Beiträge der Verkehrsminister sollten in die Klimaziele des Jahresprogramm aufgenommen werden, das die Koalition bis Jahresende beschließen will. (Stg/Mersch/Im-Dagatz)

Köln 5°

DAS KÖLN-WETTER

Wolzig

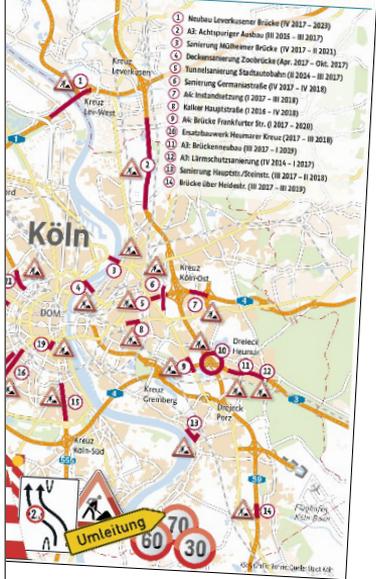
Minimum der kommenden Nacht: 1°

„Das Verkehrssystem ist ausgereizt“

STADTENTWICKLUNG Nach dem Ferienende kehren die Staus auf die Straßen zurück

VON TIM ATTENBERGER

Fahrgemeinschaften als Lösung



Daseinsvorsorge

Berkenroth will seine Schule behalten

Großes Bürgerinteresse

Schülerzahlen sprechen allerdings für
ab 2014

Von MICHAEL FIEDLER-HEINEN
BERKENROTH. „Was nun?“, fragte Ingo Breuer, Rektor der Grundschule Nümbrecht, am Ende seines Vortrags. Eine Frage, die am kommenden Dienstag der Familienausschuss und Ende des Monats der Gemeinde zu entscheiden hat. Und dieser Beschluss könnte die Schließung der Berkenrother Grundschule bedeuten, die seit ihrer Wiedereröffnung im Jahr 1991 als Teilstandort von Nümbrecht geführt wird. Die Berkenrother Bürger wehren sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Schließung der Schule zum 30. September 2014. Am vergangenen Abend, die Karte in der Hand, streifte Ingo Breuer die Frage, ob die Grundschule „gerettet“ werden kann. Die Entscheidung fällt am kommenden Dienstag. Die Berkenrother Bürger wehren sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Schließung der Schule zum 30. September 2014. Am vergangenen Abend, die Karte in der Hand, streifte Ingo Breuer die Frage, ob die Grundschule „gerettet“ werden kann. Die Entscheidung fällt am kommenden Dienstag. Die Berkenrother Bürger wehren sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Schließung der Schule zum 30. September 2014.

Wo NRW schrumpft und wächst



Bevölkerungsentwicklungen



Die Zukunftsprognose für das Schulpflicht im Kreis Oberbergischer Kreis Weischedel-Bergisch-Gladbach

THEMA



SCHRUMPFENDE KOMMUNEN

NRW verändert sich dramatisch: Städtische Zentren etwa am Rhein wachsen, in anderen Großstädten, aber auch in vielen ländlichen Gebieten gehen die Einwohnerzahlen stark zurück. Ein Besuch im südwestfälischen Herscheid zeigt, wie Bürgermeister Uwe Schmalenbach um Lösungen ringt.

„Umkehren können wir das nicht“

Wie eine Kleinstadt auf den demographischen Wandel reagiert

INTERVIEW



Bürgerbus expandiert Reichshofer Verein fährt jetzt auch nach Wiehl

Von Michael Fiedler-Heinen 11.04.19, 18:44 Uhr

EMAIL FACEBOOK TWITTER MESSENGER



Strukturwandel: Rheinisches Revier und Bonn-Vertrag

Hoffnung und Skepsis im Revier

Reaktionen auf Empfehlungen der Kohlekommission sind gemischt

VON RALPH
UND PATRIK

Kerpen/B
res Aufata
fel dort – s
aktionen a
der Kohleli
beschreib
der Bergl
BCE, Micha
nem „ordl
spricht, be
Klimaaktivi
Fotst ein w
Waldrand s
Köln:er
Hambacher
wirtschens
Kommission
er muss fe



Kühltürme des Braunkohlekraftwerks Jämschwalde in der Lausitz.

Foto: Monika Skolimow

14 Milliarden für die Revierere

Wirtschaftsminister Altmaier sagt Kohleregionen Finanzhilfe zu

BMZ schafft Platz für alle in Berlin

Entwicklungsministerium plant Neubau in einem Campus mit rund 1400 Arbeitsplätzen

VON ANDREAS BAUMANN

BONN. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) schafft in der Hauptstadt Platz für einen möglichen Komplettumzug aller Mitarbeiter. Minister Gerd Müller (CSU) hat entschieden, auf dem Parkplatz des Berliner Dienststüzes an der Stresemannstraße einen Neubau errichten zu lassen. Anschließend soll der Altbau – das Europahaus – kernsaniert werden. Damit entsteht Platz für rund 1400 Arbeitsplätze an der Spandauer

Die Bonner Bundestagsabgeordnete Katja Dörner (Grüne) hält die Entscheidung für „besorgniserregend“ und hat eine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet. Wenn das BMZ seine Büroflächen in der Hauptstadt derart stark ausbaue, werde „das Berlin/Bonn-Gesetz klar konterkariert“, kritisiert auch der Bundestagsabgeordnete Alexander Graf Lambsdorff (FDP) aus Bonn. Ausbaupläne in Berlin existieren außerdem für die Ressorts Inneres, Arbeit, Finanzen, Landwirtschaft, Familie, Gesund

Das Entwicklungsministerium bestätigt den geplanten Neubau und die Sanierung, nicht aber die Zahl der Arbeitsplätze. Zu einem möglichen Komplettumzug nach Berlin erklärt eine Sprecherin: „Zur Standortfrage der Ministerien gibt es keine neue Beschlusslage des Deutschen Bundestages.“

sammenspiel mit den Vereinten Nationen und Hilfsorganisationen wie Help, Welthungerhilfe oder Care. Auf der Umlaufbahn des Ministeriums bewegen sich zudem die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und die Serviceagentur Engagement Global mit zusammen rund 1800 Mitarbeitern in Bonn. Bei den geplanten Gesprächen mit dem Bund über einen Bonn-Vertrag als Ergänzung zum Berlin/Bonn-Gesetz dürften

Mehrheit wünscht kompletten Regierungsumzug

Nur ein Viertel der Deutschen für Aufteilung der Ministerien. Berliner Politiker sprechen von Anachronismus

BERLIN. 25 Jahre nach dem Beschluss über die Aufteilung der Bundesregierung zwischen Bonn und Berlin wünscht sich eine Mehrheit der Deutschen einen kompletten Umzug vom Rhein an die Spree. In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov sprachen sich 55 Prozent dafür aus und nur 27 Prozent dagegen. Selbst in NRW sind mehr

Bürger für einen Komplettumzug als dagegen: Mit 47 zu 36 Prozent fiel hier das Ergebnis allerdings erwartungsgemäß knapper aus als im Rest der Republik. Berlins Wirtschaftsministerin und Bürgermeisterin Ramona Pop sprach sich für einen Komplettumzug aus. „Es ist an der Zeit, das Bonn-Berlin-Gesetz zu überdenken. Die Bundesministerien soll-

ten perspektivisch vollständig nach Berlin verlagert werden“, schrieb die Grünen-Politikerin im Berliner „Tagesspiegel“. „Wie lange sollen Beschäftigte der Bundesregierung für jährlich knapp acht Millionen Euro zwischen Bonn und Berlin pendeln; teils nur für wenige Stunden?“, heißt es in dem Beitrag. Die Linken-Haushaltsexpertin Gesine Lötjens sprach von einem „Ana-

chronismus“. „30 Jahre nach Mauerfall muss dieser teure Übergangszustand beendet werden“, meinte die Berliner Abgeordnete. Am 26. April vor 25 Jahren hatte der Bundestag das Berlin/Bonn-Gesetz über die Aufteilung der Ministerien zwischen den beiden Städten verabschiedet. dpa

Leitartikel Seite 2



Vielfältige Herausforderungen der Raumentwicklung

Zwischenfazit

- **Räumliche Umbruchsituation:** vielfältige Herausforderungen und Zukunftsfragen der Entwicklung
- Unterschiedliche Ausgangs- und Problemlagen in den Teilräumen
- Enge raum-funktionale Verflechtungen innerhalb der Region
- **Herausforderungen zunehmend im Maßstab ≥ 1 Kommune**
- Integrierte Strategien vonnöten. Sektorale Planungsansätze greifen vermehrt zu kurz

- **„Sprung nach Vorne“ statt Fortschreibung**
- LEP und Regionalplanprozesse erfordern eine strategische Auseinandersetzung der Kommunen, Kreise und Region als Ganzes mit ihrer mittelfristigen räumlichen Entwicklung

Agglomerationskonzept: Angestrebte Ergebnisse

- EIN räumliches Zielbild für die Entwicklung der Gesamtregion bis 2040
- Korrespondierende Entwicklungsperspektiven für regionale **Teilräume**
- **Strategischer Beitrag** zur formellen **Regionalplanung**
- Neue **interkommunale Kooperationen** und **regionale Schlüsselprojekte**
- **Argumentationshilfe für und Input in** teilregionale und kommunale Strategieprozesse und Planungen

Prozessübersicht

PHASE 1

- Diagnose/Ausgangslage
- Einbindung der regionalen Akteure u.w. über Workshops, Kolloquien, Meilensteintermine

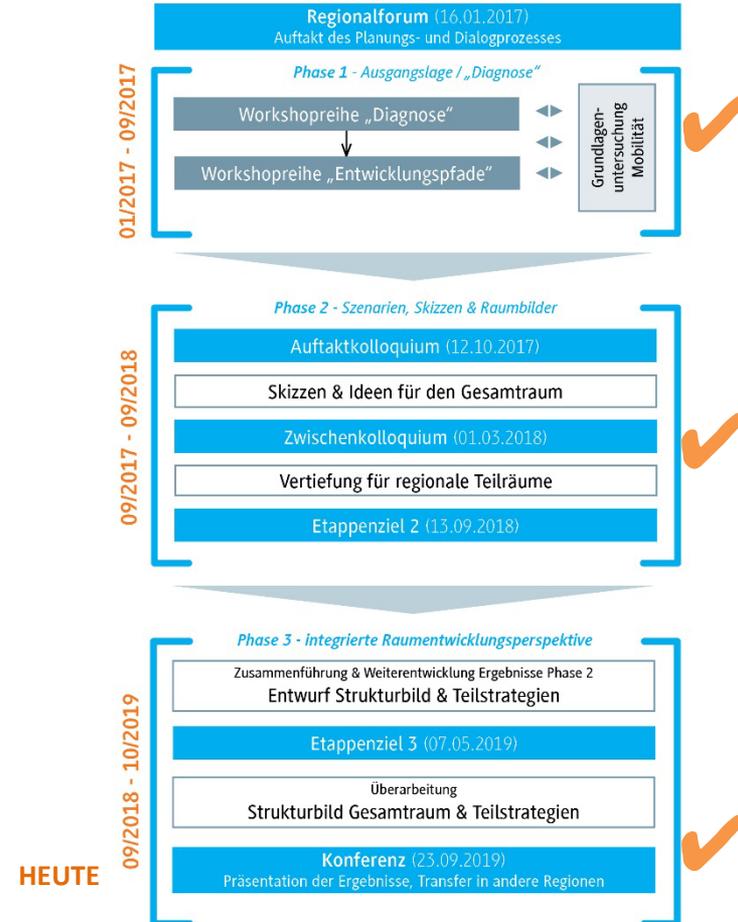
PHASE 2

- Erarbeitung räumlicher Szenarien und Zielbilder der Entwicklung
- Gesamttraum- und Teilraumbetrachtung + Interaktionen
- 4 Planungsteams = 4 unterschiedliche Konzeptansätze

PHASE 3

- Zusammenführung des Agglomerationskonzeptes aus den vier Beiträgen der Teams

Prozessübersicht Agglomerationskonzept Region Köln/Bonn





7 Meilenstein-Veranstaltungen mit



2.150 Teilnehmern



69

Ordner

470 km Rundreise durch die
Region mit den Planungsteams



980

Tage Prozess



5 Analyse-Workshops

mit **350** Akteuren aus der Region

26.360



Mails gesendet [56 pro Arbeitstag]

680 Newsletterabos



10 Interviewrunden

mit **70** Experten der Region



**Regionalforum
Bonn, 16. Januar 2017**



Demographie

Wirtschaft

Mobilität

Demographie (alte Karte) wird in Zukunft...

Politik-Gesetz für den Raum (Bau- und Umweltschutz)

Demographie (alte Karte) wird in Zukunft...

Thema Umwelt (alte Karte) wird in Zukunft...

Vergleich mit... (alte Karte) wird in Zukunft...

Zusatzfrage SCHÖN!

?

Skizze (alte Karte) wird in Zukunft...

Erkennung... (alte Karte) wird in Zukunft...

GRUNDLAGENUNTERSUCHUNG

MOBILITÄT

[] AGGLOMERATIONSKONZEPT

2024 EFRE NRW
Investitionen in Wachstum
und Beschäftigung

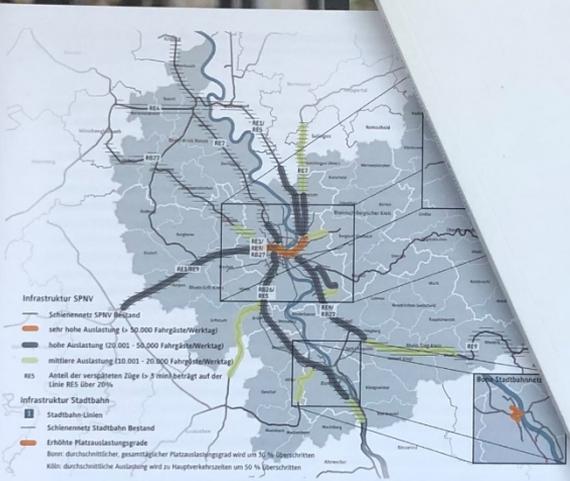


Abb. 10: Auslastungen in den Netzen des Schienenpersonenverkehrs
Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage der Auswertungen des Qualitätsberichts des NVR (2017) sowie dem 3. Nahverkehrsplan der Stadt Köln (2016) und dem Verkehrsentwicklungsplan der Stadt Bonn (2011)

Abbildung 10 fasst zentrale Erkenntnisse der Analyse zu Auslastungen im Schienennetz für den SPNV und die Stadtbahn zusammen. Grundlage für die Analysen sind die Qualitätsberichte des SPNV³³, der 3. NVP der Stadt Köln³⁴ und der VEP Bonn³⁵. Die sternförmig auf Köln und Bonn zulaufenden Radialen sind besonders in den HVZ von 6:00 Uhr bis 9:00 Uhr, in abgeschwächter Form gegen 13:00 Uhr und in den Stunden zwischen 15:00 und 19:00 Uhr stark ausgelastet und zum Teil überlastet. Auf bestimmten Strecken kommt es trotz des Einsatzes mehrerer Linien in kurzen Abständen zu voll besetzten Zügen³⁶. Dies zeigt sich zum Beispiel bei den Zügen der Linie RE 8 zwischen Pulheim und Köln Hbf, des RE 9 zwischen Köln Hbf und Düren sowie auf der Linie des RB 24 zwischen Köln West und Weilerswist³⁷. Es zeigt sich ebenfalls bei der RB 25 von Meinerzhagen in Richtung Köln, besonders auf dem Streckenabschnitt ab Rösrath. Ebenso stark ausgelastet sind die Züge der S 23 von Euskirchen in Richtung Bonn, die Züge RE 22 und RB 24 zwischen Euskirchen und Köln, die RB 26 von Koblenz über Bonn nach Köln, die RB 48 von Bonn-Mehlem Richtung Köln und zwischen Köln und Düsseldorf die Linien RE 1 und RE 5.

Im Nahverkehr sind in den Oberzentren Köln und Bonn zudem viele Stadtbahnlinien stark ausgelastet, wodurch Engpässe entstehen können. In Köln sind das besonders die südlichen und östlichen Radialen, die auch regional bedeutsame Ost-West-Achse sowie eine Teilstrecke der Linie 18 im Norden der Stadt, wobei sich die dem NVP zugrundeliegende Untersuchung auf die HVZ innerhalb der Woche (montags bis freitags von 6:00 bis 9:00 sowie von 12:00 bis 19:00 Uhr) beschränkt.

33 Vgl. Region Köln/Bonn e.V. (2015): 41 f.
34 Kompetenzcenter ITF NRW (2017); NVR (2017)
35 Stadt Köln (2016)
36 Stadt Bonn (2011)
37 Vgl. NVR (2017): 33 – 37
38 Vgl. NVR (2017): 35 ff.

Die Angebots- und Erschließungsqualität für eine ganze Region umfasst zu untersuchen und zu bewerten, ist äußerst komplex und aufwendig. Die „Grundlagenuntersuchung Mobilität“ greift dabei auf vorhandene Erhebungen und Daten zurück und stellt zusammenfassend dar, auf welchen Streckenabschnitten des schienegebundenen ÖV schon heute Engstellen und Überlastungen festzustellen sind. Darüber hinaus zeigt die Untersuchung Erreichbarkeitsdefizite für den ÖPNV in einem regionalen Maßstab auf³⁸.

Beschreibung und Erläuterung Status quo
Die Fahrgastnachfrage im SPNV im Bereich des NVR ist im Zeitraum von 2010 bis 2016 um mehr als 22 % gestiegen, wofür das Angebot nur um knapp 10 % zunahm³⁹. Diese Veränderungen entsprechen einer Nachfragezunahme von ca. 700 Mio. Personenkilometern auf insgesamt mehr als 1,1 Mrd. Personenkilometer und einer Angebotszunahme von ca. 2.100 Tsd. Zugkilometern auf 25.000 Tsd. Zugkilometer (Angaben zu Platzkilometern können aufgrund fehlender Datengrundlagen nicht aufgeführt werden).

Dies hat vollbesetzte Züge und Kapazitätsprobleme vor allem in den Hauptverkehrszeiten (HVZ), aber auch im Freizeitverkehr an Wochenenden zur Folge. Dabei ist jedoch

39 Vgl. Region Köln/Bonn e.V.
32 Grundlage für Analyse der Nachfrageentwicklung und Kapazität im schienegebundenen ÖPNV sind die Angaben aus den Veröffentlichungen der Verkehrsverbände und SPNV-Angebotspläne (NVR, VRS, WRV und NVR). Zur Ermittlung der Überlastungsberichte im SPNV-Netz wurden die Qualitätsberichte der Landesverkehrsverbände Rheinland (ZV NVR) aus den Jahren 2013 und 2016 sowie der SPNV-Angebotspläne (ZV NVR) aus dem Jahr 2016 herangezogen. Zudem wurden die Erkenntnisse des Verkehrsentwicklungsplans der Stadt Bonn und die dritten Nahverkehrspläne (ZV NVR) der Städte Bonn und Köln sowie die Erkenntnisse des Verkehrsentwicklungsplans der Städte Köln und Bonn herangezogen. Die Grundlage für die Analyse der Erreichbarkeitsprobleme im Rahmen des ÖPNV vom HR und RE mit Stand Frühjahr 2017. Die mit VRS/BV betrachteten Aussagen setzen sich zusammen aus der Summe von Zu- und Abgangsmitteln (Fahrzeit, Fahrzeit im Fahrgast, Umsteigewartezeit und Gehzeit, Hauptverkehrszeit) von 1 Stunde in die Analyse eingeschrieben. Der ÖPNV wird dabei auf einen Dienstag zwischen 7 und 9 Uhr zugewiesen.

Grundlagenuntersuchung Mobilität

- Schaffung einer neutralen gutachterlichen Gesamtübersicht zu aktuellen und künftigen Herausforderungen der Mobilität und Verkehrsentwicklung in der Region
- Auswertung vorhandener Modelle/Daten, Konzepte und Studien
- ÖV-Erreichbarkeitsanalyse
- Experteninterviews
- Darstellung von Trends und Szenarien
- Formulierung von Handlungsempfehlungen
- Wichtige Grundlage für den weiteren Planungsprozess
- **Produkte: Untersuchung (A4) & Kartenblätter (A3)**
- **Druck- und Onlineversion verfügbar**



Grundlagenuntersuchung Mobilität

ÖFFENTLICHER PERSONENVERKEHR



2 Mio. Fahrten

werden täglich mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt



Während in Köln und Bonn ca. **ein Viertel** aller Wege mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden, sind es in den Kreisen der Region nur zwischen **6 bis 13%**



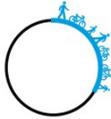
Die beiden Oberzentren Bonn und Köln sind während der Hauptverkehrszeiten von ca. 80% der Zentren aller Kommunen schneller mit öffentlichen Verkehrsmitteln als mit dem Pkw zu erreichen.

80%

NAHMOBILITÄT

Anteil der Bewohner in der Region, die eine Einrichtung der Daseinsvorsorge in unter 15 Minuten erreichen:

Einrichtung	mit Fuß	mit Rad
Arzt	43%	82%
Supermarkt	72%	97%
Schule	27%	79%
Restaurant	75%	98%

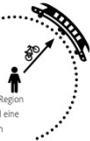


Ein Drittel

aller Wege in der Region werden zu Fuß oder mit dem Rad zurückgelegt.

57%

aller Bewohner in der Region erreichen mit dem Rad eine Haltestelle des SPNV in unter 15 Minuten



11%

aller Bewohner in der Region erreichen zu Fuß eine Haltestelle des SPNV in unter 15 Minuten



Abb. 7: Daily Regional System - Zusammenfassende Darstellung der Analyseergebnisse
Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage der durchgeführten Analysen

MOTORISIERTER INDIVIDUALVERKEHR



1.961.118

gesamte Anzahl der Pkw in der Region

547 Pkw

auf 1000 Einwohner um



0,06%

Anteil Pkw mit Elektroantrieb

15%

Anteil Pkw mit Emissionsgruppe Euro 6

6,7 Mio. Wege

werden täglich mit dem Pkw zurückgelegt

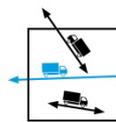


65 Mio. km

werden in der Region täglich mit dem Pkw zurückgelegt.

Das entspricht etwa 16,25 Weltumrundungen.

WIRTSCHAFTSVERKEHR



240.000 Wege

werden in der Region jeden Tag durch LKW zurückgelegt

Ein Drittel

davon ist Transitverkehr

7 Mio. km

fahren LKW in der Region täglich.



45%

davon sind dem Transitverkehr zuzurechnen.

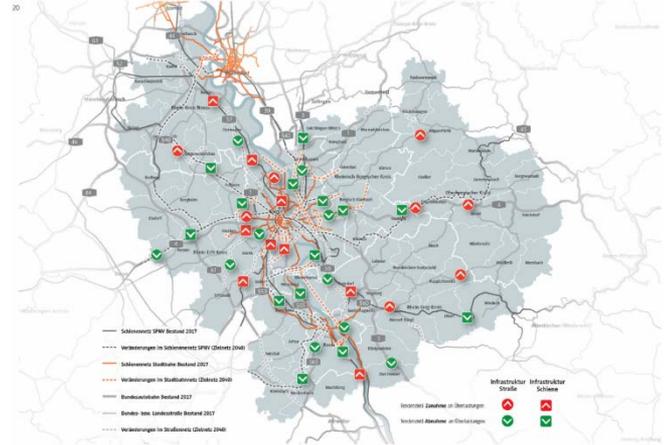
300 Güterzüge

pro Tag zählt die Strecke Köln-Mannheim. Damit gehört sie zu den am stärksten belasteten Abschnitten im DB Schienennetz.

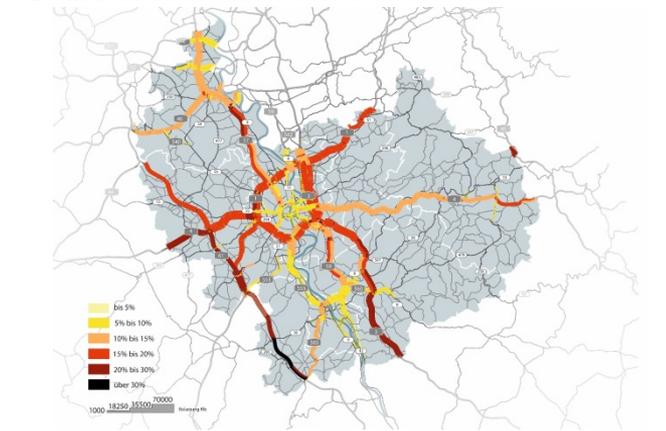
KÖLN



MANNHEIM



Abstraktion der Wirkungseffekte für das Jahr 2040





**Bereisung der Region mit den Planungsteams
27./28. September 2017**



ETAPPENZIEL 3 HANDOUT

- > Entwurf: Strukturkonzept 2040+
- > Thematische Teilstrategien





...hängen:
 ① Darstellung von Sachraum G/E/Gi
 Lärkammer ist zu stark, ein schief-
 leres und die Strichlinien aus dem
 Bergenden: Analog, aber andere Teile
 ② Entwicklungsraum, Erstphase!
 muss analog zum Raum, zu schnell
 aus da andere Karte sein

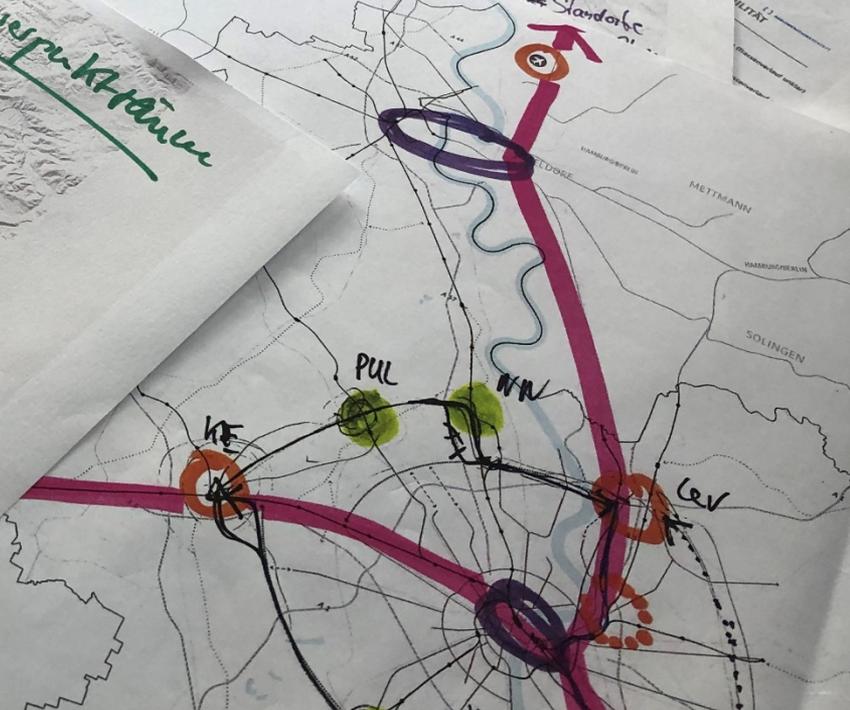
③ Im Grenzraum
 Weichbahntrasse fehlt
 die Trasse

④ Frage: Soll der Raum
 weiterbahn so tief
 gehen oder besser
 auf Höhe der A4
 enden?
 Sicherung
 Standard

Sekundärknoten

HIGHLINER
 PAPER • COPY • FAX
 www.otto-office.com
OTTO
 OFFICE

TEILKONZEPT SIEDLUNG UND
 ZENTREN
 20.08.2012
 Siedlung (Mittend)
 Gewerbe / Industrie



145-110
 Relativ
 ...

Transferkonferenz

„Transferkonferenz Agglomerationskonzept“

- 23. September 2019 im Maternushaus, Köln
- 360 regionale Akteure und Gäste
- Präsentation der Endergebnisse, Information der regionalen Akteure und der Politik
- Diskussion und Reflektion des Instruments „Agglomerationskonzept“
- Auftakt für die Kommunikation in die Region (“Roadshow“)
- Ausblick auf das Agglomerationsprogramm



REGION KÖLN BONN

TRANSFERKONFERENZ

AGGLOMERATIONSKONZEPT

Montag, 23. September 2019 (10:00 - 16:30 Uhr)

Maternushaus, Köln





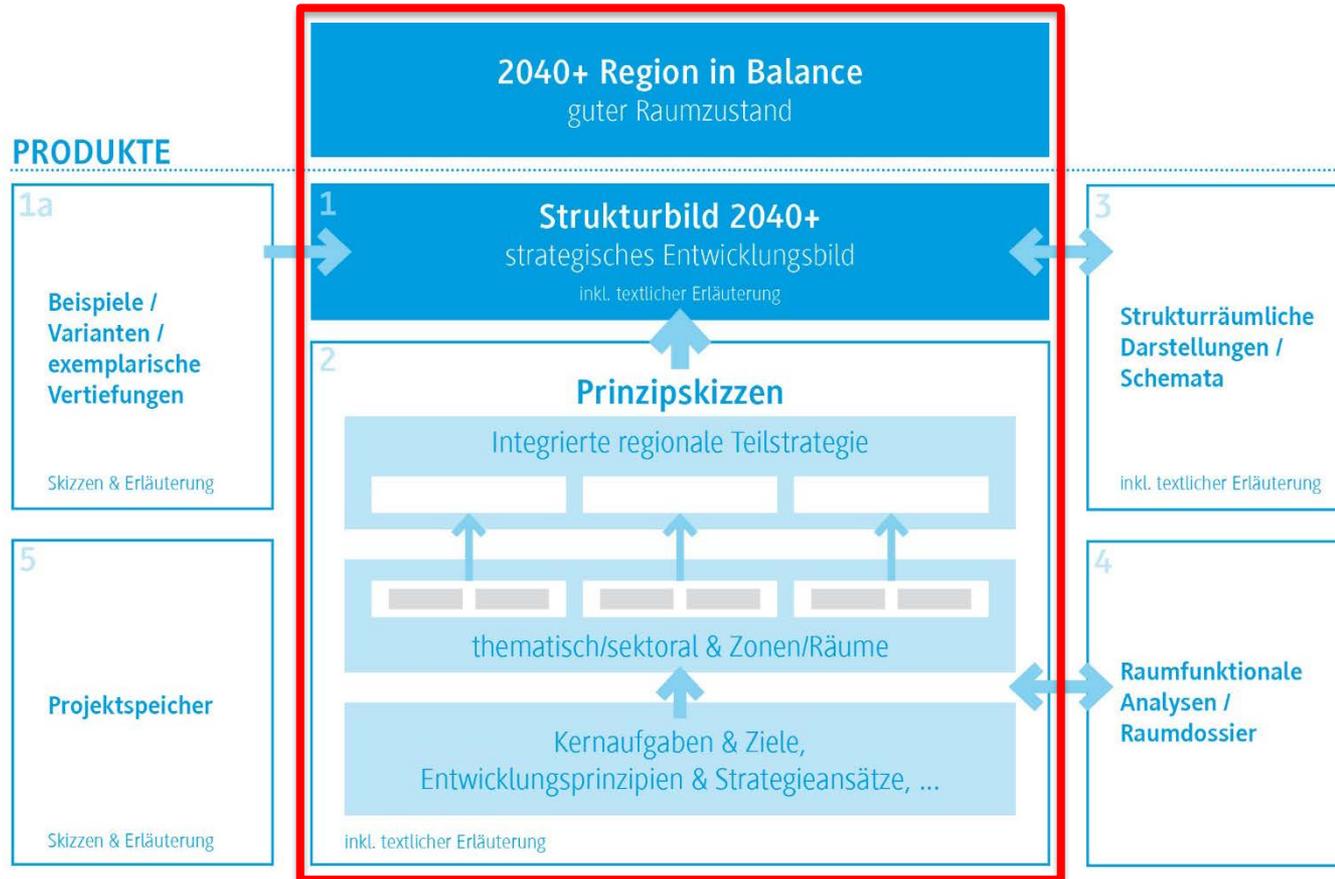
Strukturbild 2040+

Region in Balance



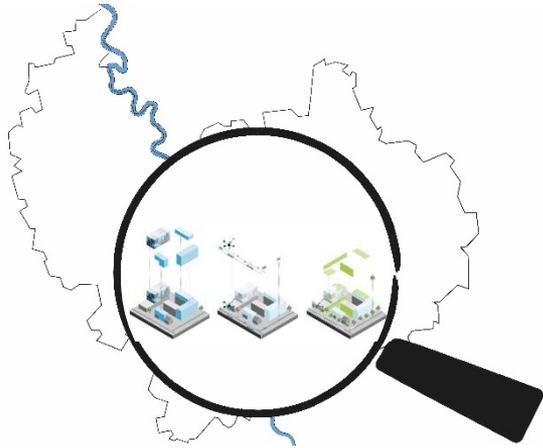


Konzeptaufbau

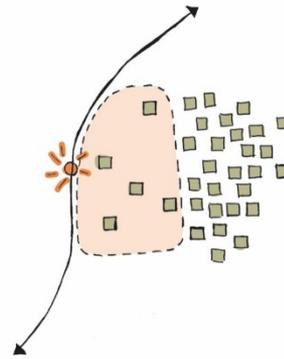


Entwicklungsprinzipien

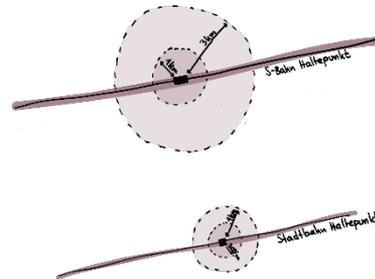
Bsp. Prinzipsskizzen für
die Siedlungsentwicklung
(Auswahl)



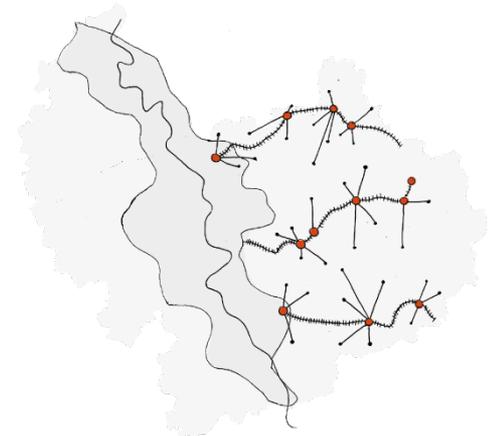
3fache Innenentwicklung



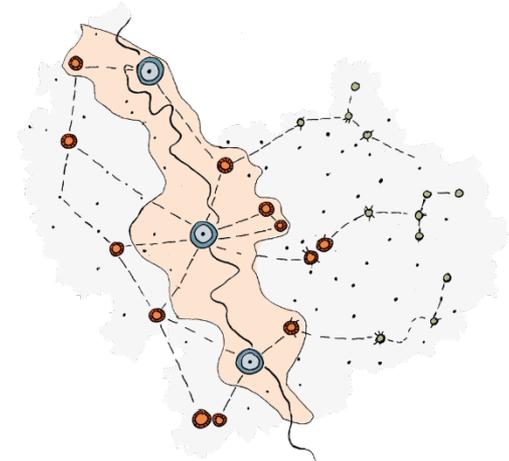
Nachverdichtung
in Bereichen guter Erreichbarkeit



Transportorientierte Entwicklung



Raumgemeinschaften



Polyzentrale Region

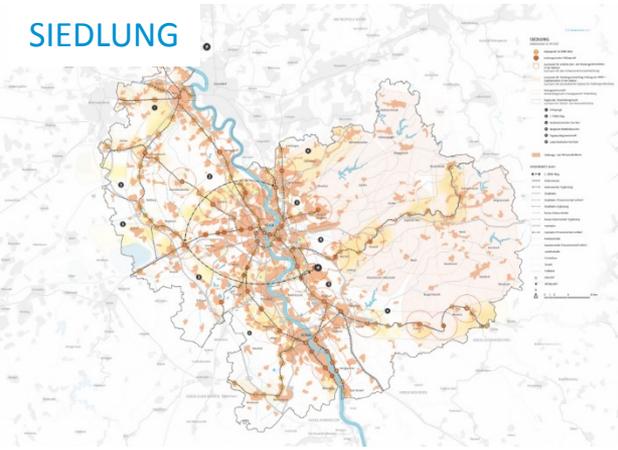
Köln, 27. September 2019



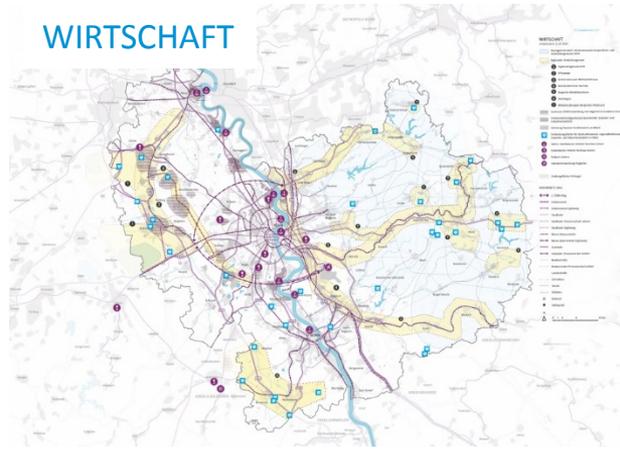
Regionale Teilstrategien des Konzeptes

[] AGGLOMERATIONSKONZEPT

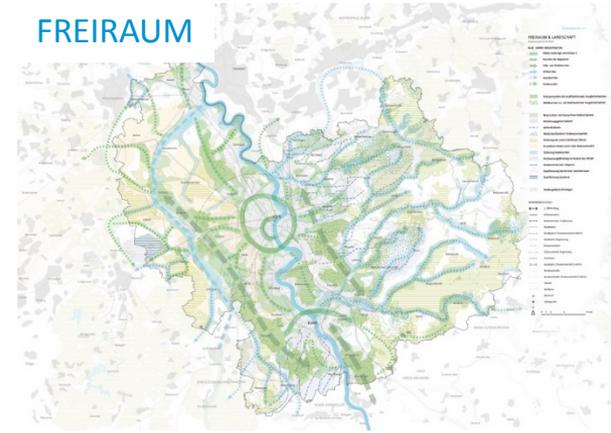
SIEDLUNG



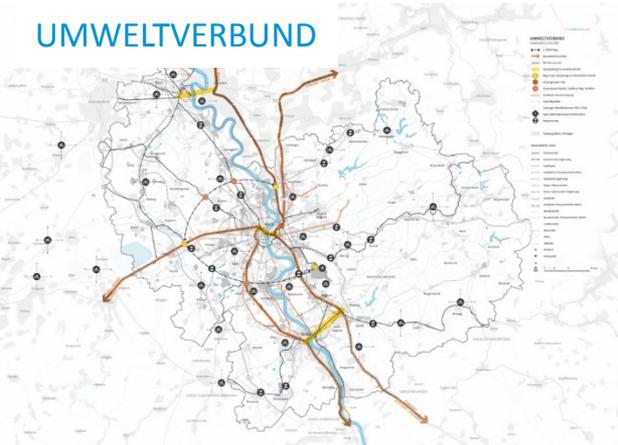
WIRTSCHAFT



FREIRAUM



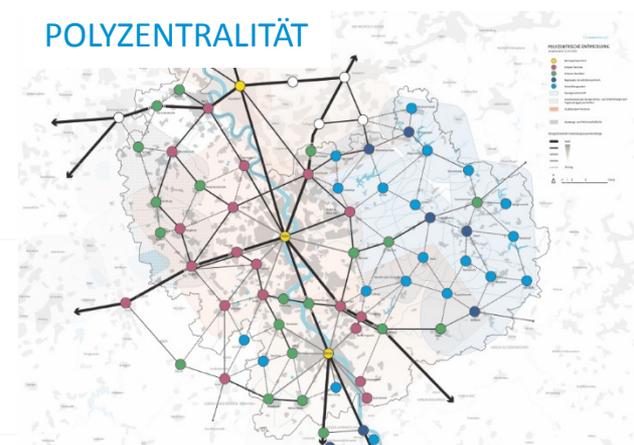
UMWELTVERBUND



MIV / WIRTSCHAFTSVERKEHR



POLYZENTRALITÄT



STRUKTURBILD

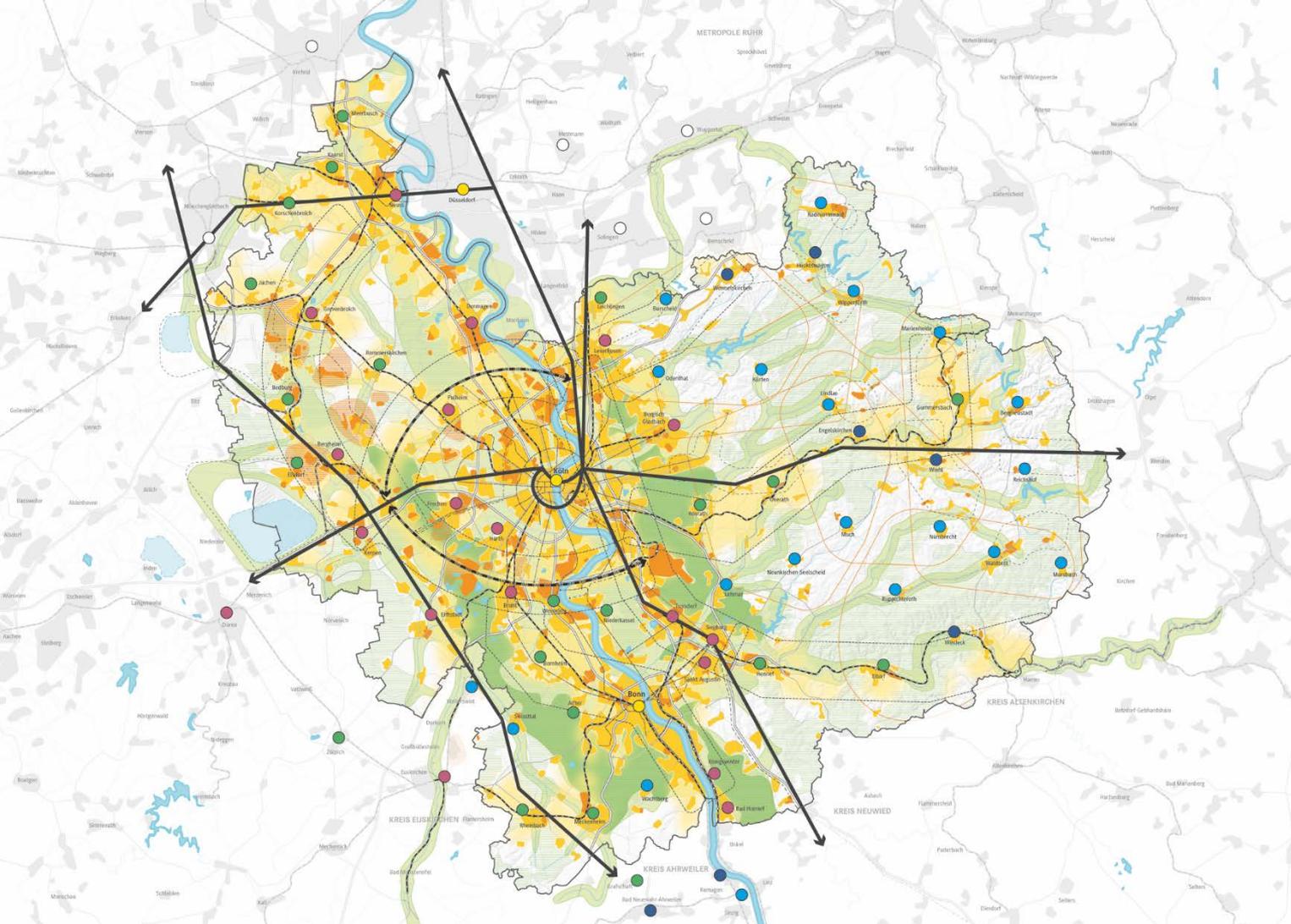
23.09.2019

- Regionales Freiraumnetz
- Waldkorridor
- Unzerschnittene Räume
- Regionales Gewässernetz
- Seenland
- Siedlungsfläche (Ortslage)
- Industrie- und Gewerbefläche
- Suchraum Siedlungsflächen
- Suchraum GÜGE Entwicklung mit möglichst bi-modalem Anschluss
- Regionale Entwicklungsräume
- Raumbegrenzungen
- Hauptverkehrsachse

- Metropolitane Kern
- Urbane Zentrum
- Urbane Kandidat
- Regionales Gravitationszentrum
- Entwicklungsanker

VEKEHRNETZ 2040+

- 2. ÖPNV-Ring
- Schienennetz
- Schienennetz Ergänzung
- Stadtbahn
- Stadtbahn Ergänzung
- Stadtbahn (Trassenverlauf unklar)
- Reiner Güterverkehr
- Reiner Güterverkehr Ergänzung
- Autobahn
- Autobahn (Trassenverlauf unklar)
- Bundesstraße
- Bundesstraße (Trassenverlauf unklar)
- Landesstraße
- Schnellbuslinie
- Tunnel
- Seilbahn
- Bahnhof
- Haltepunkt
- N
- 0 1 2 5 10 km





AGGLOMERATIONSKONZEPT

- EINE EINORDNUNG

Das Agglomerationskonzept

- beinhaltet ein **räumliches Zielbild** für eine, zwischen den unterschiedlichen Raumannsprüchen und Teilräumen der Region ausbalancierte Entwicklung der Region **im Zeithorizont bis 2040+**,
 - ist ein **perspektivisches, regionales und informelles Fachkonzept**,
 - geht es in seinen Inhalten **stellenweise bewusst und deutlich über** bisherige Planungen und Konzepte der Region hinaus.
 - Die **regionale Maßstäblichkeit** erfordert zugleich eine Konzentration auf diejenigen Inhalte und Aussagen, die auf der **Maßstabsebene Region** für die raumstrukturelle Entwicklung besonders **relevant** erscheinen.
-

Das Agglomerationskonzept

- entfaltet als informelles Fachkonzept **keine formelle/unmittelbare Bindewirkung** für die Kommunen der Region. Es ist kein Plan. **Die Planungshoheit** und formelle Zuständigkeit der Kommunen, Kreise und Regionalplanungsbehörden für die räumliche Entwicklung **bleibt unberührt**.
 - **bildet bewusst nicht die Gesamtsumme aller aktuellen Planungen und Konzepte** sowie planungspolitischen Zielvorstellungen auf der kommunalen und regionalen Ebene **ab**. Es zeigt vielmehr mutige und zugleich fachlich belastbare Annahmen und Positionen für die mittelfristige Entwicklung auf.
-

ZIEL DES KONZEPTS:

Der gute Raumzustand

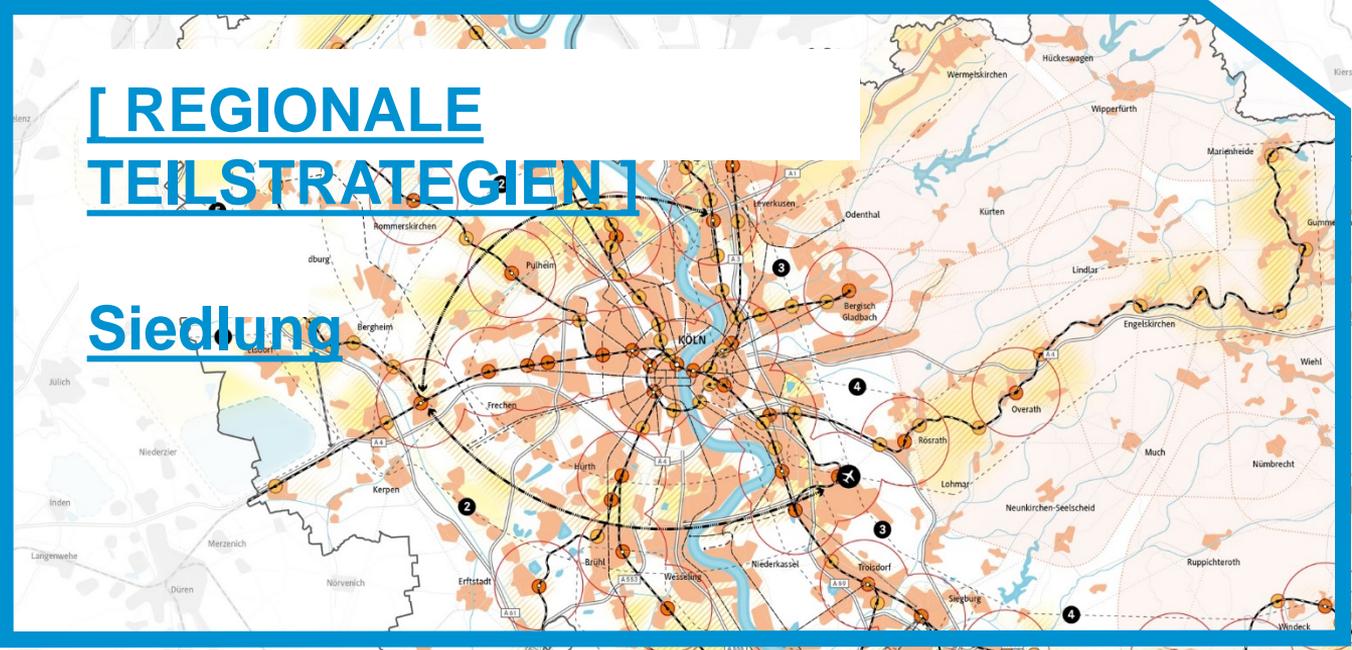
[DER GUTE RAUMZUSTAND]

Entwicklungsfähigkeit der Region
Attraktivität des Wirtschaftsstandorts
Hohe Lebensqualität in der Region

- Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen
- Ermöglichung einer nachhaltigen und regional ausgewogenen Siedlungsentwicklung
- Stärkung des Wirtschaftsstandortes und Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit
- Sicherung der Mobilität in der Region
- Stärkung des Zusammenhalts und der Zusammenarbeit der Region

REGIONALE TEILSTRATEGIEN

Siedlung



Siedlung

Kernaufgaben und Ziele

- Weiteres Wachstum in der Region raumverträglich und flächensparend ermöglichen
- Bauliche und funktionale Dichten im Bestand und bei Neubau ortsangemessen weiterentwickeln
- Verknüpfung von Siedlungs- und Verkehrsinfrastrukturentwicklung. Fokus auf eine gute Erreichbarkeit, insb. mit dem Umweltverbund
- Aktivierung regionaler Entwicklungsräume und Standorte mit herausragender Anbindung / Erreichbarkeit, Lagequalität und / oder Flächenverfügbarkeit
- Entwicklungsperspektiven bzw. Stabilisierung der eher ländlich geprägten Räume schaffen
- Kleinteilige Funktionsmischung von Wohnen und Arbeiten, Versorgung/Handel und Freizeit im Bestand und bei Neubau realisieren
- Siedlungserweiterungen raumverträglich gestalten



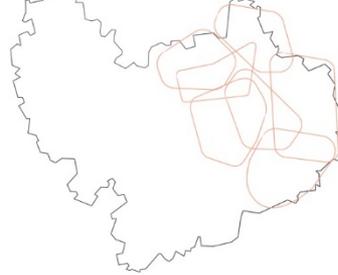
**Transportorientierte
Siedlungsentwicklung**



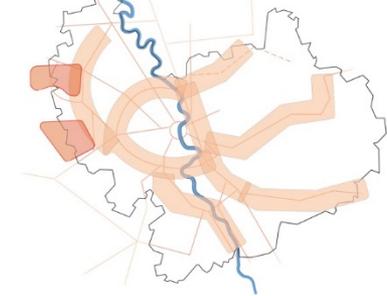
**Fokussierung, Priorisierung und
Verdichtung von Entwicklung an
leistungsstarken SPNV-
Haltepunkten**



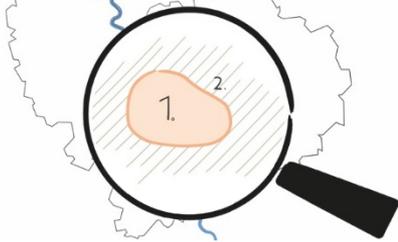
Raumgemeinschaften



Regionale Entwicklungsräume



**Vorrang Innenentwicklung vor
Außenentwicklung**



3-fache Innenentwicklung

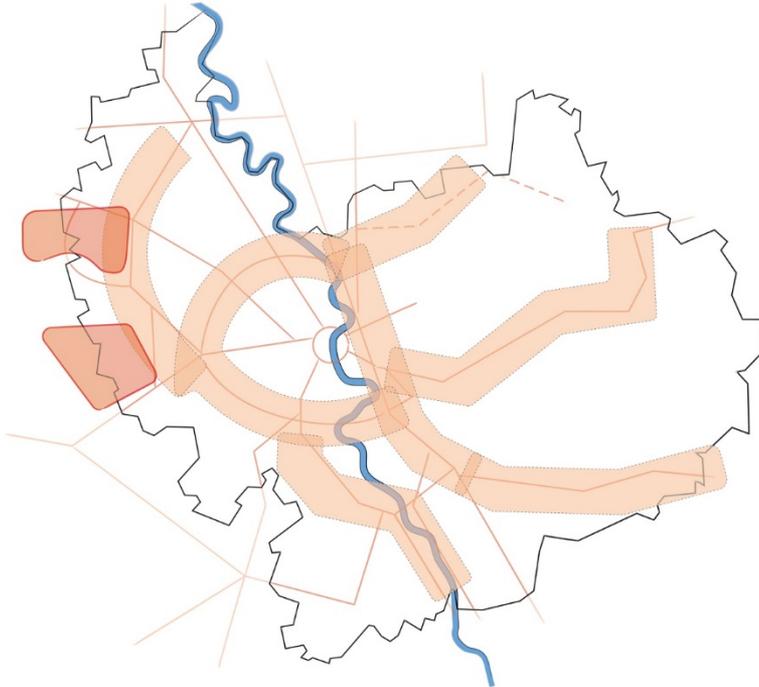


Funktionsmischung und Flexibilisierung

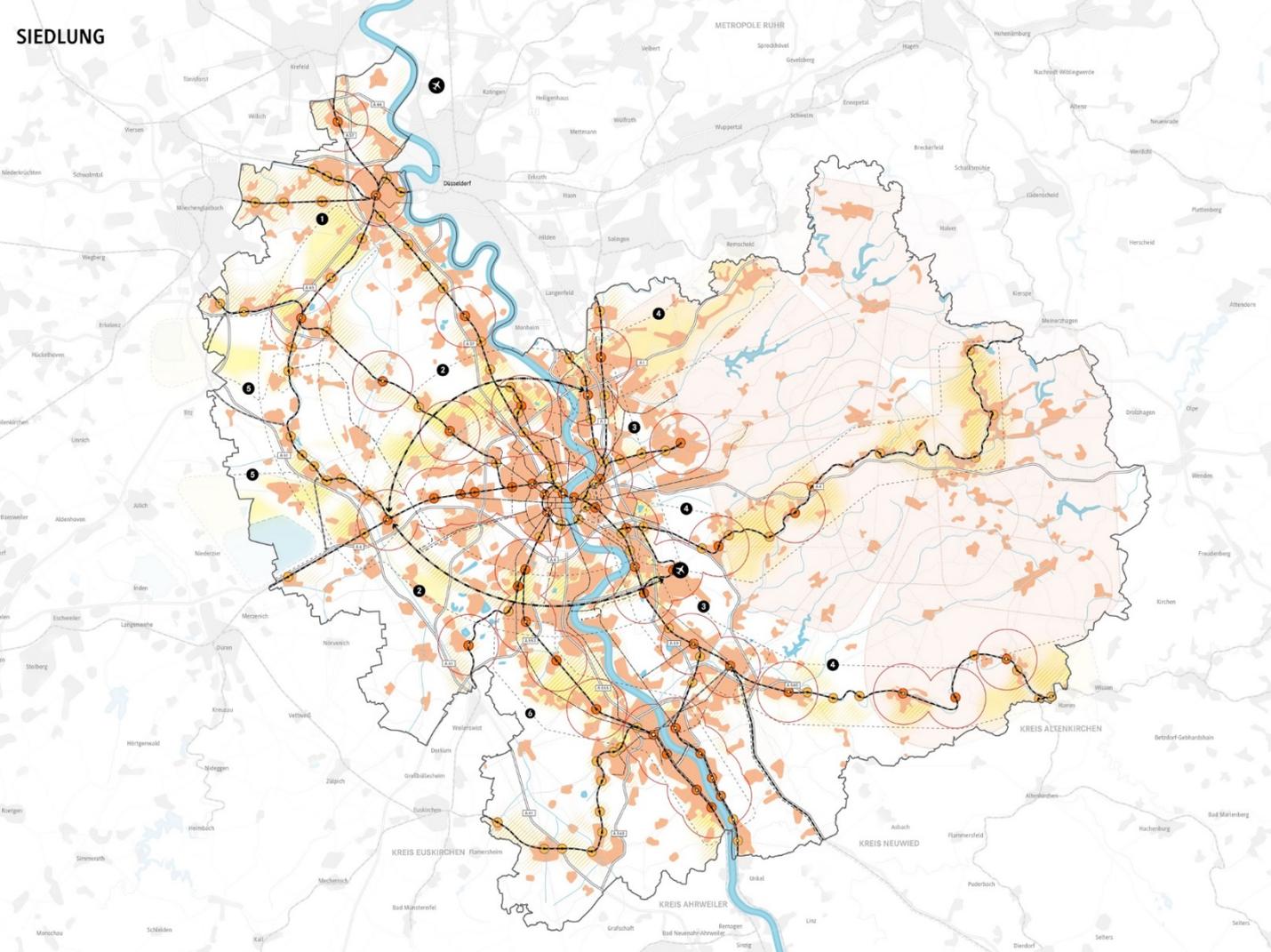


Regionale Entwicklungsräume:

- **Tagebaufolgenlandschaften** im Rheinischen Revier als Suchräume für regionalbedeutsame Siedlungsentwicklungen
- **Entwicklungsraum „2. ÖPNV-Ring“**: perspektivischer Suchraum für Urbane Entwicklungen im Linksrheinischen Umland von Köln
- **Rechtsrheinischer Korridor**: zwischen Siegburg und Leverkusen als Suchraum für Urbanisierung/urbane Entwicklungen
- **Bergische Mobilitätsachsen** (Siegtalstrecke, RB25/A4, A1/Balkantrasse) mit leistungsfähigen Zubringern als Suchräume für weitere Entwicklung im Bergischen RheinLand
- **Erfthspange** als Suchraum für weitere Entwicklung
- **Linksrheinsicher Korridor** als Suchraum für weitere Entwicklung



SIEDLUNG



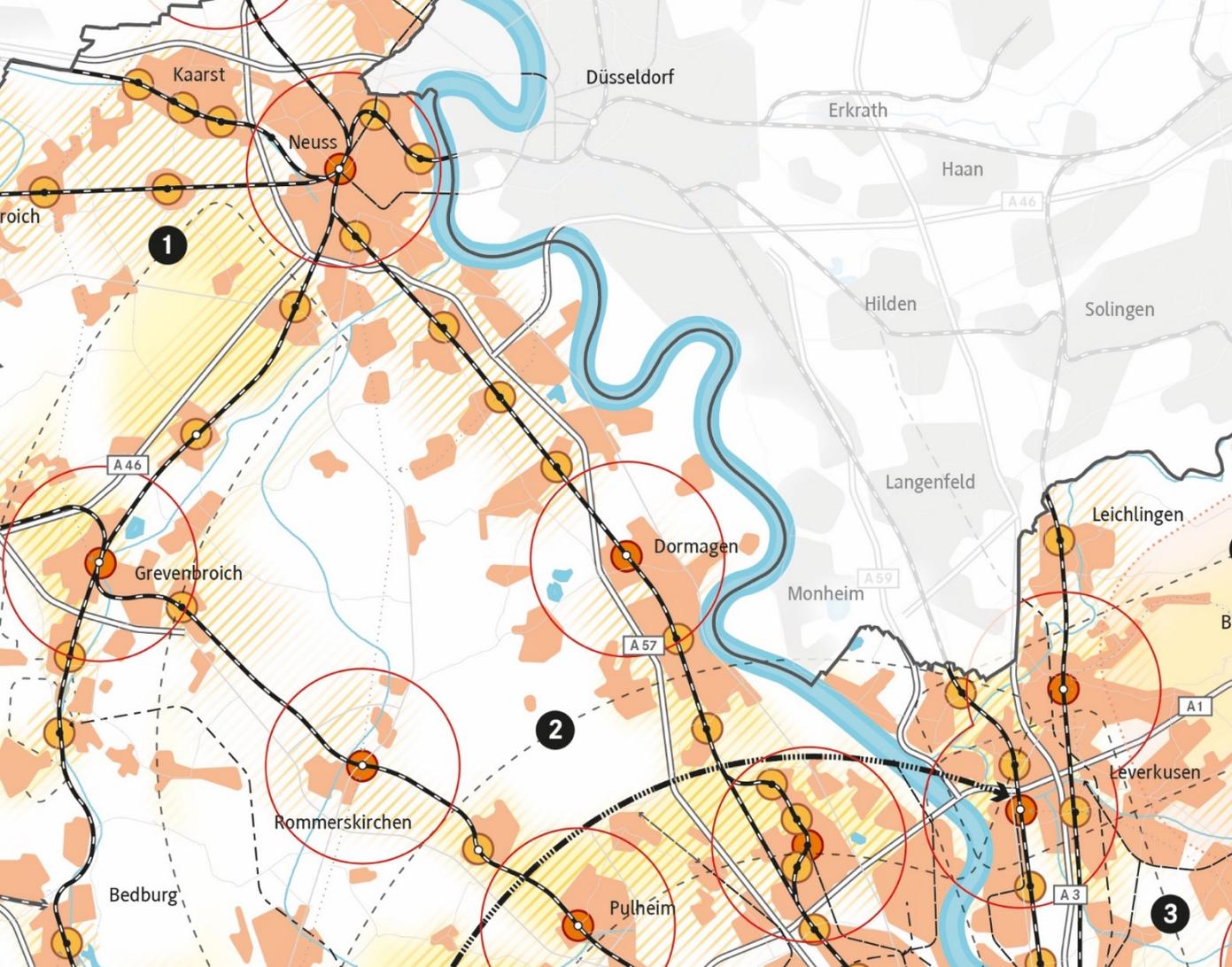
SIEDLUNG

Arbeitsstand 12.09.2019

- Haltepunkt im SPNV-Netz
- Leistungsstarker Haltepunkt
- Suchraum für erhöhte Bau- und Nutzungsintensitäten (3 km Radius)
- Suchraum mit dem Schwerpunkt Innenentwicklung
- Suchraum für Siedlungsentwicklung entlang von SPNV- / Stadtbahnlinie (3 km Radius)
- Suchraum mit grundsätzlicher Eignung für Siedlungsentwicklung
- Raumbegrenzung
- Verhandlungsraum ortsangepasster Entwicklung
- Regionaler Entwicklungsraum: Suchraum für Flächen- und Innenentwicklung
- 1 Ertfsspanne
- 2 2. ÖPNV-Ring
- 3 Rechtsrheinischer Korridor
- 4 Bergische Mobilitätsachse
- 5 Tageaufgelandschaft
- 6 Linksrheinischer Korridor
- Siedlungs- und Wirtschaftsfläche

VEKEHRNETZ 2040+

- 2. ÖPNV-Ring
- Schienennetz
- Schienennetz Ergänzung
- Stadtbahn
- Stadtbahn (Trassenverlauf unklar)
- Stadtbahn Ergänzung
- Reiner Güterverkehr
- Reiner Güterverkehr Ergänzung
- Autobahn
- Autobahn (Trassenverlauf unklar)
- Bundesstraße
- Bundesstraße (Trassenverlauf unklar)
- Landesstraße
- Schnellbus
- Tunnel
- Seilbahn
- Bahnhof
- Haltepunkt



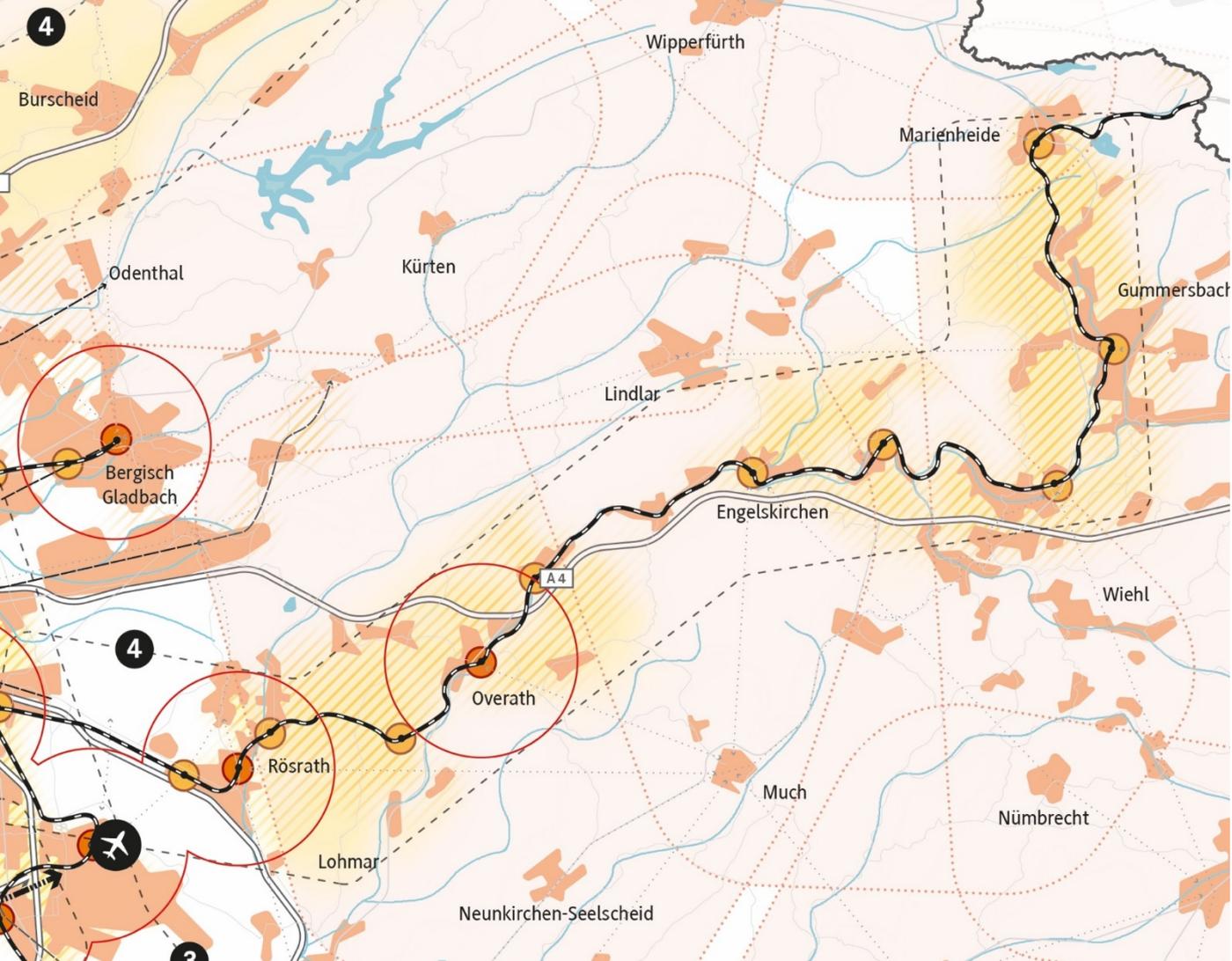
SIEDLUNG

Arbeitsstand 12.09.2019

- Haltepunkt im SPNV-Netz
- Leistungsstarker Haltepunkt
- Suchraum für erhöhte Bau- und Nutzungsintensitäten (3 km Radius)
Suchraum mit dem Schwerpunkt Innenentwicklung
- Suchraum für Siedlungsentwicklung entlang von SPNV- / Stadtbahnlinie (3 km Radius)
Suchraum mit grundsätzlicher Eignung für Siedlungsentwicklung
- Raumbegrenzung
Verhandlungsraum ortsangepasster Entwicklung
- Regionaler Entwicklungsraum:
Suchraum für Flächen- und Innenentwicklung
- 1 Erftspange
- 2. ÖPNV-Ring
- 3 Rechtsrheinischer Korridor
- 4 Bergische Mobilitätsachse
- 5 Tageaufogelandschaft
- 6 Linksrheinischer Korridor
- Siedlungs- und Wirtschaftsfläche

VEKEHRNETZ 2040+

- 2. ÖPNV-Ring
- Schienennetz
- Schienennetz Ergänzung
- Stadtbahn
- Stadtbahn (Trassenverlauf unklar)
- Stadtbahn Ergänzung
- Reiner Güterverkehr
- Reiner Güterverkehr Ergänzung
- Autobahn
- Autobahn (Trassenverlauf unklar)
- Bundesstraße
- Bundesstraße (Trassenverlauf unklar)
- Landesstraße
- Schnellbus
- Tunnel
- Seilbahn
- Bahnhof
- Haltepunkt



SIEDLUNG

Arbeitsstand 12.09.2019

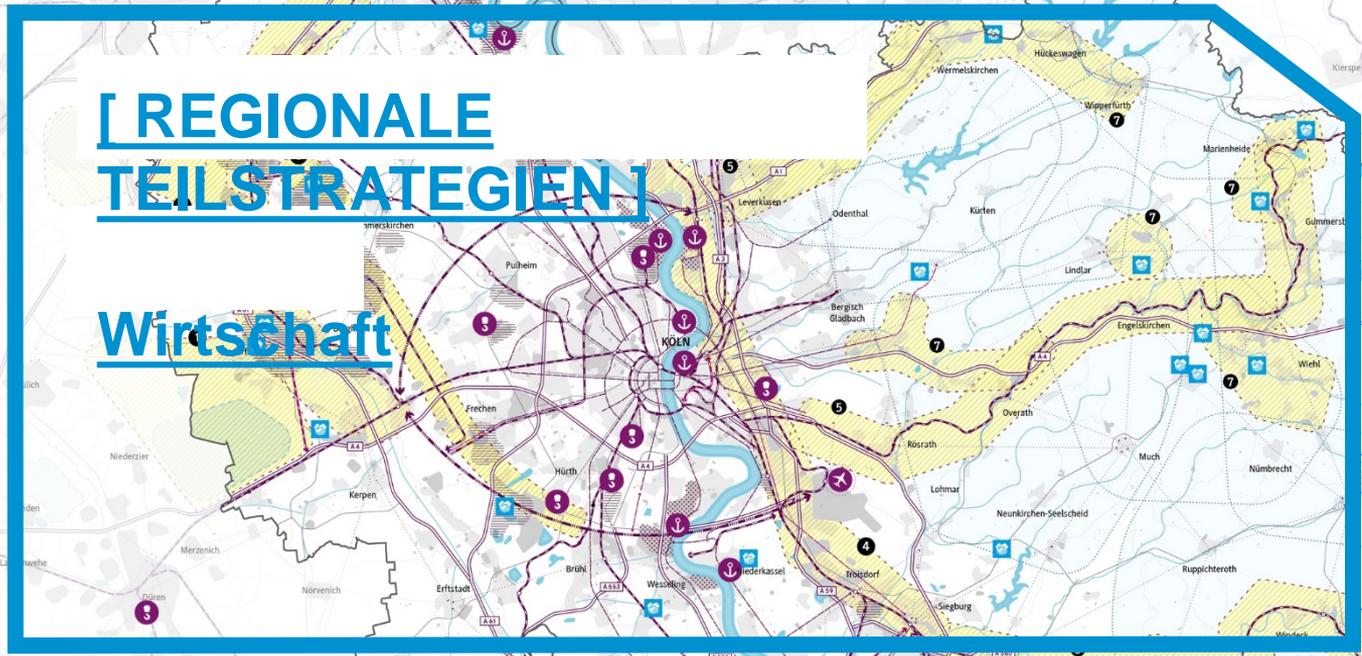
- Haltepunkt im SPNV-Netz
- Leistungsstarker Haltepunkt
- Suchraum für erhöhte Bau- und Nutzungsintensitäten (3 km Radius)
Suchraum mit dem Schwerpunkt Innenentwicklung
- Suchraum für Siedlungsentwicklung entlang von SPNV- / Stadtbahnlinie (3 km Radius)
Suchraum mit grundsätzlicher Eignung für Siedlungsentwicklung
- Raumbereich
Verhandlungsraum ortsangepasster Entwicklung
- Regionaler Entwicklungsraum:
Suchraum für Flächen- und Innenentwicklung
- Siedlungs- und Wirtschaftsfläche

VEKEHRNETZ 2040+

- 2. ÖPNV-Ring
- Schienennetz
- Schienennetz Ergänzung
- Stadtbahn
- Stadtbahn (Trassenverlauf unklar)
- Stadtbahn Ergänzung
- Reiner Güterverkehr
- Reiner Güterverkehr Ergänzung
- Autobahn
- Autobahn (Trassenverlauf unklar)
- Bundesstraße
- Bundesstraße (Trassenverlauf unklar)
- Landesstraße
- Schnellbus
- Tunnel
- Seilbahn
- Bahnhof
- Haltepunkt

[REGIONALE TEILSTRATEGIEN]

Wirtschaft



Kernaufgaben und Ziele

- Schaffung von Entwicklungsperspektiven für die Industrie in allen Teilräumen der Region
- Wachstum in der Region raumverträglich und flächensparend gestalten
- Hebung von Flächenpotenzialen durch Optimierung im Bestand, Konversion und neue Flächenausweisungen
- Schaffung von Flächenpotenzialen für endogene Entwicklung des Industriebestands
- Raumverträgliche Anordnung neuer großmaßstäblicher Entwicklungsflächen
- Erhöhung der Flächenproduktivität/-ausnutzung auf bestehenden und neuen Gewerbe- und Industrieflächen
- Verknüpfung von Flächen- und Verkehrsinfrastrukturentwicklung. Gute Erreichbarkeit möglichst mit dem Umweltverbund



Kernaufgaben und Ziele

- Interkommunale Zusammenarbeit bei der Flächenentwicklung fördern
- (Teil-)Regionale Abstimmung, Arbeitsteilung und Profilierung bei regionalbedeutsamen Standortentwicklungen
- Sicherung und Ausbau der bestehenden Logistikterminals und Umschlaghäfen
- Sicherung der Standorte und Flächen der Großindustrie am Rhein sowie auch kleinräumiger bestehender Gewerbe- und Industriestandorte
- Strukturwandel im Rheinischen Revier durch Verortung konversionsbedingter Entwicklungsbedarfe unterstützen



**Möglichst BI-modaler
Verkehrsanschluss**



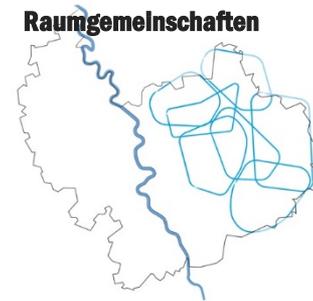
Großindustrie am Rhein



**Interkommunale
regionalbedeutsame Industrie-
und Gewerbestandorte**



Raumgemeinschaften



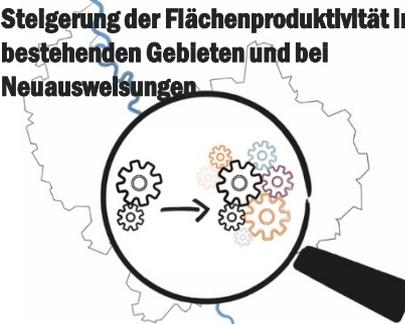
Erschließung neuer Arbeitsfelder



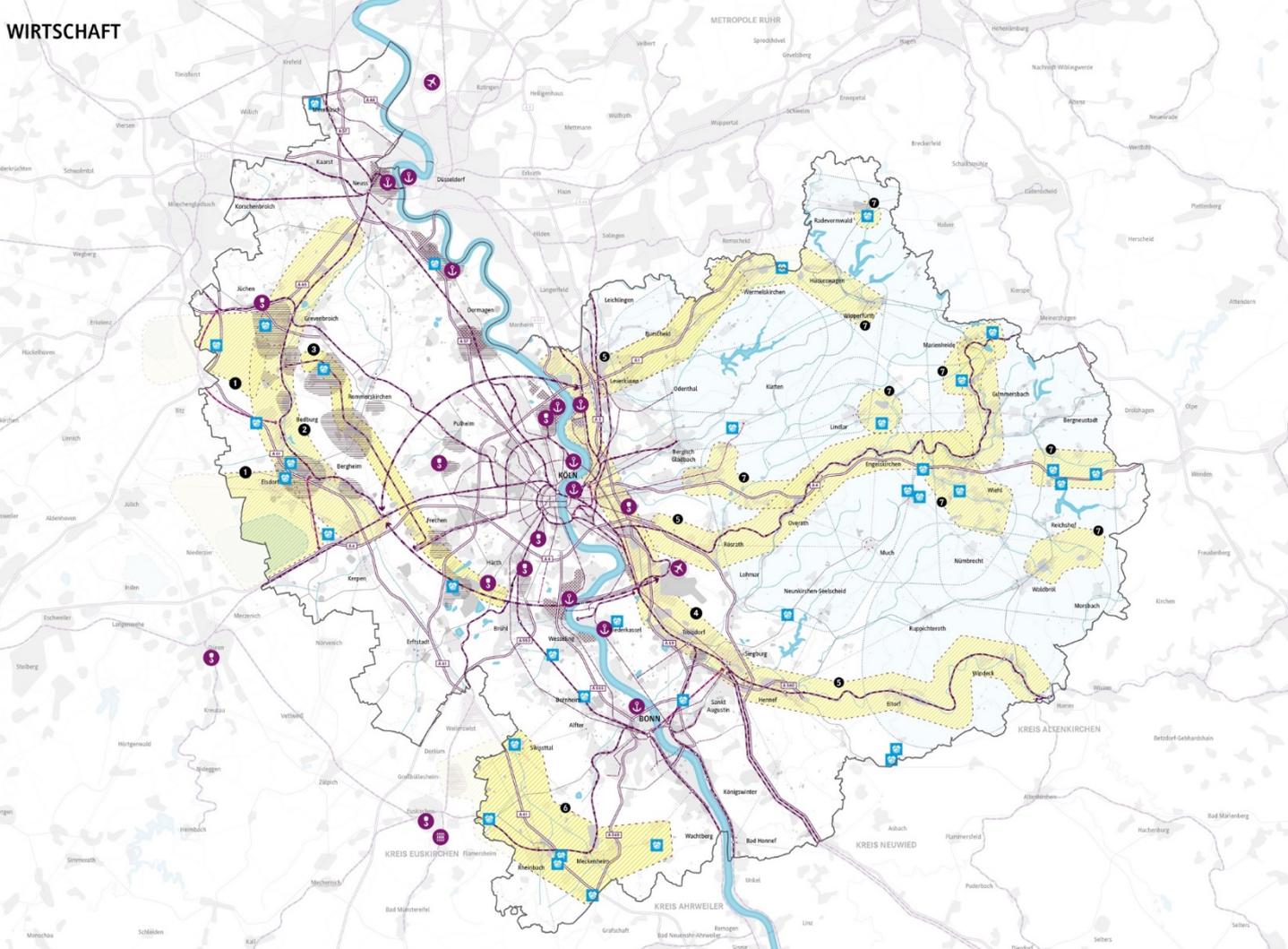
Regionale Entwicklungsräume



**Steigerung der Flächenproduktivität in
bestehenden Gebieten und bei
Neuausweisungen**



WIRTSCHAFT



WIRTSCHAFT

Arbeitsstand 12.09.2019

- Raumbereinschaft: Interkommunale Kooperations- und Entwicklungsräume GÜGE
- Regionaler Entwicklungsraum
- 1 Tagebaufolgelandschaft
- 2 Erftspange
- 3 Konversionsraum Werksbahntrasse
- 4 Rechtsrheinischer Korridor
- 5 Bergische Mobilitätsachsen
- 6 Swistbogen
- 7 Mittelstandsregion Bergisches Rheinland
- Suchraum GÜGE Entwicklung mit möglichst bi-modalem Anschluss
- Innenentwicklungspotenzial bestehender Gewerbe- und Industriestandorte
- Sicherung Standort Großindustrie am Rhein
- Entwicklungsfäche für interkommunalen, regionalbedeutenden Gewerbe- und Industriestandort (>=10ha)
- Hafen / Kombierter Verkehr-Terminal sichern
- Kombierter Verkehr-Terminal sichern
- Railport sichern
- Standortentwicklung Flughafen
- Siedlungsfläche (Ortslage)

VERKEHRSNETZ 2040+

- 2. ÖPNV-Ring
- Schienennetz
- Schienennetz Ergänzung
- Stadtbahn
- Stadtbahn (Trassenverlauf unklar)
- Stadtbahn Ergänzung
- Reiner Güterverkehr
- Reiner Güterverkehr Ergänzung
- Autobahn
- Autobahn (Trassenverlauf unklar)
- Bundesstraße
- Bundesstraße (Trassenverlauf unklar)
- Landesstraße
- Schnellbus
- Tunnel
- Seilbahn
- Bahnhof
- Haltepunkt



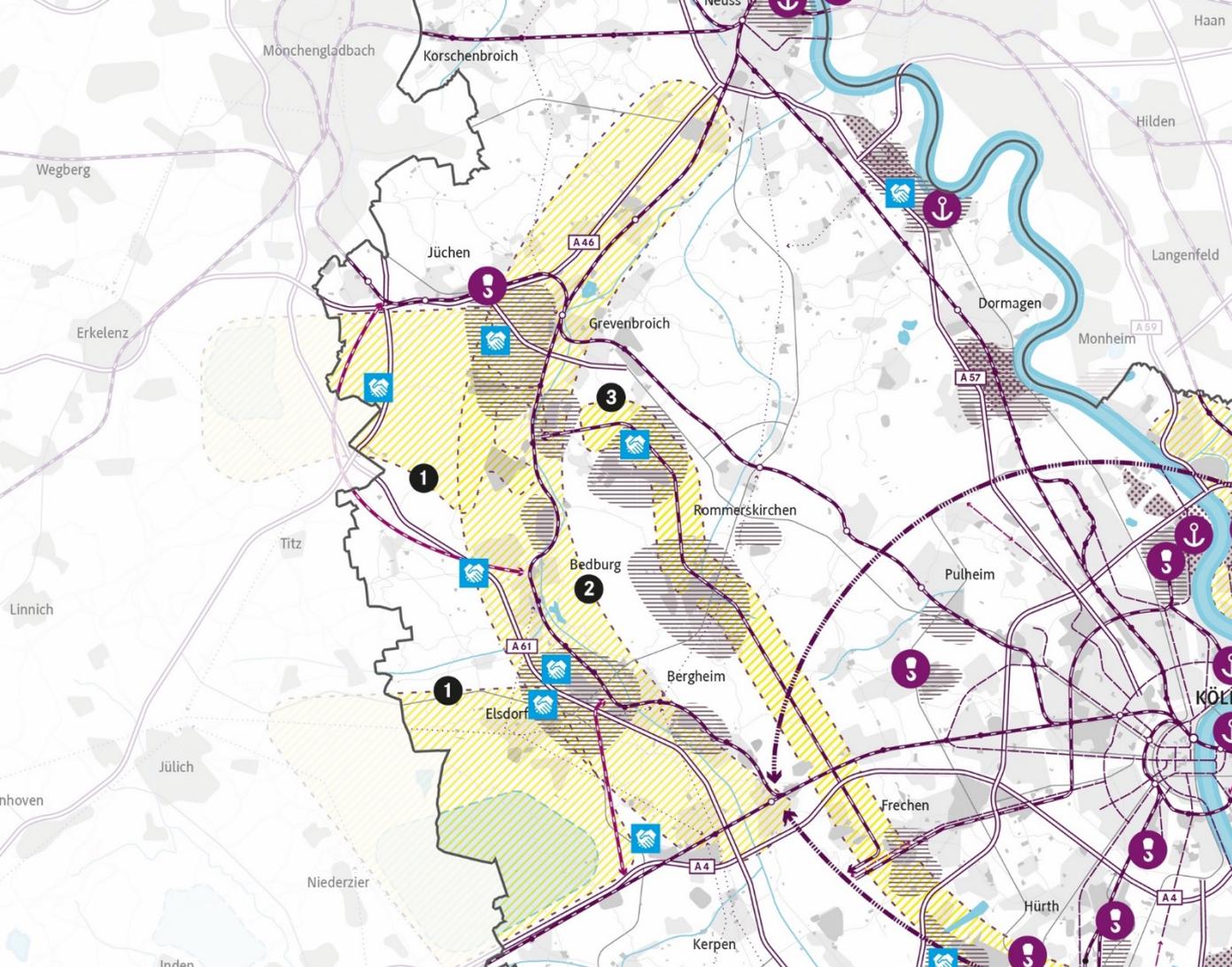
WIRTSCHAFT
Arbeitsstand 12.09.2019

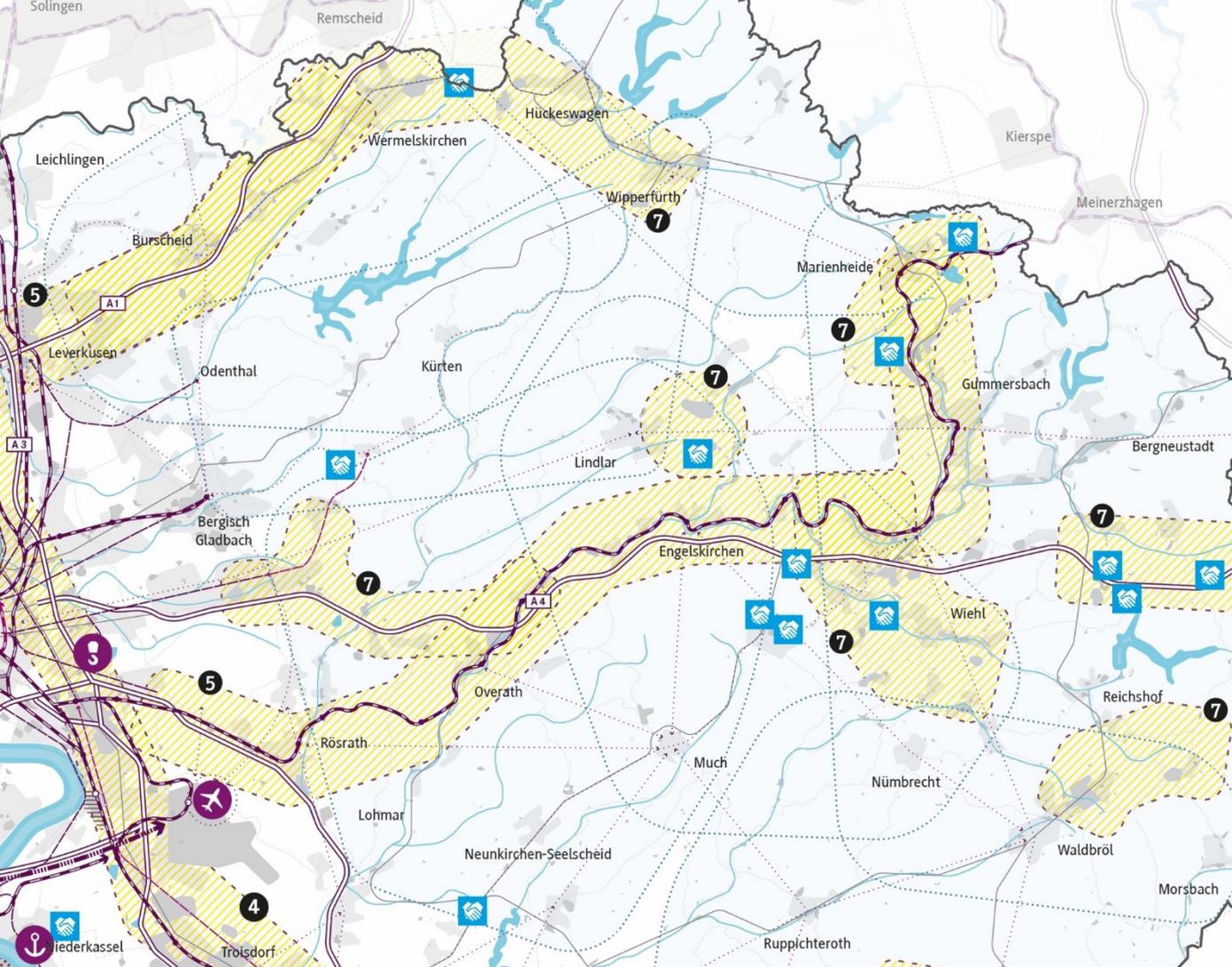
-  Raumbereich: Interkommunale Kooperations- und Entwicklungsräume GÜGE
-  Regionaler Entwicklungsraum
-  1 Tagebaufolgelandschaft
-  2 Erftspange
-  3 Konversionsraum Werksbahntrasse
-  4 Rechtsrheinischer Korridor
-  5 Bergische Mobilitätsachsen
-  6 Swistbogen
-  7 Mittelstandsregion Bergisches Rheinland
-  Suchraum GÜGE Entwicklung mit möglichst bi-modalem Anschluss
-  Innenentwicklungspotenzial bestehender Gewerbe- und Industriestandorte
-  Sicherung Standort Großindustrie am Rhein
-  Entwicklungsfähige für interkommunale, regionalbedeutenden Gewerbe- und Industriestandort (>=10ha)
-  Hafen / Kombierter Verkehr-Terminal sichern
-  Kombierter Verkehr-Terminal sichern
-  Railport sichern
-  Standortentwicklung Flughafen

 Siedlungsfläche (Ortslage)

VERKEHRSNETZ 2040+

-  2. ÖPNV-Ring
-  Schienennetz
-  Schienennetz Ergänzung
-  Stadtbahn (Trassenverlauf unklar)
-  Stadtbahn Ergänzung
-  Reiner Güterverkehr
-  Reiner Güterverkehr Ergänzung
-  Autobahn
-  Autobahn (Trassenverlauf unklar)
-  Bundesstraße
-  Bundesstraße (Trassenverlauf unklar)
-  Landesstraße
-  Schnellbus
-  Tunnel
-  Seilbahn
-  Bahnhof
-  Haltepunkt





WIRTSCHAFT
Arbeitsstand 12.09.2019

- Raumbereinschaft: Interkommunale Kooperations- und Entwicklungsräume GIÖE
- Regionaler Entwicklungsraum
- 1 Tagebaufolgelandschaft
- 2 Erftspange
- 3 Konversionsraum Werksbahntrasse
- 4 Rechtsrheinischer Korridor
- 5 Bergische Mobilitätsachsen
- 6 Swistbogen
- 7 Mittelstandsregion Bergisches Rheinland
- Suchraum GIÖE Entwicklung mit möglichst bi-modalem Anschluss
- Innenentwicklungspotenzial bestehender Gewerbe- und Industriestandorte
- Sicherung Standort Großindustrie am Rhein
- Entwicklungsfläche für interkommunale, regionalbedeutenden Gewerbe- und Industriestandorte (>=10ha)
- Hafen / Kombierter Verkehr-Terminal sichern
- Kombierter Verkehr-Terminal sichern
- Railport sichern
- Standortentwicklung Flughafen
- Siedlungsfläche (Ortslage)

VERKEHRSNETZ 2040+

- 2. ÖPNV-Ring
 - Schiennetz
 - Schiennetz Ergänzung
 - Stadtbahn (Trassenverlauf unklar)
 - Stadtbahn Ergänzung
 - Reiner Güterverkehr
 - Reiner Güterverkehr Ergänzung
 - Autobahn
 - Autobahn (Trassenverlauf unklar)
 - Bundesstraße
 - Bundesstraße (Trassenverlauf unklar)
 - Landesstraße
 - Schnellbus
 - Tunnel
 - Seilbahn
 - Bahnhof
 - Haltepunkt
- N
- 0 1 2 5 10 km

[REGIONALE TEILSTRATEGIEN]

Freiraum & Landschaft

KÖLN

BONN

KREIS ALTENKIRCHEN

Freiraum & Landschaft – Kernaufgaben und Ziele

Kernaufgaben und Ziele

- Sicherung und Vernetzung der regionalen Landschaftsräume, Fortschreibung und Umsetzung der bestehenden Freiraumkonzepte der Region, An- und Einbindung bedeutender Freiraumstrukturen außerhalb der Region
- Erhalt und Ausbau der Durchgängigkeit von Natur- und Kulturlandschaftsräumen, u.a. durch Verknüpfung der innerstädtischen Freiräume mit der Landschaft für die Frischluftversorgung und den Biotopverbund
- Lösung von Zielkonflikten zwischen Nachverdichtung, Wohnraum- und Wirtschaftsflächen- sowie der Verkehrsinfrastrukturentwicklung vor allem in den hoch verdichteten Lagen der Region und weitere Neufächeninanspruchnahmen
- Berücksichtigung der biologischen Vielfalt, Funktionen und der regionalen Identitäten von Landschaftsräumen
- Vorausschauende Anpassung an den Klimawandel und Stärkung der Resilienz

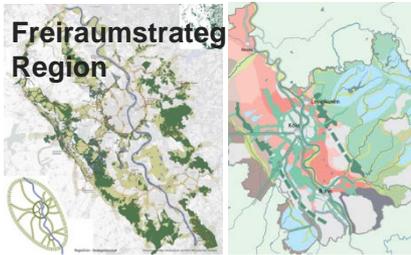


Freiraum & Landschaft – Kernaufgaben und Ziele

Kernaufgaben und Ziele

- Bewahrung der unzerschnittenen und verkehrsarmen Räume
- Vernetzung und Erhöhung der Erlebbarkeit wichtiger Erholungsräume
- Sicherung stadtnaher Freiräume und landwirtschaftlicher Flächen für die Produktion regionaler Lebensmittel
- Schaffung von Identitäten für die überformten Zwischenräume in der Rheinschiene und die Folgelandschaften von Tagebau oder Kiesabbau





**Freiraumstrategie
Region**



**Klimawandel-
vorsorgestrategie**



**Unzerschnittene
Räume**



**NSG/FFH-Gebiete und
Überschwemmungsgebiete**



**Waldgürtel mit
Retentions-
und bioklimatischer
Ausgleichsfunktion**



**Kaltluftentstehungsgebiete
und Leitbahnen**



**Neue Identität und Qualität
für die überformten
Zwischenräume**



**Auenkorridore als Teil der
Blau-Grünen Infrastruktur**



**Regionale
Lebensmittelproduktion**



**An- und Einbindung der
bedeutender Strukturen
außerhalb der Region**



**Multicodierung der
Freiräume**

FREIRAUM & LANDSCHAFT

AGGLOMERATIONS-KONZEPT

FREIRAUM & LANDSCHAFT

Arbeitsstand 12.09.2019

BLAU - GRÜNE INFRASTRUKTUR:

-  Kölner Grünringe und Grünes C
-  Korridor des RegioGrün
-  Ville- und Heidekorridor
-  Erftkorridor
-  Auenkorridor
-  Grünkorridor

 Freiraumsystem mit multifunktionaler Ausgleichsfunktion

 Waldkorridor u.a. mit bioklimatischer Ausgleichsfunktion

 Naturschutz- und Fauna-Flora-Habitat-Gebiete

 Entstehungsgebiet Kaltluft

 Kaltluftleitbahn

 Waldschutzfunktion Trinkwasserqualität

 Sicherung der unzerschnittenen Räume

 Fruchtbarer Boden (sehr hohe Bodenwertzahl)

 Sicherung Auenkorridor

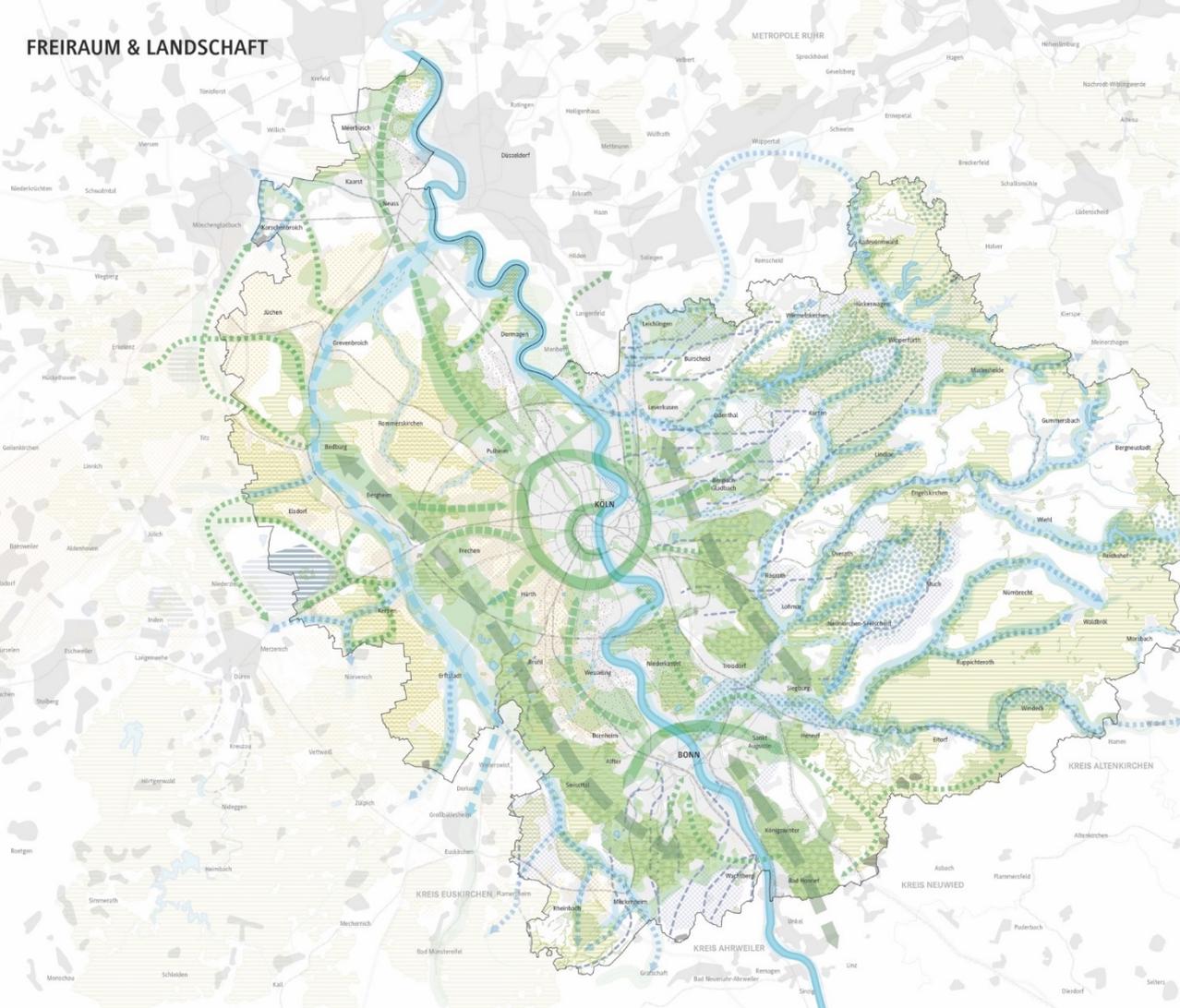
 Hochwassergefährdung im Bereich des HQ100

 Gewässernetz inkl. Talpersse

 Qualifizierung überformter Zwischenraum

 Qualifizierung Seeland

 Siedlungsfläche (Ortslage)



FREIRAUM & LANDSCHAFT

Arbeitsstand 12.09.2019

BLAU - GRÜNE INFRASTRUKTUR:

-  Kölner Grünringe und Grünes C
-  Korridor des RegioGrün
-  Ville- und Heidekorridor
-  Erftkorridor
-  Auenkorridor
-  Grünkorridor

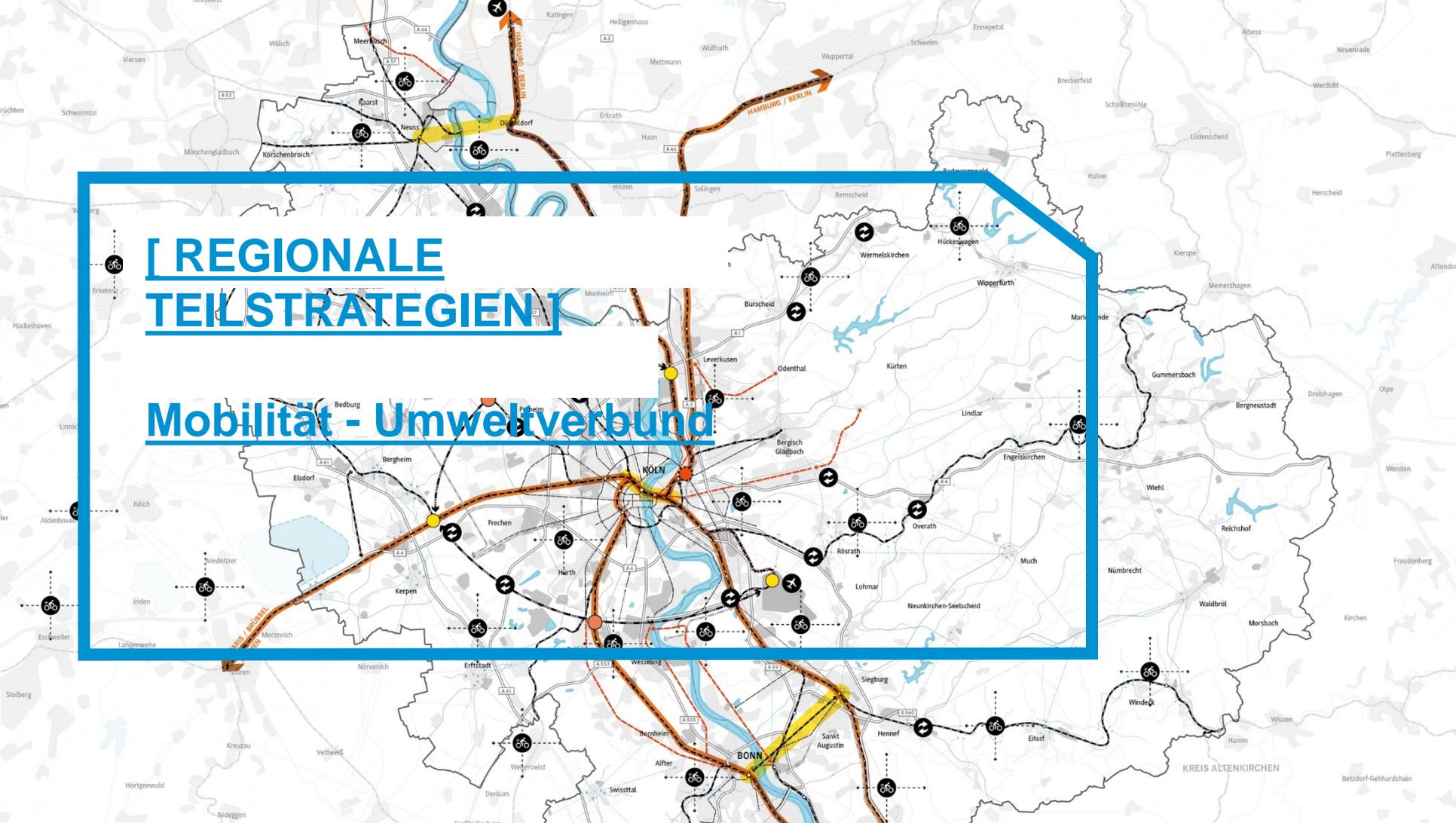
-  Freiraumsystem mit multifunktionaler Ausgleichsfunktion
-  Waldkorridor u.a. mit bioklimatischer Ausgleichsfunktion

-  Naturschutz- und Fauna-Flora-Habitat-Gebiete
-  Entstehungsgebiet Kaltluft
-  Kaltluftleitbahn
-  Waldschutzfunktion Trinkwasserqualität
-  Sicherung der unzerschnittenen Räume
-  Fruchtbare Boden (sehr hohe Bodenwertzahl)
-  Sicherung Auenkorridor
-  Hochwassergefährdung im Bereich des HQ100
-  Gewässernetz inkl. Talsperre
-  Qualifizierung überformter Zwischenraum
-  Qualifizierung Seeland
-  Siedlungsfläche (Ortslage)



REGIONALE TEILSTRATEGIEN

Mobilität - Umweltverbund



Kernaufgaben und Ziele

- Zukunftsfähiger **Erhalt** und **Ausbau des Umweltverbunds** bis in die **Stadtteile/Dörfer**
- **SPNV/ÖPNV-Knoten (Köln) entlasten**, Tangentialverbindungen Nord-Süd und West-Ost-Querungen über den Rhein ausbauen
- **Redundanz** und **Ausfallsicherheit** im ÖPNV-Netz erhöhen
- Region leistungsstark an die **rechtsrheinische Fernverkehrsachse** und den **RRX-Hauptkorridor** sowie die **Ost-West Fernverkehrsachse** anbinden
- Bessere Verknüpfungen zwischen den unterschiedlichen Verkehrsträgern durch leistungsfähige **Mobilitätshubs** herstellen



Kernaufgaben und Ziele

- Arbeitsteilung im regionalen Netz zwischen **dichter Feinerschließung** und **schnellen regionalen** Verbindungen stärken
- **Erreichbarkeit** der eher ländlich geprägten Teilräume **sicherstellen**
- **Tagebauumfelder** im Rheinischen Revier **leistungsstark** an das SPNV-Netz **anbinden**
- **Frühzeitigen Umstieg** vom MIV auf den Umweltverbund durch leistungsstarke Hubs fördern insbesondere im Zulauf zu den Ballungszentren
- RadPendlerRouten als „neue“ **Pendlerinfrastrukturen entwickeln**
- **Zubringerstrukturen zu Mobilitätsachsen** insbesondere im eher ländlich geprägten Raum herstellen



Zweiter ÖPNV-Ring



Intraregionaler Hub, Regio-Hubs und Knotenpunkte



Verknüpfung Stadtbahn/SPNV



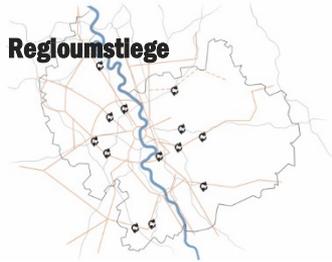
Beschleunigung von Stadtbahnverbindungen im Zentrenzulauf



Leistungsfähige Verknüpfungen



Regiolumstiege



Multimodale Querungen



Erweiterung des Schnellbusnetzes



Schaffung leistungsstarker SPNV-Zubringersysteme



Entwicklung Netz von RadPendlerRouten



Mobilstationen



Digitalisierung im Umweltverbund

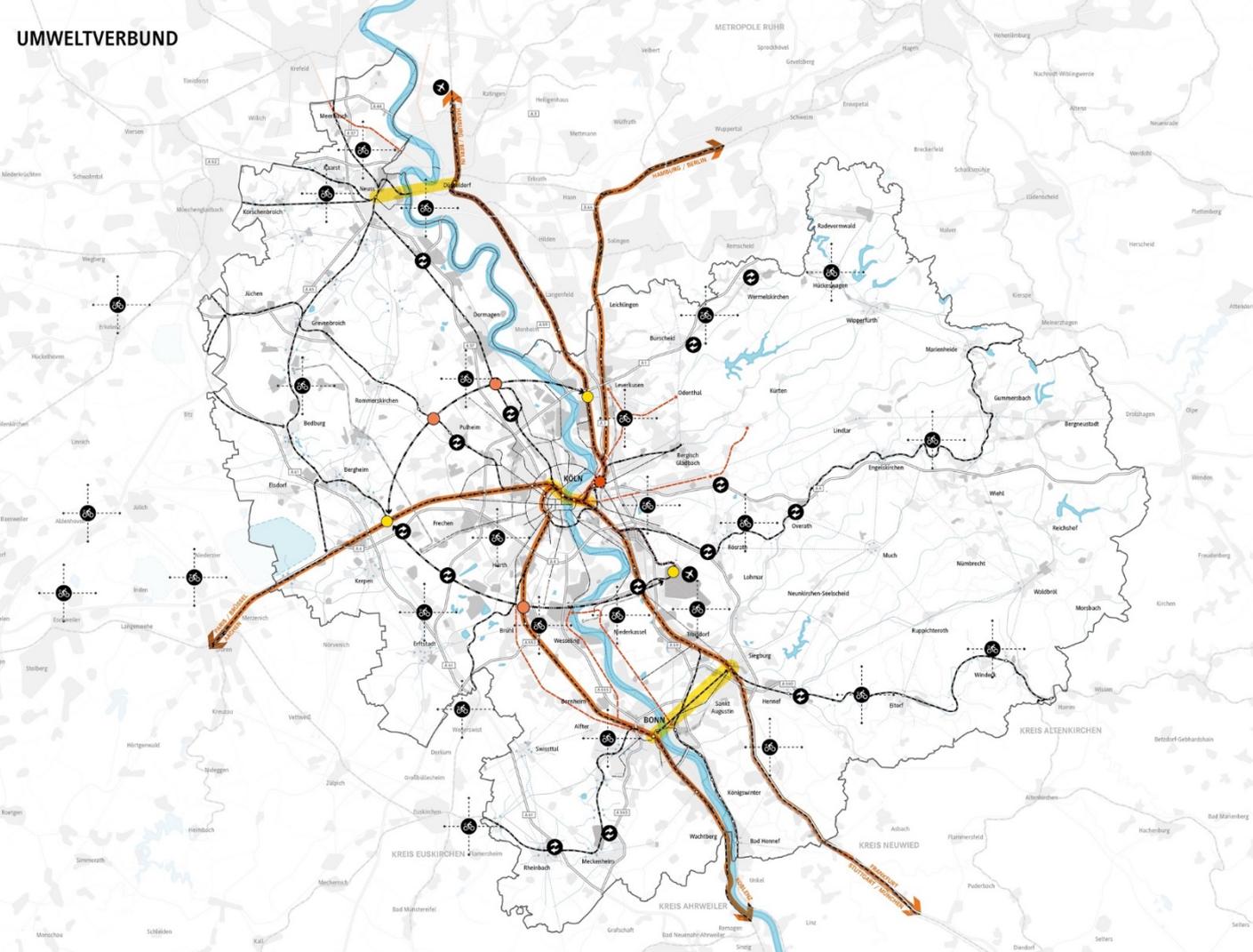


UMWELTVERBUND

AGGLOMERATIONS-KONZEPT

UMWELTVERBUND

Arbeitsstand 12.09.2019



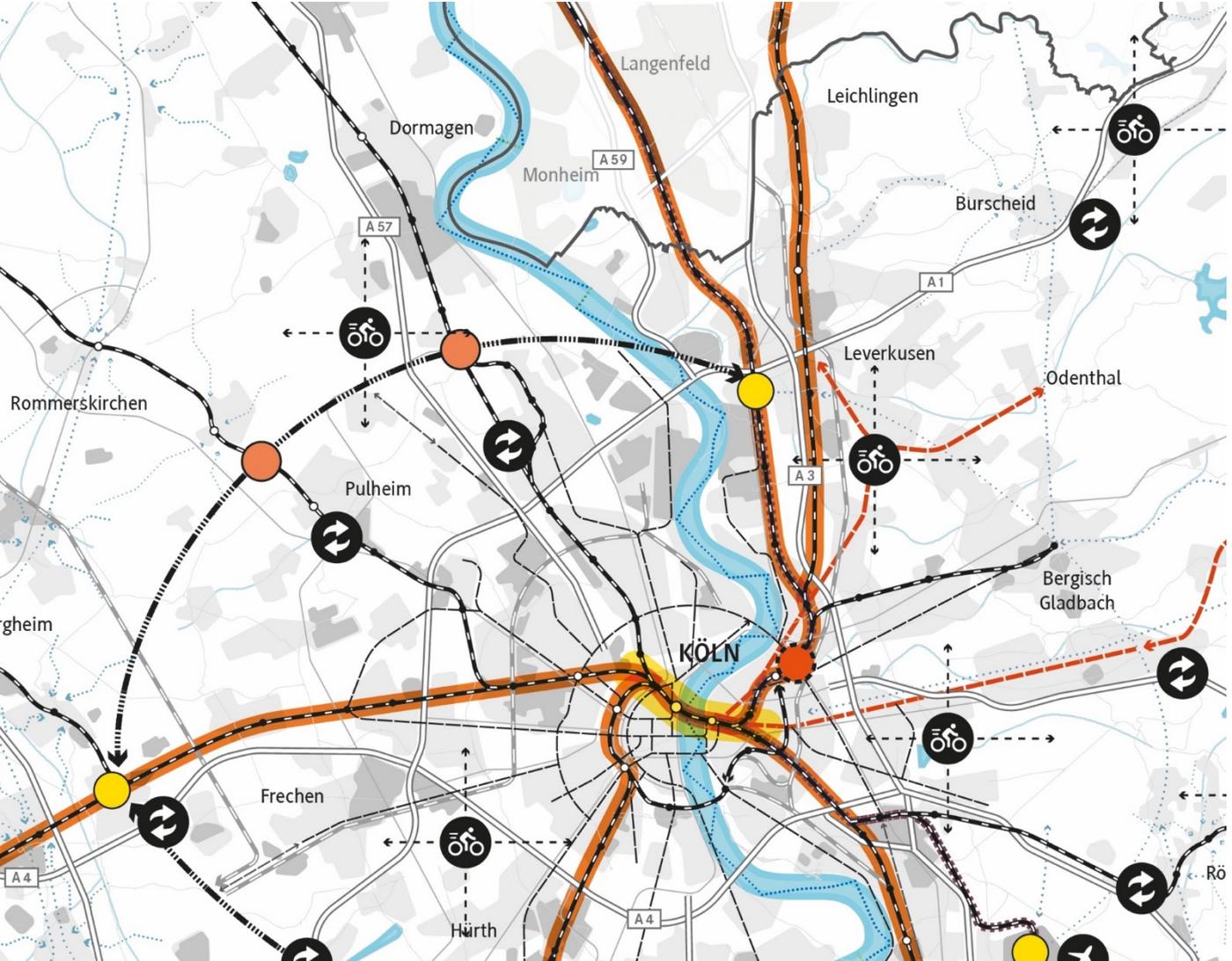
- 2. ÖPNV-Ring
- Fernverkehrskorridor
- RRX Kernstrecke
- Verknüpfung Fernverkehrsknoten
- Regio-Hub, Anbindung an Schienenfernverkehr
- Intraregionaler Hub
- Knotenpunkt Radiale / äußerer Ring, Verteiler
- Stadtbahn Beschleunigung
- Schnellbuslinie
- Zubringer Mobilitätsknoten (Bus / Rad)
- Netz RadPendlerRouten Rheinschiene
- Regionstieg
- Siedlungsfläche (Ortslage)

VEKEHRSNETZ 2040+

- Schiennetz
- Schiennetz Ergänzung
- Stadtbahn
- Stadtbahn (Trassenverlauf unklar)
- Stadtbahn Ergänzung
- Reiner Güterverkehr
- Reiner Güterverkehr Ergänzung
- Autobahn
- Autobahn (Trassenverlauf unklar)
- Bundesstraße
- Bundesstraße (Trassenverlauf unklar)
- Landesstraße
- Wasserbus
- Fähre
- Seilbahn
- Bahnhof
- Haltepunkt

UMWELTVERBUND

Arbeitsstand 12.09.2019

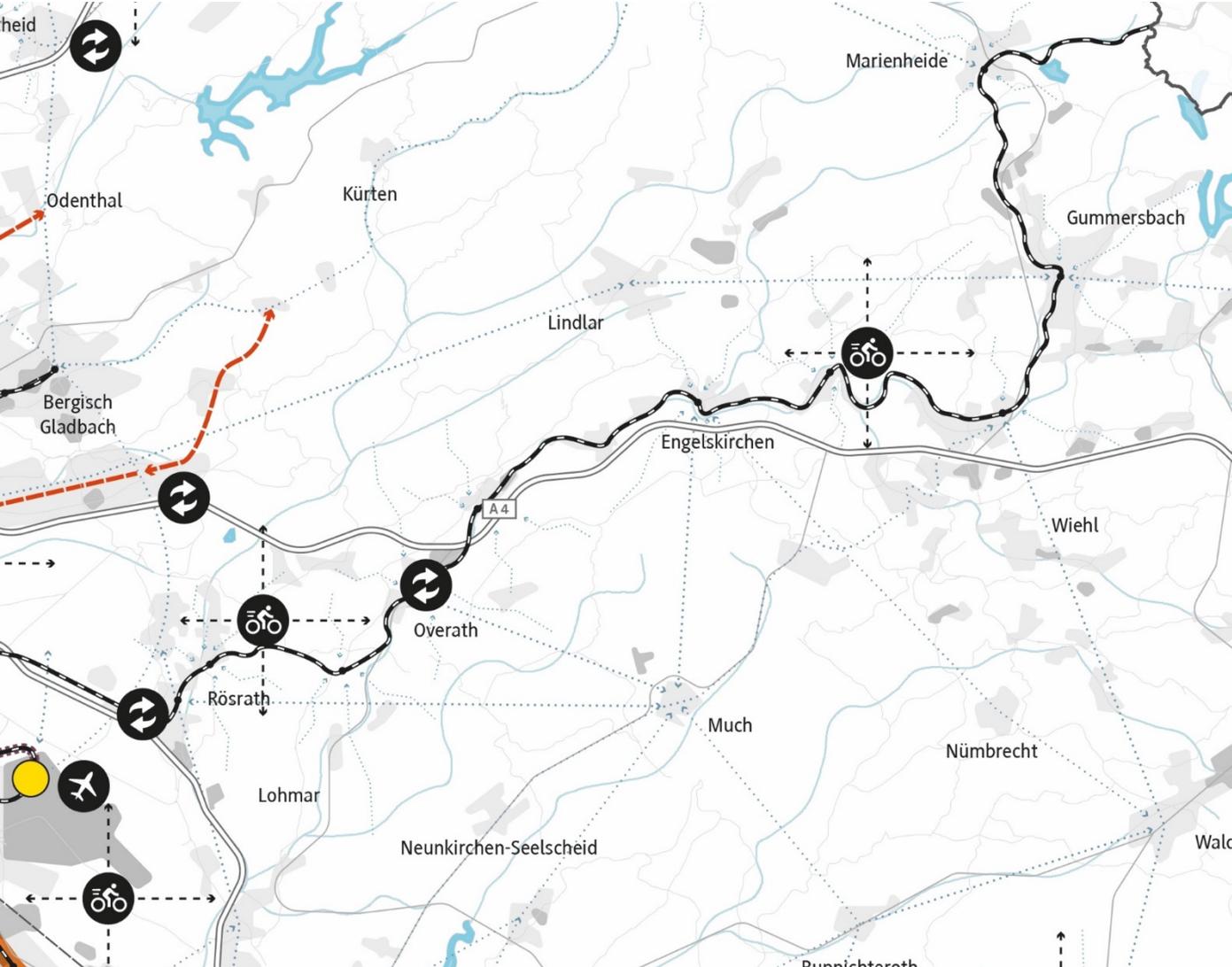


- 2. ÖPNV-Ring
- Fernverkehrskorridor
- RRX Kernstrecke
- Verknüpfung Fernverkehrsknoten
- Regio-Hub, Anbindung an Schienenfernverkehr
- Intraregionaler Hub
- Knotenpunkt Radiale / äußerer Ring, Verteiler
- Stadtbahn Beschleunigung
- Schnellbuslinie
- Zubringer Mobilitätsknoten (Bus / Rad)
- Netz RadPendlerRouten Rheinschiene
- Regionumstieg

Siedlungsfläche (Ortslage)

VEKEHRSNETZ 2040+

- Schiennetz
- Schiennetz Ergänzung
- Stadtbahn
- Stadtbahn (Trassenverlauf unklar)
- Stadtbahn Ergänzung
- Reiner Güterverkehr
- Reiner Güterverkehr Ergänzung
- Autobahn
- Autobahn (Trassenverlauf unklar)
- Bundesstraße
- Bundesstraße (Trassenverlauf unklar)
- Landesstraße
- Wasserbus
- Fähre
- Seilbahn
- Bahnhof
- Haltepunkt



UMWELTVERBUND

Arbeitsstand 12.09.2019

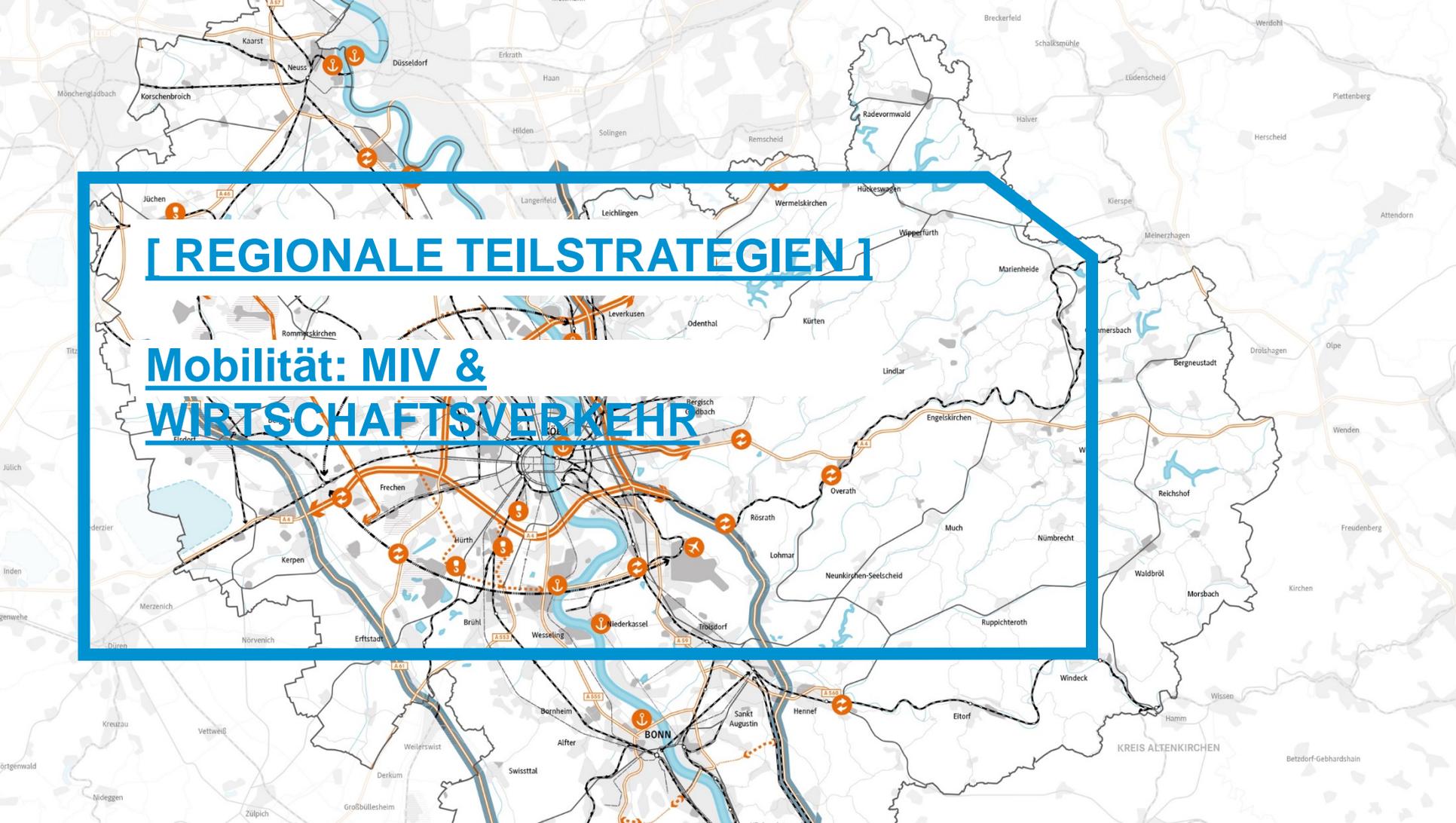
- 2. ÖPNV-Ring
- Fernverkehrskorridor
- RRX Kernstrecke
- Verknüpfung Fernverkehrsknoten
- Regio-Hub, Anbindung an Schienenfernverkehr
- Intraregionaler Hub
- Knotenpunkt Radiale / äußerer Ring, Verteiler
- Stadtbahn Beschleunigung
- Schnellbuslinie
- Zubringer Mobilitätsknoten (Bus / Rad)
- Netz RadPendlerRouten Rheinschiene
- Regionumstieg
- Siedlungsfläche (Ortslage)

VEKEHRNETZ 2040+

- Schiennetz
- Schiennetz Ergänzung
- Stadtbahn
- Stadtbahn (Trassenverlauf unklar)
- Stadtbahn Ergänzung
- Reiner Güterverkehr
- Reiner Güterverkehr Ergänzung
- Autobahn
- Autobahn (Trassenverlauf unklar)
- Bundesstraße
- Bundesstraße (Trassenverlauf unklar)
- Landesstraße
- Wasserbus
- Fähre
- Seilbahn
- Bahnhof
- Haltepunkt

[REGIONALE TEILSTRATEGIEN]

Mobilität: MIV & WIRTSCHAFTSVERKEHR



Mobilität – MIV & WIRTSCHAFTSVERKEHR

Kernaufgaben und Ziele

- Erreichbarkeit und Anbindung der Region, der Zentren und der Gewerbe- und Industriestandorte sicherstellen
- Tangentialverbindungen Nord-Süd und West-Ost-Querungen über den Rhein stärken.
- Potenziale von Schnellbusverbindungen berücksichtigen. Tangenten mit dem SPNV verknüpfen
- Integrierte Industriestandort- und Infrastrukturentwicklung vorantreiben
- Bündelung der Verkehre auf den Haupttrouten, Entflechtung von Transit- und Binnenverkehr auf eigene Spuren sowie SPNV + Güterverkehr auf Hauptbahnstrecken
- Strategische Schnittpunkte von Straße und Schiene für den frühzeitigen Umstieg vom MIV auf den Umweltverbund gestalten
- Güterverkehr auf Schiene und Rhein stärken und die Anbindungen der regionalen Häfen sichern und ausbauen



Mobilität – MIV & WIRTSCHAFTSVERKEHR

Kernaufgaben und Ziele

- Multimodale Umschlagsplätze an leistungsfähigen Infrastrukturen zur Entlastung der Rheinschiene schaffen
- Leistungsstarke Anbindung der linksrheinischen Wirtschaftsräume an die rechtsrheinische Schienengüterfernverkehrsstrasse.
- Verknüpfungspunkte zwischen regionalem Güterverkehr und Güterfernverkehrsnetz im Rechtsrheinischen sichern/ausbauen
- Multimodale Rheinquerungen stärken und ausbauen
- Entlastung der Verkehrssysteme der Ballungsräume ermöglichen





MIV & WIRTSCHAFTSVERKEHR

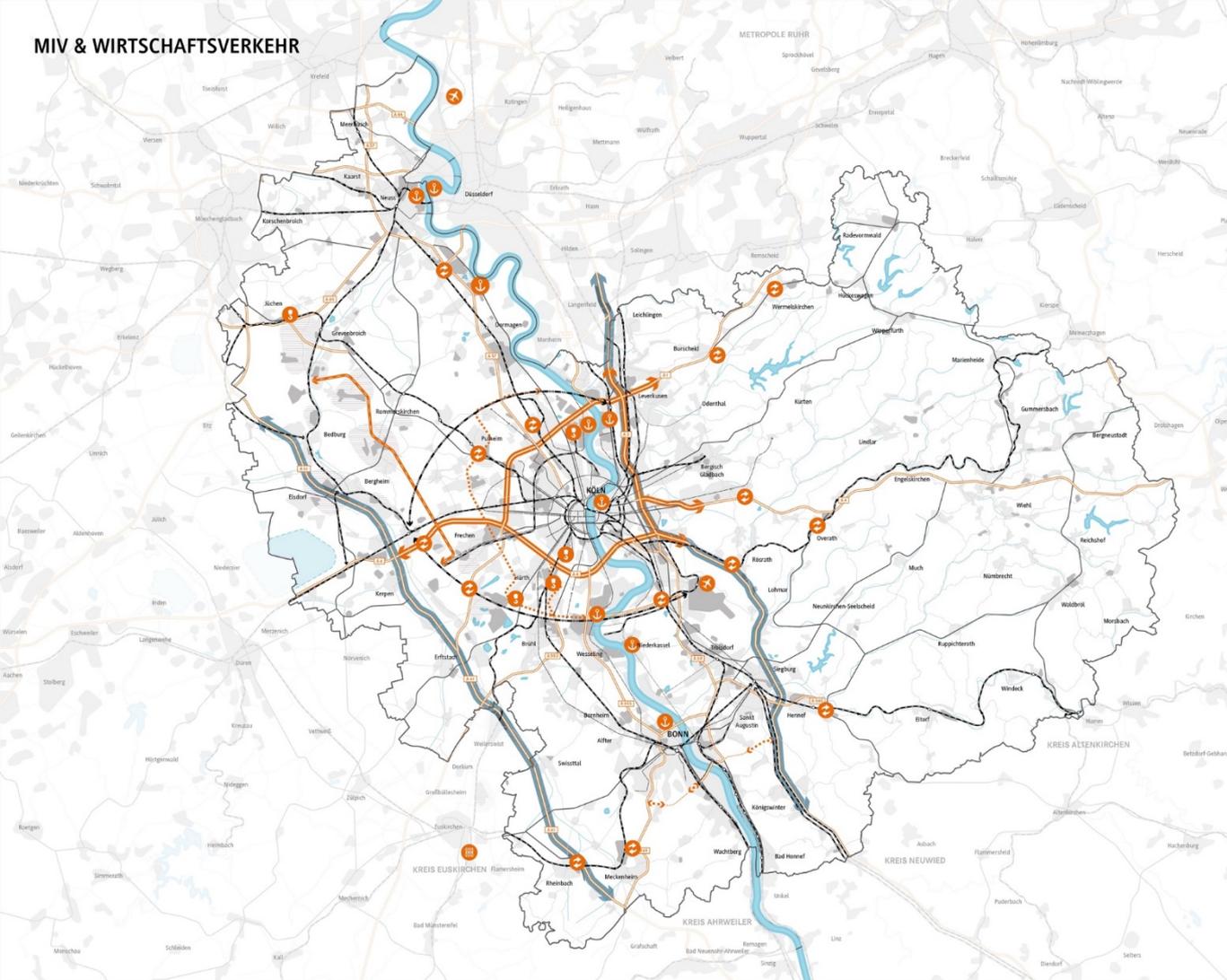
MIV & WIRTSCHAFTSVERKEHR

Arbeitsstand 12.09.2019

-  Trennung Regional- / Transitverkehr
-  Stärkung Transitfunktion
-  Umwidmung Werksbahntrasse zu regionaler Güterverkehrstrasse
-  Regioustieg
-  Hafen / Kombiniertes Verkehr Terminal sichern
-  Kombiniertes Verkehr - Terminal sichern
-  Railport sichern
-  Flughafen
-  Siedlungsfläche (Ortslage)
-  Gewerbe- und Industriefläche
-  Suchraum G/GE Entwicklung mit möglichst bi-modalem Anschluss

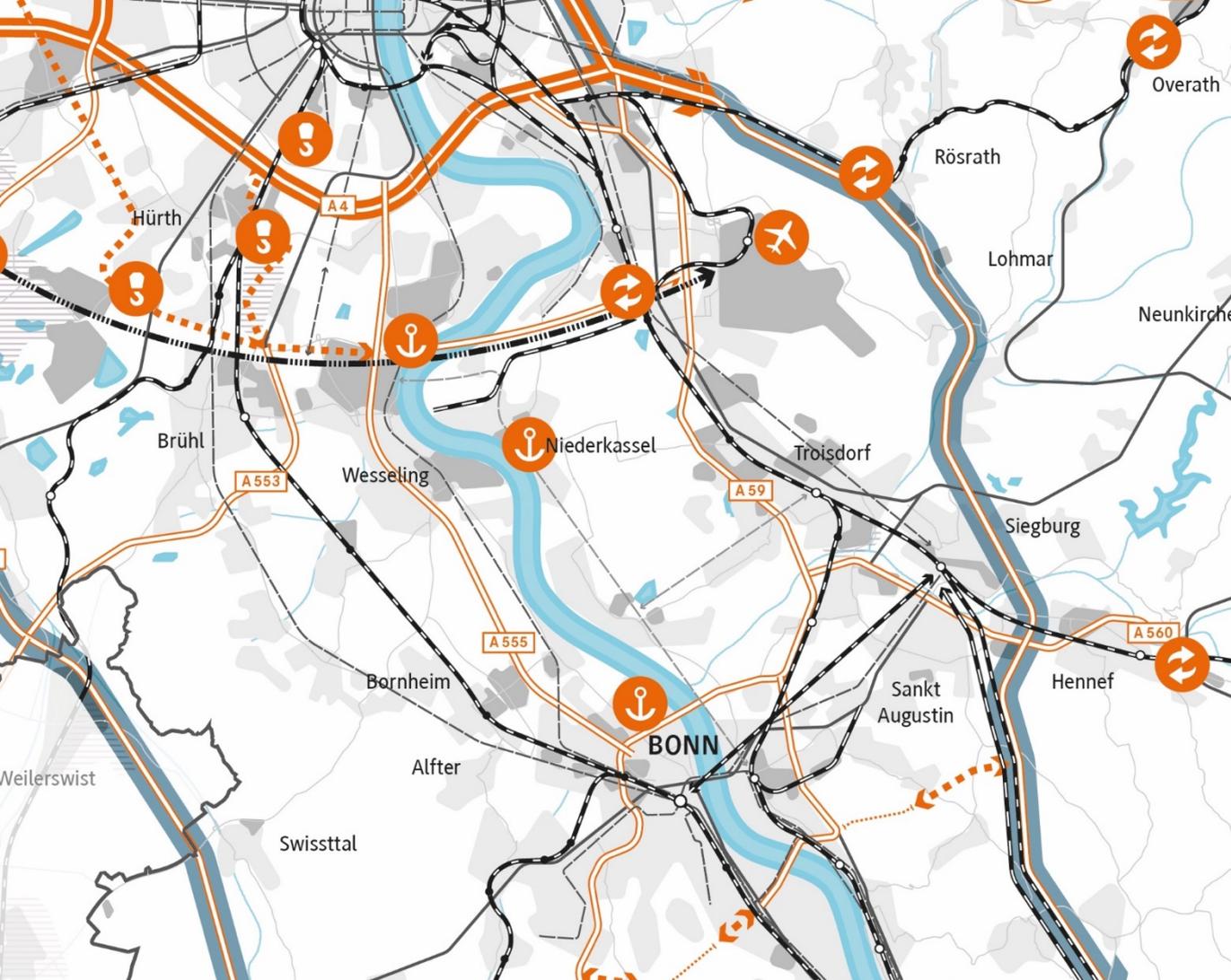
VEKEHRSNETZ 2040+

-  2. ÖPNV-Ring
-  Schienennetz
-  Schienennetz Ergänzung
-  Stadtbahn
-  Stadtbahn Ergänzung
-  Stadtbahn (Trassenverlauf unklar)
-  Reiner Güterverkehr
-  Reiner Güterverkehr Ergänzung
-  Autobahn
-  Autobahn (Trassenverlauf unklar)
-  Bundesstraße
-  Bundesstraße (Trassenverlauf unklar)
-  Landesstraße
-  Bahnhof
-  Haltepunkt
-  N



MIV & WIRTSCHAFTSVERKEHR

Arbeitsstand 12.09.2019



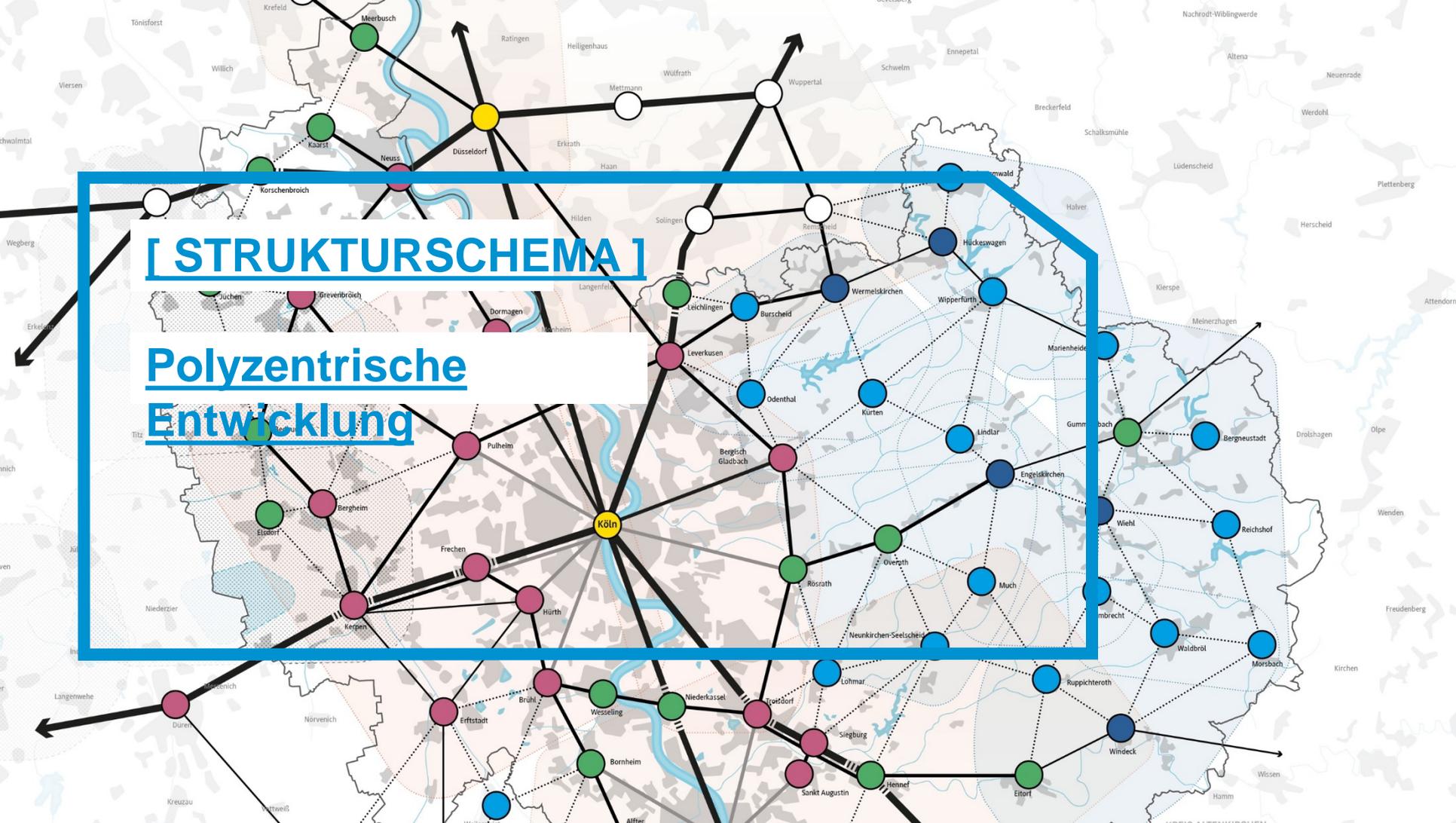
- Trennung Regional- / Transitverkehr
- Stärkung Transitfunktion
- Umwidmung Werksbahntrasse zu regionaler Güterverkehrstrasse
- Regionstiegl
- Hafen / Kombiniertes Verkehr Terminal sichern
- Kombiniertes Verkehr - Terminal sichern
- Railport sichern
- Flughafen
- Siedlungsfläche (Ortslage)
- Gewerbe- und Industriefläche
- Suchraum G/GE Entwicklung mit möglichst bi-modalem Anschluss

VEKEHRSNETZ 2040+

- 2. ÖPNV-Ring
- Schienennetz
- Schienennetz Ergänzung
- Stadtbahn
- Stadtbahn Ergänzung
- Stadtbahn (Trassenverlauf unklar)
- Reiner Güterverkehr
- Reiner Güterverkehr Ergänzung
- Autobahn
- Autobahn (Trassenverlauf unklar)
- Bundesstraße
- Bundesstraße (Trassenverlauf unklar)
- Landesstraße
- Bahnhof
- Haltepunkt
- N

[STRUKTURSHEMA]

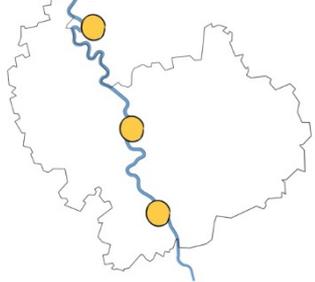
Polyzentrische Entwicklung



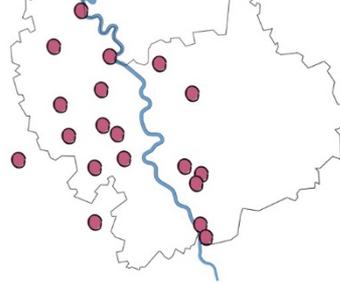
Kernaufgaben und Ziele

- **Stärkung und Weiterentwicklung der Arbeitsteilung** in der polyzentrischen Struktur der Region
- **Arbeitsteilige und kooperative polyzentrische Entwicklung** der großen Zentren mit dem Umland
- **Förderung von Arbeitsteilung und Zentralität** im interkommunalen Verbund vor allem in den eher ländlich geprägten Teilräumen
- **Stärkung von Profilen, Funktionen und Entwicklungsaussagen** für Teilräume und Zentren

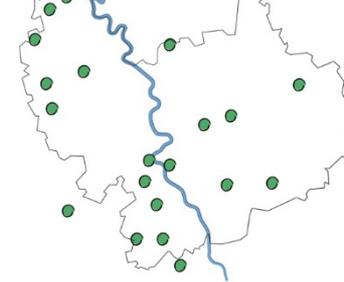
Metropolitane Kerne



Urbane Zentren



Urbane Kandidaten



**Regionale
Gravitationszentren**



Entwicklungsanker



StadtUmlandVerbünde



- **Stärkung und Weiterentwicklung der Arbeitsteilung** in der polyzentrischen Struktur der Region
- **Arbeitsteilige und kooperative polyzentrische Entwicklung** der großen Zentren mit dem Umland
- **Förderung von Arbeitsteilung und Zentralität** im interkommunalen Verbund vor allem in den eher ländlich geprägten Teilräumen
- **Stärkung von Profilen, Funktionen und Entwicklungsaussagen** für Teilräume und Zentren

POLYZENTRISCHE ENTWICKLUNG

AGGLOMERATIONS-KONZEPT

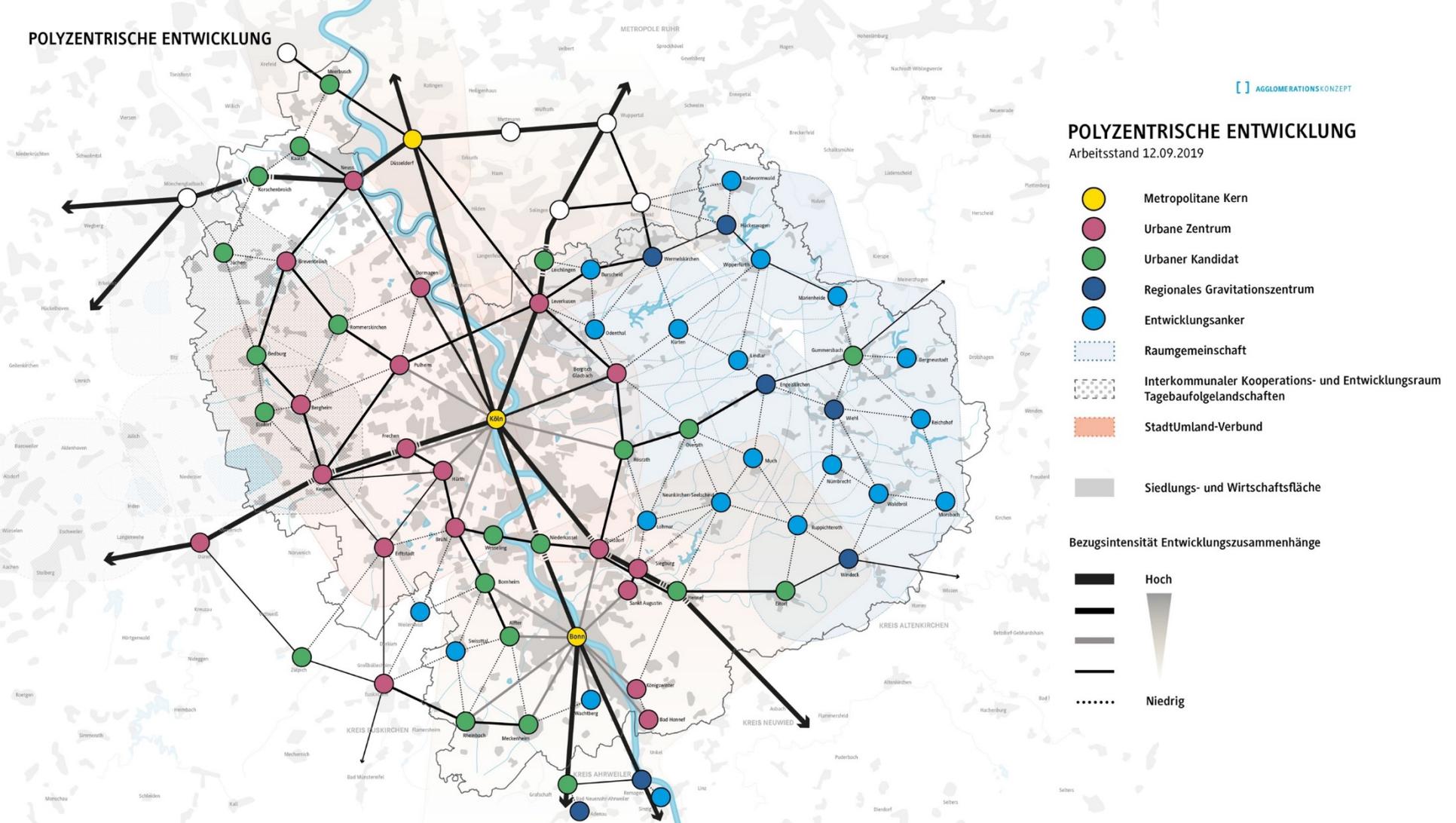
POLYZENTRISCHE ENTWICKLUNG

Arbeitsstand 12.09.2019

- Metropolitane Kern
- Urbane Zentrum
- Urbane Kandidat
- Regionales Gravitationszentrum
- Entwicklungsanker
- Raumbegrenzung
- Interkommunaler Kooperations- und Entwicklungsraum
- StadtUmland-Verbund
- Siedlungs- und Wirtschaftsfläche

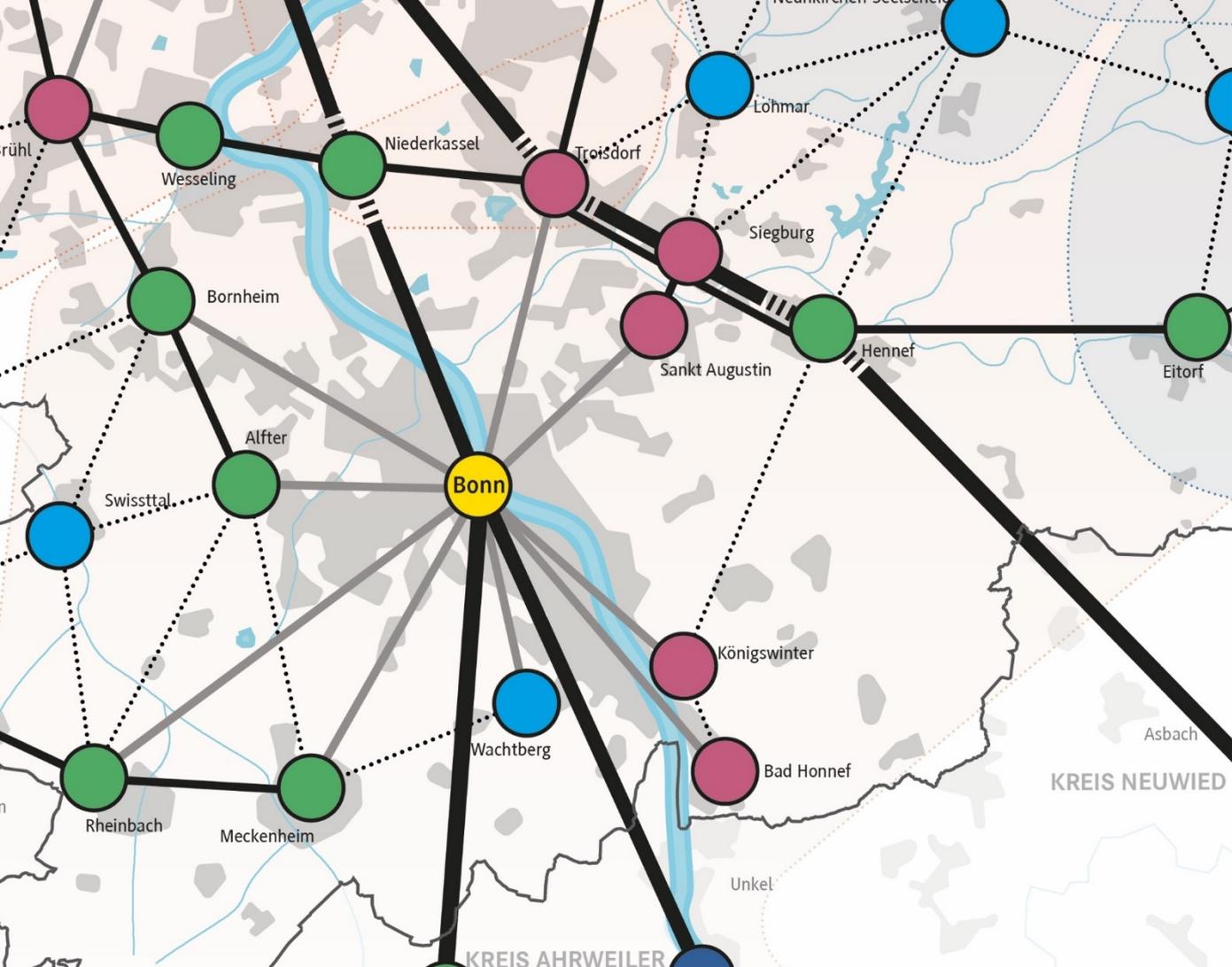
Bezugsintensität Entwicklungszusammenhänge

- Hoch
-
-
- Niedrig



POLYZENTRISCHE ENTWICKLUNG

Arbeitsstand 12.09.2019



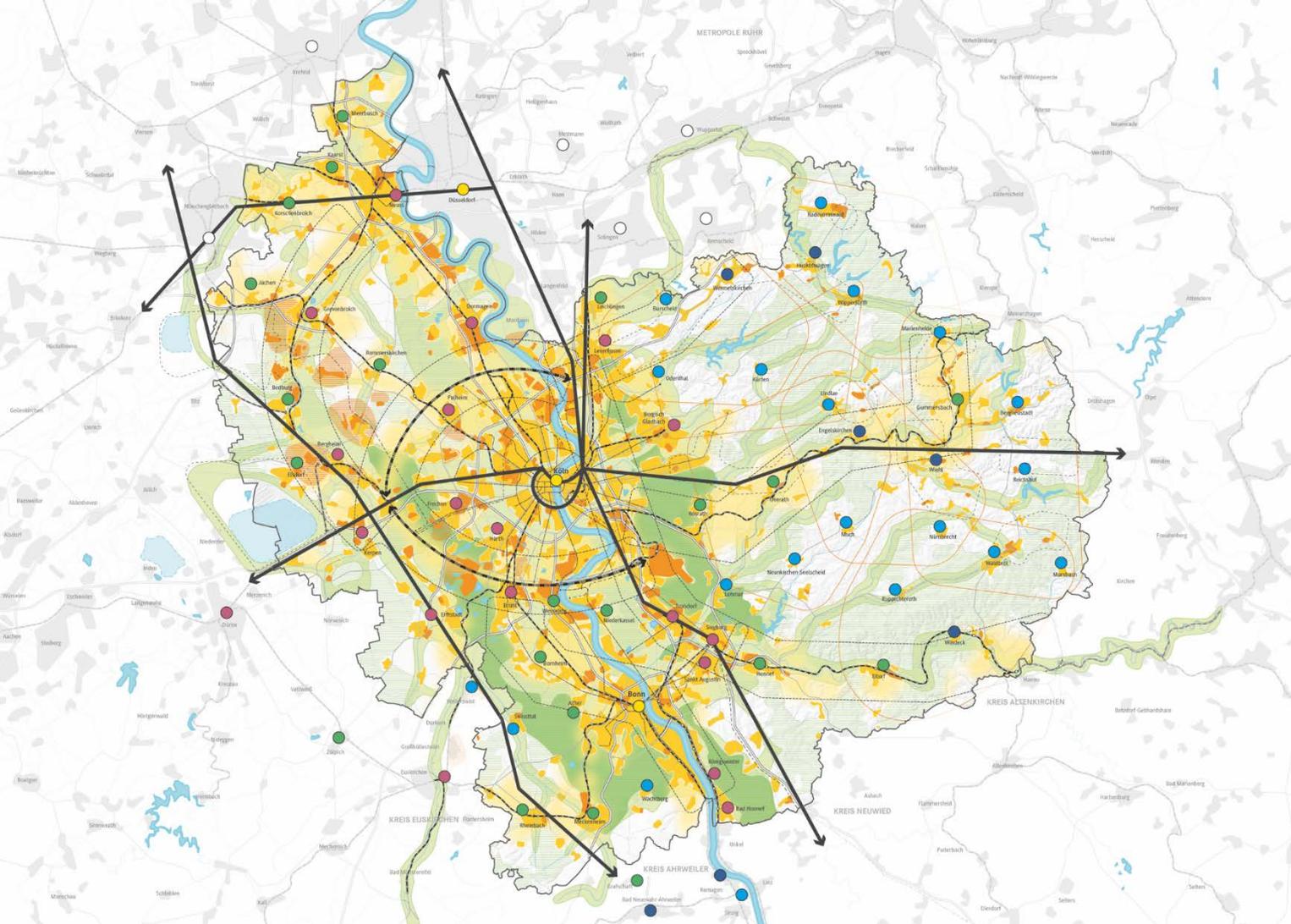
- Metropolitane Kern
- Urbane Zentrum
- Urbane Kandidat
- Regionales Gravitationszentrum
- Entwicklungsanker
- Raumgemeinschaft
- Interkommunaler Kooperations- und Entwicklungsraum
Tagebaufolgelandschaften
- StadtUmland-Verbund
- Siedlungs- und Wirtschaftsfläche

Bezugsintensität Entwicklungszusammenhänge

- Hoch
- Niedrig

STRUKTURBILD

23.09.2019



- Regionales Freiraumnetz
- Waldkorridor
- Unzerschnittene Räume
- Regionales Gewässernetz
- Seenland
- Siedlungsfläche (Ortslage)
- Industrie- und Gewerbefläche
- Suchraum Siedlungsflächen
- Suchraum GÜGE Entwicklung mit möglichst bi-modalem Anschluss
- Regionale Entwicklungsräume
- Raumbegrenzungen
- Hauptverkehrsachse

- Metropolitane Kern
- Urbane Zentrum
- Urbane Kandidat
- Regionales Gravitationszentrum
- Entwicklungsanker

VEKEHRNETZ 2040+

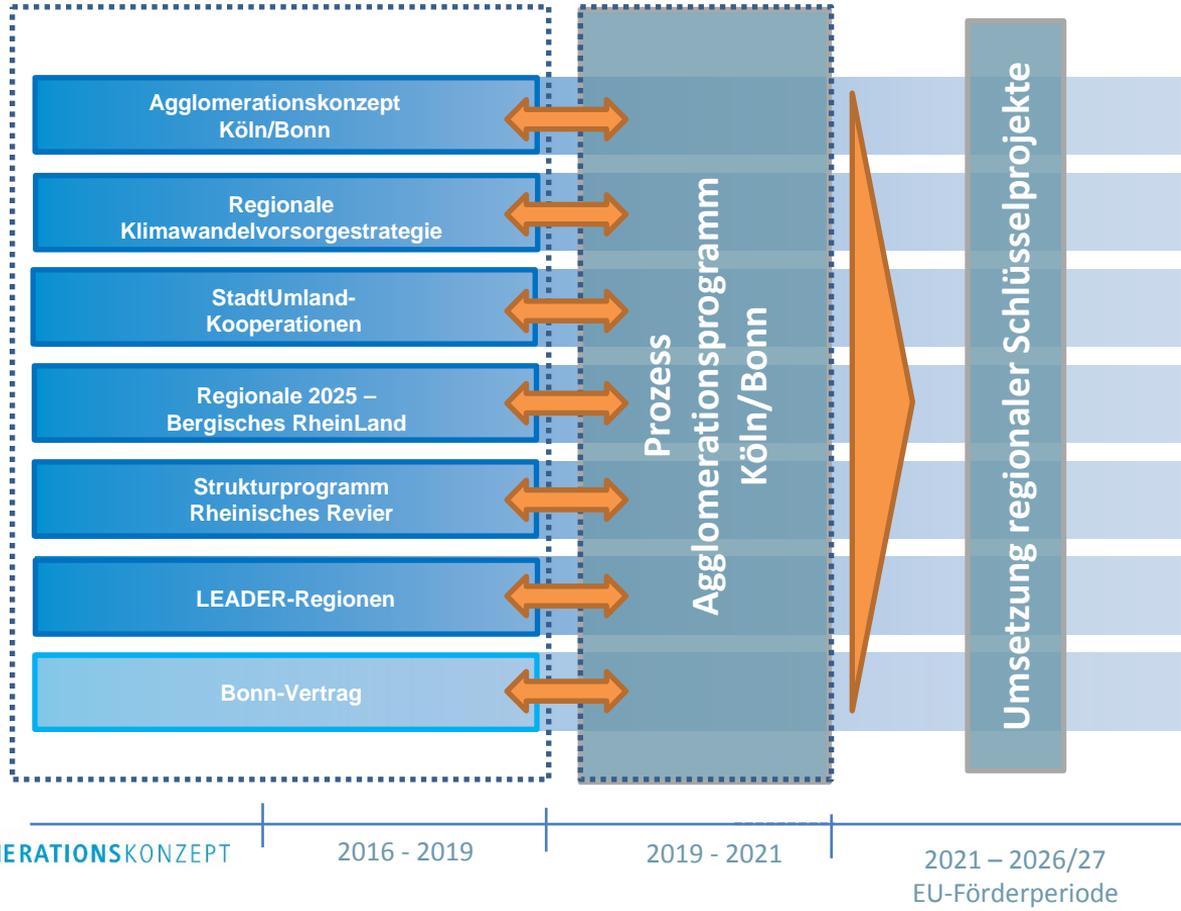
- 2. ÖPNV-Ring
- Schienennetz
- Schienennetz Ergänzung
- Stadtbahn
- Stadtbahn Ergänzung
- Stadtbahn (Trassenverlauf unklar)
- Reiner Güterverkehr
- Reiner Güterverkehr Ergänzung
- Autobahn
- Autobahn (Trassenverlauf unklar)
- Bundesstraße
- Bundesstraße (Trassenverlauf unklar)
- Landesstraße
- Schnellbuslinie
- Tunnel
- Seilbahn
- Bahnhof
- Haltepunkt
- N
- 0 1 2 5 10 km



Start: Agglomerationsprogramm Dialog vor Ort 2020f



Regionale Grundlagen



AGGLOMERATIONSKONZEPT

2016 - 2019

2019 - 2021

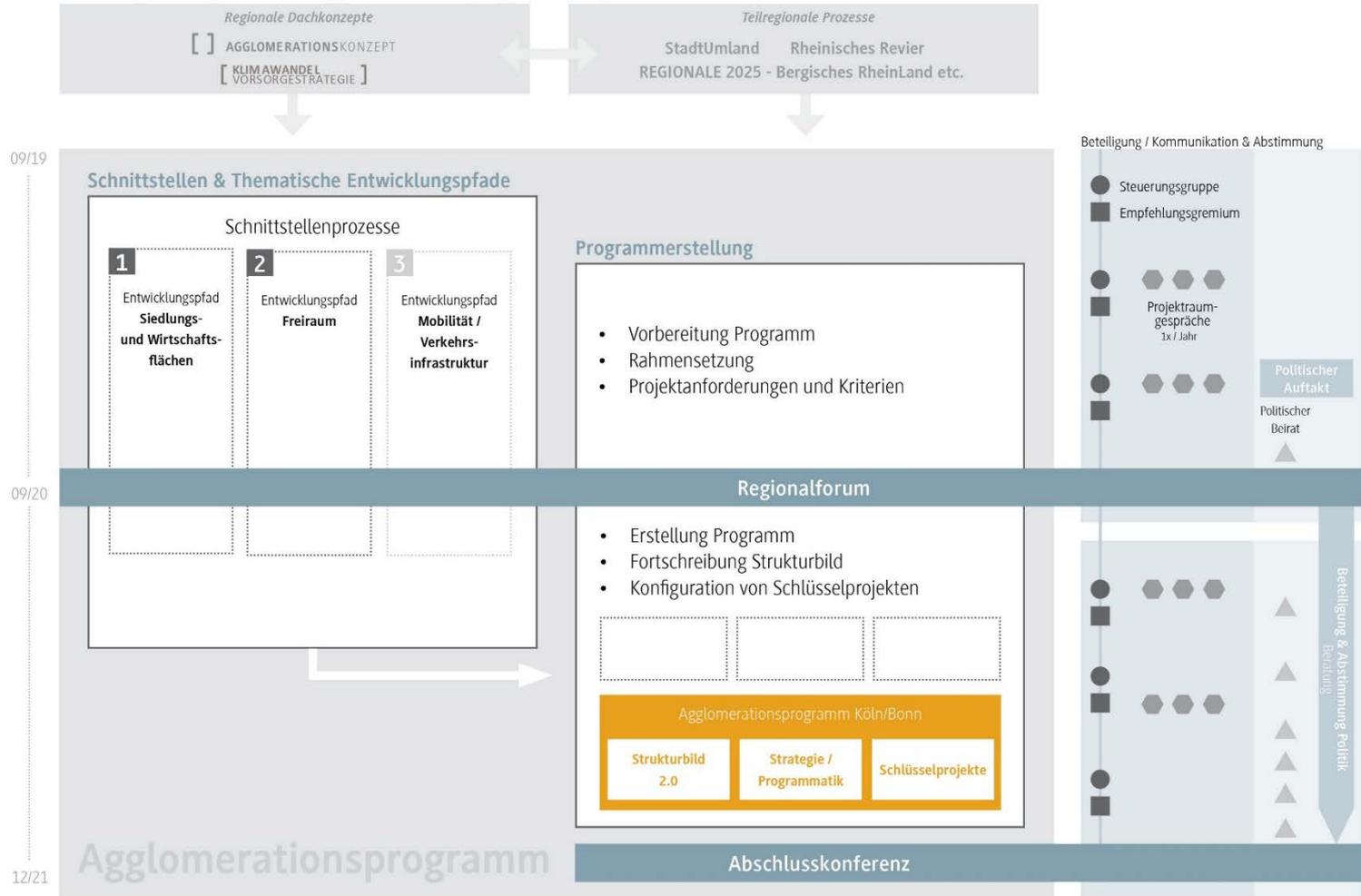
2021 – 2026/27

EU-Förderperiode

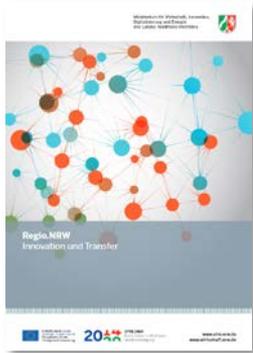
Ziele Agglomerationsprogramm

- **Operationalisierung der regionalen Strategien** Agglomerationskonzept und Klimawandelvorsorgestrategie
- Konfiguration von **Kooperationen und regionalen Schlüsselprojekten**
- **Integration & Bündelung von Erkenntnissen, Ergebnissen und Projekten** aus den Prozessen Regionale 2025, Rheinisches Revier, StadtUmland, Grüne Infrastruktur und Mobilität etc. zu einem Entwicklungsprogramm >> **Hebelwirkung** im Hinblick auf Förderung
- Schaffung eines **regional abgestimmten, integrierten räumlichen Handlungs- und Entwicklungsprogramms**
- Erarbeitung des Programms **mit der Region** (Fachakteure, Beteiligung Politik)
- Parallel: **Umsetzung und Begleitung von Impulsprojekten** aus dem Agglomerationskonzept und der Klimawandelvorsorgestrategie

Prozessplan Regio.NRW / Agglomerationsprogramm Region Köln/Bonn



Sachstand



heute

2018:
Erfolgreiche
Teilnahme
am Regio.NRW

Juli 2019:
Förderantrag
eingereicht

Anfang 2020:
Bewilligung
erwartet

Sommer 2020:
Voraussichtlicher
Start des Projekts



Kurzfristig: Kommunikation und Diskussion in die Region hinein

- Bürgermeister-/Dezernententreffen in den Kreisen und kreisfreien Städten
- Vorstellung im Regionalrat Köln am 27. September
- Einspeisung in die Regionalplanprozesse
- Bereitstellung von Basisinformationen für die Kommunen, Kreise und Institutionen ab November
- Vorstellung und Diskussion in den Verwaltungen und Gremien vor Ort



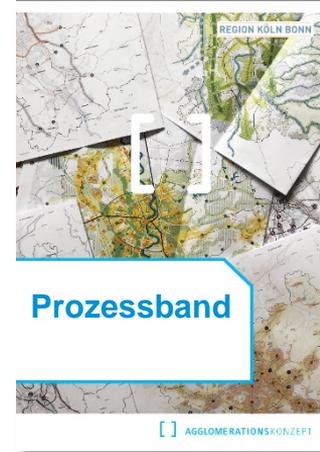
Produkte & Distribution



- Exklusiv für die Teilnehmer



- Digital & in gedruckter Form
- Versand an die beteiligten Akteure



... bis Ende
des Jahres



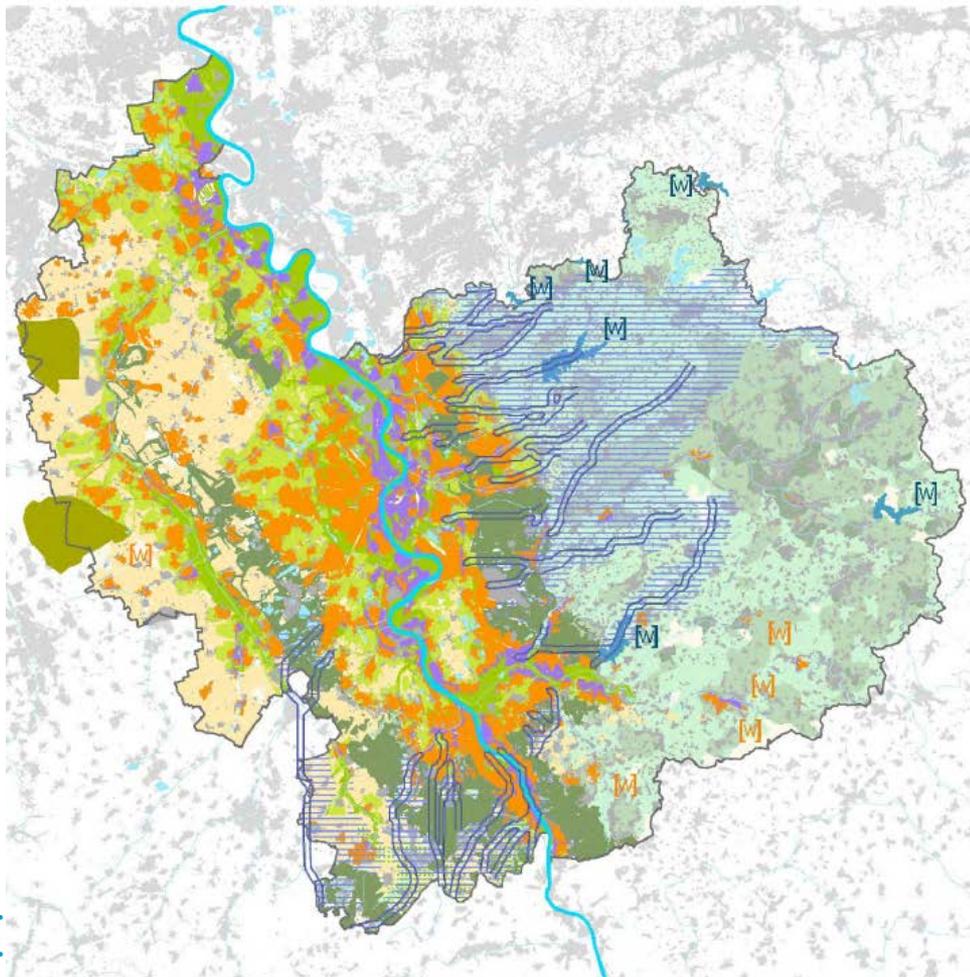
REGION KÖLN BONN

[KLIMAWANDEL
VORSORGESTRATEGIE]

Praxishilfe Klimawandelvorsorgestrategie

Veröffentlichung: Oktober 2019

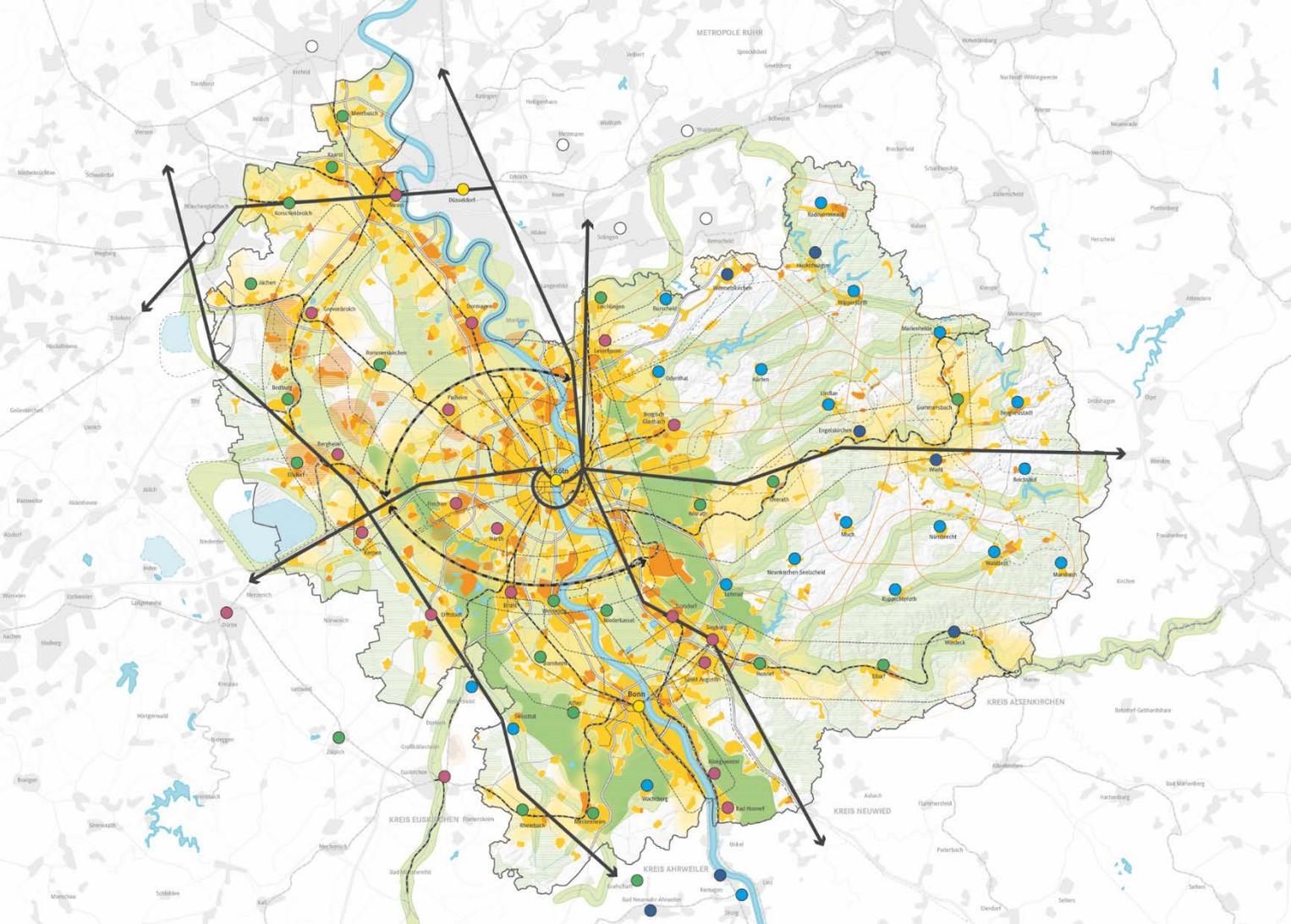
Aktueller Stand der Planhinweiskarte (Juni 2019)



-  Thermisch hoch belastete Siedlungen
-  Siedlungslagen mit hoher thermischer Belastung und besonderem Hochwasserrisiko
-  Freiräume mit sehr hoher multifunktionaler Ausgleichsfunktion im Rhein- und Erftkorridor
-  Freiräume mit mittlerer bis hoher multifunktionaler Ausgleichsfunktion im Rhein- und Erftkorridor
-  Kaltluft-Leitbahn mit mittlerer bis sehr hoher Bedeutung
-  Kaltluft-Einzugsgebiete mit mittlerer bis sehr hoher Bedeutung (außerhalb des Rheinkorridors sowie des Waldgürtels)
-  Flusseinzugsgebiete mit sehr hoher Sturzflutgefährdung
-  Flusseinzugsgebiete mit hoher Sturzflutgefährdung
-  Flusseinzugsgebiete mit mittlerer Sturzflutgefährdung
-  Waldgürtel mit multifunktionaler Ausgleichsfunktion und Trockenstressrisiko
-  Sehr hohes und hohes Trockenstressrisiko bei landwirtschaftlichen Nutzflächen
-  Waldflächen mit Trockenstressrisiko
-  Spätfrostgefährdung im Schwerpunkttraum des regionalen Obstbaus
-  Für die Trinkwasserversorgung genutzte Talsperren
-  Wälder im Einzugsgebiet der Trinkwassertalsperren
-  Niedrigwasserrisiko am Rhein
-  Bergbaufolgelandschaft mit Klimaanpassungspotenzial
-  Sonstige Siedlungsfläche
-  Weitere Oberflächengewässer

STRUKTURBILD

23.09.2019



- Regionales Freiraumnetz
- Waldkorridor
- Unzerschnittene Räume
- Regionales Gewässernetz
- Seenland
- Siedlungsfläche (Ortslage)
- Industrie- und Gewerbefläche
- Suchraum Siedlungsflächen
- Suchraum GÜGE Entwicklung mit möglichst bi-modalem Anschluss
- Regionale Entwicklungsräume
- Raumbegrenzungen
- Hauptverkehrsachse

- Metropolitane Kern
- Urbane Zentrum
- Urbane Kandidat
- Regionales Gravitationszentrum
- Entwicklungsanker

VEKEHRNETZ 2040+

- 2. ÖPNV-Ring
- Schienennetz
- Schienennetz Ergänzung
- Stadtbahn
- Stadtbahn Ergänzung
- Stadtbahn (Trassenverlauf unklar)
- Reiner Güterverkehr
- Reiner Güterverkehr Ergänzung
- Autobahn
- Autobahn (Trassenverlauf unklar)
- Bundesstraße
- Bundesstraße (Trassenverlauf unklar)
- Landesstraße
- Schnellbuslinie
- Tunnel
- Seilbahn
- Bahnhof
- Haltepunkt
- N
- 0 1 2 5 10 km

**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!**

www.agglomerationskonzept.de

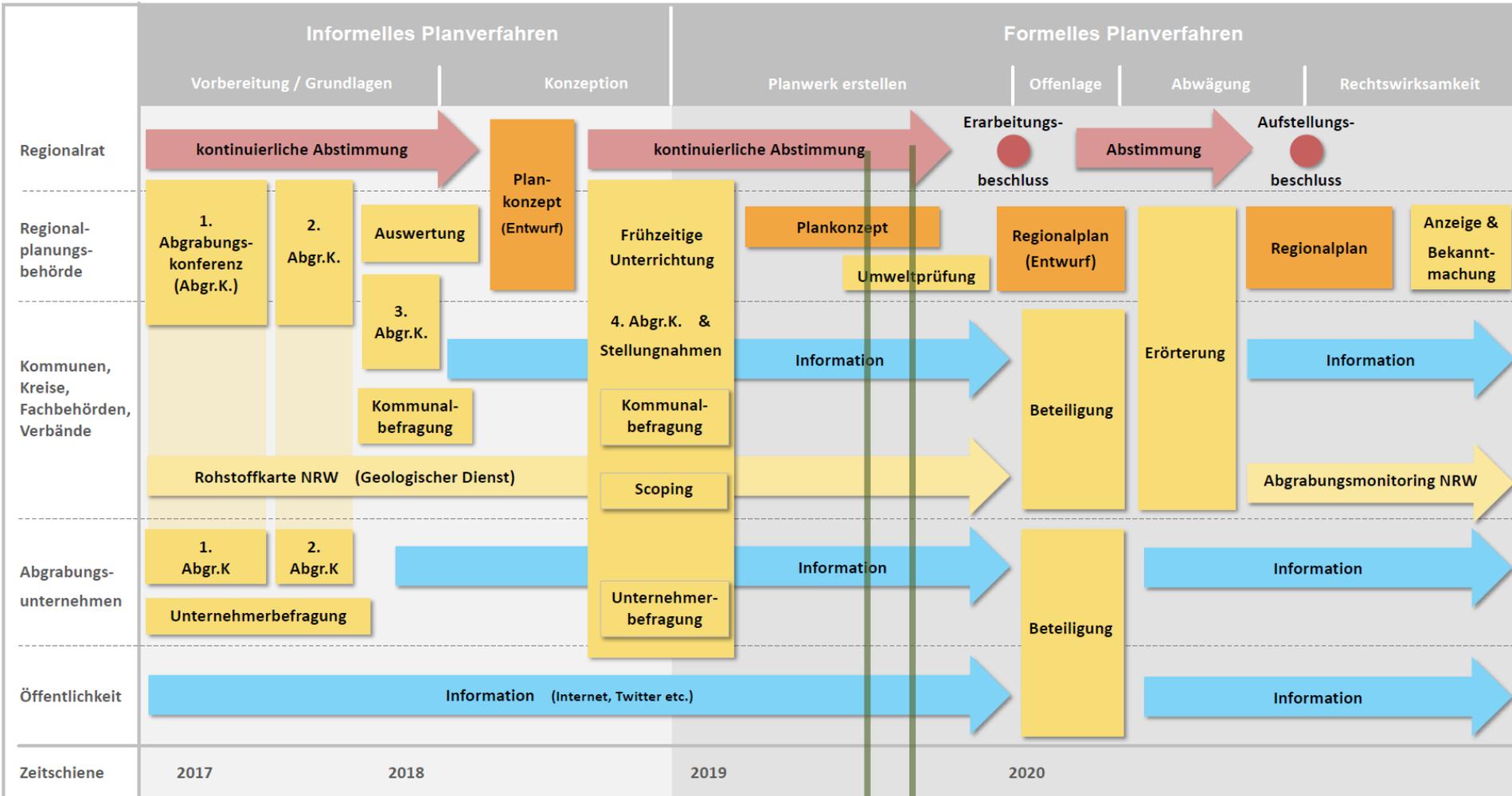


DIE REGIERUNGSPRÄSIDENTIN

Sachstandsbericht

Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine)

22. Sitzung des Regionalrates Köln



AG RR | RR

Entwurf, Bezirksregierung Köln, Stand: 23.04.2019

	Kies/Kiessand	Ton/Schluff	Präquartäre Kiese und Sande
Gemeldete Abgrabungsinteressen (ungeprüft)	175 (ca. 4.600 ha)		
	141	Erw./Neu. von Unternehmen,	
	10	Bestandsmeldungen v. Unternehmen	
	24	kommunale Abgrabungsinteressen	
(Erw. / Neuaufschluss)	(85 / 26)	(16 / 4)	(18 / 6)
Suchräume	124		
Zeichnerisch abgegrenzt: Potentielle BSAB	67		
	56	9	7
Zur Ausweisung vorgeschlagene BSAB	66		
	55	9	7

Mit diesen 66 BSAB wird für alle drei Rohstoffgruppen der Mindestversorgungszeitraum von 25 Jahren erreicht!

Nachversand Ende November 2019 (2 Wochen vor RR)

Um Zeitplan halten zu können:

- Planunterlagen werden vorwiegend digital zur Verfügung gestellt.
- 1 ausgedrucktes Exemplar je Fraktion bzw. Partei

Nachversand wird enthalten:

- Planbegründung (Entwurf)
- Gesamträumliches Planungskonzept (Entwurf)
- Karte zukünftiger BSAB des gesamten RBK (nur digital)
- Regionalplanerische Prüfbögen (nur digital)
- Umweltbericht (Entwurf, ohne Prüfbögen)

Einige dieser Unterlagen stehen bereits auf dem BSCW-Server zum Download bereit

(nur für Mitglieder des Regionalrates, nicht-öffentlich)



Jedermann hat fast 6 Monate Zeit, sich mit den Flächen zu befassen

November	Dezember		Januar		Februar		März		April		Mai	
Allerheiligen	1 So		1 Mi	Neujahr 1	1 Sa		1 So		1 Mi	LT	1 Fr	Maifeiertag
	2 Mo	49	2 Do		2 So		2 Mo	UK_RB	2 Do	LT	2 Sa	
	3 Di		3 Fr		3 Mo		3 Di		3 Fr		3 So	
UK RB 45	4 Mi	LT	4 Sa		4 Di		4 Mi	UK_VE	4 Sa		4 Mo	
	5 Do	LT	5 So		5 Mi		5 Do		5 So		5 Di	
UK VE	6 Fr	LT/ BKA	6 Mo	Heilige Drei Könige 2	6 Do		6 Fr		6 Mo	15	6 Mi	
	7 Sa		7 Di		7 Fr	RR	7 Sa		7 Di		7 Do	
	8 So		8 Mi		8 Sa		8 So		8 Mi		8 Fr	AR
	9 Mo	50	9 Do		9 So		9 Mo	11	9 Do		9 Sa	
	10 Di		10 Fr		10 Mo	7	10 Di		10 Fr	Karfreitag	10 So	
46	11 Mi		11 Sa		11 Di		11 Mi	LT	11 Sa		11 Mo	
	12 Do		12 So		12 Mi	LT	12 Do	LT	12 So		12 Di	
LT	13 Fr	RR	13 Mo	3	13 Do	LT	13 Fr		13 Mo	Ostermontag 16	13 Mi	
LT	14 Sa		14 Di		14 Fr	LT	14 Sa		14 Di		14 Do	
KRS/ LT	15 So		15 Mi		15 Sa		15 So		15 Mi		15 Fr	RR
	16 Mo	51	16 Do		16 So		16 Mo	12	16 Do		16 Sa	
	17 Di		17 Fr		17 Mo	8	17 Di		17 Fr		17 So	
47	18 Mi	LT	18 Sa		18 Di		18 Mi		18 Sa		18 Mo	
	19 Do	LT	19 So		19 Mi		19 Do		19 So		19 Di	
	20 Fr		20 Mo	4	20 Do	Weiberfastnacht	20 Fr	BKA	20 Mo	17	20 Mi	
	21 Sa		21 Di		21 Fr		21 Sa		21 Di		21 Do	Chr. Himmel
VK	22 So		22 Mi	LT	22 Sa		22 So		22 Mi		22 Fr	
	23 Mo	52	23 Do	LT	23 So		23 Mo	13	23 Do		23 Sa	
	24 Di	Heiligabend	24 Fr	AR	24 Mo	Rosenmontag 9	24 Di		24 Fr		24 So	
48	25 Mi	1. Weihnachtstag	25 Sa		25 Di		25 Mi		25 Sa		25 Mo	
	26 Do	2. Weihnachtstag	26 So		26 Mi		26 Do		26 So		26 Di	
	27 Fr		27 Mo	5	27 Do		27 Fr	VK	27 Mo	18	27 Mi	LT
	28 Sa		28 Di		28 Fr	KRS	28 Sa		28 Di		28 Do	LT
AR	29 So		29 Mi		29 Sa		29 So		29 Mi	LT	29 Fr	LT
	30 Mo		30 Do				30 Mo	AG ZRR	30 Do	LT	30 Sa	
	31 Di	Silvester	31 Fr				31 Di				31 So	Pfingstsonntag

Stand: 15.07.2019

Legende: RR = Regionalrat; AR = Ältestenrat Regionalrat; BKA = Braunkohlenausschuss;

Vorlauf: 3 Monate sind BSAB bekannt

Beteiligung: 2 ½ Monate Offenlage



Fragen und Anregungen?

Regional denken. Praktisch entscheiden.

Heiko Krause

--

Bezirksregierung Köln

Dezernat 32 – Regionalentwicklung, Braunkohle

Dienstgebäude: Zeughausstraße 2-10, 50667 Köln

Telefon: + 49 (0) 221 - 147 - 4675

Telefax: + 49 (0) 221 - 147 - 2905

eMail: heiko.krause@bezreg-koeln.nrw.de

Internet: www.bezreg-koeln.nrw.de

